



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Transformation der europäischen Agrarpolitik

Kritisch-politökonomische Analyse der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

Verfasst von / submitted by

Romana Luftensteiner, BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

03.10.2022

Datum

Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all den Menschen bedanken, die mich beim Schreiben meiner Masterarbeit in den verschiedensten Formen unterstützt haben:

... bei meinem Betreuer Johannes Jäger, für die Unterstützung bei allen Fragen und den inhaltlichen Input.

... bei meinen Eltern, für die jahrelange Unterstützung und die Inspiration, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

... bei Michi und Sophia, fürs Korrektur lesen und den inhaltlichen Input.

... bei Regina, für die motivierenden und anspornenden Worte.

... bei Lisi, Kathi, Dani, Mirijam, Lena und Lea fürs Korrektur lesen der Arbeit.

... bei Manu, für die Geduld, Unterstützung und die vielen motivierenden und aufbauenden Worte.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	1
1. Einleitung.....	5
1.1. Forschungsgegenstand und Forschungsfrage.....	5
1.2. Forschungsinteresse	6
1.3. Relevanz der Arbeit	7
1.4. Aufbau der Arbeit.....	8
2. Methodisches Vorgehen	9
3. Theoretische Einbettung	12
3.1. Kritische Politische Ökonomie	12
3.1.1. Kritischer Realismus	14
3.1.2. Dependenztheorien.....	17
3.1.3. Imperialismustheorien.....	19
3.1.4. Neokolonialismus	22
3.1.5. Regulationstheorie	23
3.2. Neogramscianismus	26
4. Transformation.....	32
4.1. Begriffsklärung	33
4.2. Sozial-ökologische Transformation	35
5. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU.....	38
5.1. Historische Genese der GAP.....	38
5.2. Aufbau der GAP.....	45
5.3. Verknüpfung mit dem Green Deal der EU	47
5.3.1. Farm-to-Fork-Strategie	50
5.3.2. Biodiversitätsstrategie.....	51
5.4. Food Regimes und die Verortung der GAP.....	52
6. Kritisch-politökonomische Analyse der GAP.....	56
6.1. Gründe für eine Transformation der GAP.....	56
6.2. Aspekte, die eine Transformation verhindern.....	67
6.3. Diskursanalyse agrarpolitischen Framings.....	71
6.3.1. Gegenüberstellung Ernährungssicherheit vs. Ernährungssouveränität	74
6.4. Sozial-ökologische Transformation der GAP	77
7. Fazit.....	91
7.1. Zusammenfassung	91

7.2. Reflexion und Limitationen.....	95
7.3. Ausblick	96
Kurzzusammenfassung	97
Abstract.....	97
Literaturverzeichnis.....	98
Wissenschaftliche Literatur	98
Online-Quellen.....	104
Quellen von Bewegungen und Organisationen	106

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
CFS	United Nations Committee on World Food Security
COGECA	Comité général de la coopération agricole de l'Union européenne (<i>Allgemeiner Ausschuss des ländlichen Genossenschaftswesens der EU</i>)
COPA	Comité des organisations professionnelles agricoles (<i>Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der EU</i>)
CPE	Europäische Bauernkoordination
CSA	Community Supported Agriculture
EFFAT	European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FIAN	FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GMO	Gemeinsame Marktorganisation
ILO	International Labour Organization
ISDS	Investor State Dispute Settlement
IWF	Internationaler Währungsfonds
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
NGO	Non-Governmental Organization
ÖBV	Österreichische Klein- und Bergbauer:innenvereinigung
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
SDGs	Sustainable Development Goals

TNC	Transnational Corporation
UNDROP	United Nations Declaration on the Rights of Peasants
UNO	United Nations Organization
WTO	World Trade Organization

„Die heutige Krise des Wirtschaftssystems, der Gesellschaft, Umwelt, Ernährung, Demokratie, sie alle ergeben zusammen einen explosiven Cocktail ... oder die Chance für eine grundlegende Veränderung.“

(Choplin et al. 2011: 118)

1. Einleitung

Die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) wurde 2020/21 neu ausverhandelt, um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021-2027 zu bilden. Trotz zahlreicher Proteste gegen die bisherige GAP und Forderungen nach maßgeblichen Änderungen und Verbesserungen für kleinstrukturierte Landwirtschaft sowie nach Maßnahmen für verstärkten Klimaschutz, konnten kaum solche Änderungen in der neuen GAP erwirkt werden. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen des Green Deal, mit dem die EU Klimaneutralität erreichen will, sowie dessen Agrar- und Umweltstrategien, sollten in die GAP integriert werden. Sowohl die Ziele des Green Deal selbst als auch deren Umsetzung in der GAP werden von Non-Governmental Organizations (NGOs) im Agrar- und Klimabereich zum Teil als zu gering eingeschätzt. Es wird kritisiert, dass Scheinlösungen nicht zu einer Verbesserung der Klimakrise oder zu einem Erhalt der Biodiversität beitragen, sondern nur Profitorientierung im Vordergrund steht und der Status quo aufrechterhalten werden soll.

Um die Gemeinsame Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf europäischer und globaler Ebene sowie Möglichkeiten für eine sozial-ökologische Transformation der GAP soll es in dieser Masterarbeit gehen. Dabei wird für eine theoretische Einbettung auf die Kritische Politische Ökonomie zurückgegriffen, insbesondere auf die neogramscianischen Ansätze, aber auch auf Aspekte anderer politökonomischer Theoriestränge. Im Folgenden werden der Forschungsgegenstand und die Forschungsfrage genauer erläutert.

1.1. Forschungsgegenstand und Forschungsfrage

Den Forschungsgegenstand meiner Masterarbeit bildet die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Im Hinblick auf die Debatten rund um die Neuausrichtung der GAP und die neue Förderperiode von 2021-2027 werde ich sowohl auf die historische Genese der GAP sowie auch auf die aktuelle Debatte eingehen. Genauer werde ich aus einer kritisch-politökonomischen Perspektive beleuchten, wie sich die GAP seit ihrem Beginn nach dem Zweiten Weltkrieg über die Verknüpfung mit dem Green Deal bis hin zu den aktuellen Debatten entwickelt hat, welche positiven Aspekte sie liefert bzw. liefern kann, aber auch welche negativen Auswirkungen damit verbunden sind, sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene. Dabei ist zu hinterfragen, weshalb sie sich in dieser Form entwickelt hat, welche Strukturen dabei zu berücksichtigen sind und welche Klassen- und Kräfteverhältnisse dabei eine Rolle spielen. Dementsprechend werde ich mich innerhalb der Kritischen Politischen Ökonomie vor allem auf

den Ansatz des Neogramscianismus beziehen und aus diesem und anderen Theoriesträngen für mich relevante Aspekte herausfiltern und anwenden. Schließlich sollen Gründe aufgezeigt werden, weshalb aus kritisch-politökonomischer Perspektive eine sozial-ökologische Transformation der GAP notwendig ist und wie eine solche möglich wäre. Dazu sollen bestehende Alternativen und eine Gegenüberstellung des hegemonialen Status quo und gegenhegemonialer Strukturen aufgezeigt werden.

Die Forschungsfrage für die vorliegende Arbeit lautet:

Warum braucht es aus kritisch-politökonomischer Perspektive eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik?

Weitere Unterfragen, die sich daraus ergeben, lauten folgendermaßen:

Wieso kommt es nicht zu einer solchen Transformation? Welche Akteur:innen setzen sich jeweils für den Erhalt des Status quo bzw. für eine Transformation der Agrarpolitik ein? Wie könnte eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik gelingen?

Diese Fragen werden im Laufe der Arbeit beantwortet. Aufgrund der großen Dimensionen dieses Themenbereiches und der unzähligen Verknüpfungen, die mit anderen Themenkomplexen gezogen werden können, kann ich zum Teil nur auf Aspekte oder Beispiele eingehen und bestimmte Themengebiete nur anreißen, welche jedoch für weitergehende Forschung interessant wären. Trotz einer Fokussierung auf die GAP auf einer EU-Ebene soll auch ein gewisser Bezug zur österreichischen Umsetzung der GAP geschaffen werden, indem der nationale Strategieplan in die Analyse mitaufgenommen wird. Dies soll eine konkretere Darstellung der Problematik ermöglichen, wenngleich die österreichische Landwirtschaftspolitik nicht repräsentativ für die gesamte europäische Agrarpolitik gesehen werden kann. Zugleich sollen beispielhaft Auswirkungen europäischer Landwirtschaftspolitik auf einer globalen Ebene betrachtet werden.

1.2. Forschungsinteresse

Mein Interesse an Agrarpolitik kommt daher, dass ich auf einem Bio-Bauernhof in Oberösterreich aufgewachsen bin und daher schon von klein auf ein Gefühl und Verständnis dafür bekommen habe, mit welchen Herausforderungen der Erhalt und die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes verbunden sind. Zahlreiche Diskussionen in meiner Familie haben mein Interesse verstärkt, aber auch dazu beigetragen, dass mir der Ernst der Lage und die Dringlichkeit einer Veränderung des Agrarsystems bewusst wurden. Bei verschiedensten Veranstaltungen und in diversen Bewegungen habe ich mich zum Thema Agrarpolitik informiert,

weitergebildet und engagiert. Es war für mich daher sehr naheliegend, ein Thema zu wählen, bei dem die Landwirtschaft den Hauptaspekt darstellt.

1.3. Relevanz der Arbeit

Die Relevanz des Themas ergibt sich zum einen daraus, dass die Neuausverhandlung der GAP große Debatten ausgelöst hat und von Seiten verschiedenster NGOs und Bewegungen die Forderung nach einer Neuausrichtung der GAP kam, während von anderer Seite der Erhalt des Status quo im Fokus stand. Zum anderen ist die Verknüpfung der GAP mit Elementen des Green Deal aktuell und bedarf einer Analyse. Durch die bestehende multiple Krise, die im Laufe der Arbeit noch näher erläutert wird, braucht es eine Transformation in verschiedenen Gesellschaftsbereichen, unter anderem im Agrarsektor. Die Transformation eines gesellschaftlichen Bereiches bedarf immer auch eine Veränderung in damit verknüpften Sektoren, um ganzheitlichen Wandel zu ermöglichen. In einer globalisierten und vernetzten Welt können gesellschaftliche Bereiche nicht mehr voneinander isoliert betrachtet werden, weshalb ich auch in meiner Arbeit versuchen werde, verschiedene Aspekte unterschiedlicher Themenbereiche einfließen zu lassen, um auf ebendiese Vernetztheit und Komplexität hinzuweisen.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive hat das Thema insofern Relevanz, als dass Hunger nach wie vor eine der zentralsten Herausforderungen für einen Großteil der Weltbevölkerung darstellt. Etwa ein Sechstel der globalen Bevölkerung, also rund 821 Millionen Menschen, vor allem in ruralen Gebieten, leidet an Hunger (Gioia 2019: 77; Herre 2019: 8). Nahrung stellt daher ein höchst politisches Thema dar. Dies wird gerade durch Krisen verstärkt in den Vordergrund gerückt, was sich etwa durch die Covid-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine deutlich gezeigt hat, da solche Krisen auch Ernährungskrisen auslösen, indem sie die Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährden. Entwicklungspolitische Organisationen beschäftigen sich daher auch mit der Frage nach einer sozial gerechten und nachhaltigen Ernährung der Weltbevölkerung.

Das Neue an dieser Arbeit ist die kritisch-politökonomische Auseinandersetzung mit der europäischen Agrarpolitik, in dem Sinne, dass die Gründe für die Notwendigkeit einer Transformation mit neogramscianischen und weiteren kritisch-politökonomischen Theorieaspekten untermauert werden. Zudem wird auf die verschiedenen Akteur:innen eingegangen, sowohl jene Akteur:innen, die den Status quo beibehalten wollen, als auch jene, die sich für eine Veränderung des Systems stark machen.

1.4. Aufbau der Arbeit

Im folgenden Kapitel werde ich zunächst auf meine methodische Vorgehensweise, eine Literaturanalyse mit Elementen einer Diskursanalyse, eingehen. Anschließend wird ein Überblick über den theoretischen Rahmen gegeben. Dabei handelt es sich um die Kritische Politische Ökonomie, auf die eingegangen wird, um für meine Arbeit relevante Aspekte herauszuziehen. Ein besonderer Fokus meiner Arbeit wird auf neogramscianischen Ansätzen beruhen, jedoch werden auch aus weiteren kritisch-politökonomischen Theoriesträngen relevante Konzepte herausgefiltert und auf meine Thematik angewendet.

Daran anschließend werde ich den Begriff der Transformation, der für meine Arbeit von zentraler Bedeutung ist, näher erläutern. Dabei werde ich eine Begriffsklärung und eine Abgrenzung von anderen, ähnlichen Begriffen vornehmen und verdeutlichen, wie ich den Begriff verwenden möchte und warum eine Transformation überhaupt notwendig ist. Spezifisch werde ich in meiner Arbeit von sozial-ökologischer Transformation sprechen. Diese werde ich ebenso erläutern und einer kritischen Betrachtung unterziehen. In einem weiteren Kapitel gehe ich schließlich auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und deren historische Genese ein. Dabei werde ich historische Gegebenheiten ebenso wie aktuelle Entwicklungen abbilden, insbesondere die Vernetzungen mit dem Green Deal der EU und die aktuellen Debatten zur GAP-Reform.

Der Hauptfokus meiner Arbeit liegt schließlich auf der kritisch-politökonomischen Analyse der GAP und ihrer Entwicklungen sowie auf der Gegenüberstellung des Status quo und möglicher gegenhegemonialer Bewegungen, die eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik fordern. Die zentralen Strukturen, die für einen Beibehalt des Status quo sorgen, sollen herausgearbeitet werden, ebenso wie die Akteur:innen, die sich für eine Fortführung des bisherigen Systems einsetzen. Dem gegenüber werden auch die Akteur:innen, die eine Transformation einfordern, dargestellt. Ein Exkurs soll zum Thema Framing gemacht werden, welches als Beispiel für eine Diskursanalyse angesehen werden kann und eine mögliche Erklärung für die Schwierigkeit einer systemischen Veränderung bietet. Insbesondere die beiden Begriffe Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit werden im Zuge dessen behandelt. Schlussendlich sollen Möglichkeiten für eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik aufgezeigt werden. Diese Analyse soll meine Erkenntnisse aus einer kritisch-politökonomischen Perspektive untermauern.

Zuletzt werden in einem Fazit die Kernaussagen und Ergebnisse meiner Masterarbeit zusammengefasst, Limitationen sowie meine eigene Position und mein methodisches Vorgehen reflektiert und ein Ausblick auf mögliche weitere Forschung gegeben.

2. Methodisches Vorgehen

Für die vorliegende Arbeit wurde ein qualitativer Zugang gewählt. Qualitative Forschung hat nicht nur das Erklären verschiedener Phänomene, Diskurse und Strukturen zum Ziel, sondern vor allem deren Verstehen in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten. Zentral ist dabei ein ganzheitlicher Blick und eine Fokussierung auf Alltagswissen und Alltagsverständnis (Dannecker/Englert 2014: 9f.). Letzteres bedeutet nach Mayring (2002, zit. nach Dannecker/Englert 2014: 10), dass „jede soziale Interaktion als interpretativer Prozess aufzufassen ist“ und demnach nicht gesagt werden kann, dass Menschen „starr nach etablierten Rollen, Normen, Symbolen oder Bedeutungen handeln“ (Dannecker/Englert 2014: 10). Diese sozialen Interaktionen und Phänomene werden in der qualitativen Forschung schließlich interpretiert und durch „Kontextualisierung generalisierbare Aussagen über das Phänomen und seine soziale Bedeutung“ (ebd.) getroffen.

Diese Masterarbeit wird vorrangig als Literaturanalyse geführt. Dabei sollen die wichtigsten Aspekte von Transformation und der europäischen Agrarpolitik dargestellt werden, um im Anschluss daran die gewählten Theorien der Kritischen Politischen Ökonomie mit einem Fokus auf Neogramscianismus darauf anzuwenden. Dementsprechend wird die verwendete Literatur immer auf Verbindungen zu kritisch-politökonomischen Bezügen hin gelesen und analysiert. Neben wissenschaftlicher Sekundärliteratur werden auch Artikel, Positionspapiere und andere Beiträge von Organisationen und sozialen Bewegungen als Primär- und Sekundärliteratur miteinfließen. Damit wird ein Fokus auf die Perspektiven der Betroffenen gelegt, welche in der Kritischen Politischen Ökonomie von besonderer Bedeutung sind (Jäger/Springler 2015: 83). Aus diesem Grund werden auch Elemente einer Diskursanalyse eingebaut. So werden unterschiedliche Perspektiven in Bezug auf Ernährung und Agrarpolitik angeführt, indem verschiedene Begriffe aus unterschiedlichen Blickwinkeln erläutert werden.

Es werden also Elemente der Kritischen Diskursanalyse miteinbezogen, ohne den Anspruch zu stellen, den Diskurs um die europäische Agrarpolitik hinreichend darstellen zu können. Eine Kritische Diskursanalyse geht den Ursachen und Auswirkungen von kommunikativem Handeln nach (Dannecker/Englert 2014: 16). „Es gibt [...] keine Wahrheit schlechthin, sondern nur Aussagen, die zu einem gegebenen Zeitpunkt in der Geschichte bzw. in einem gegebenen gesellschaftlichen Raum Gültigkeit haben“, so Schicho (2014: 128). Die Kritische Diskursanalyse hinterfragt, weshalb sich zu bestimmten Zeiten gewisse Modelle, Theorien und Ideologien durchsetzen und als „richtig“ wahrgenommen werden, weshalb manche Akteur:innen als aktiv und andere als passiv dargestellt werden und welche Akteur:innen über die Ausrichtung des Mainstreams bestimmen (ebd.: 131). Eine ähnliche Perspektive wird auch mithilfe des Framing-Konzepts vertreten. Unter einem Frame („Rahmen“) wird dabei eine

Perspektive bezeichnet, aus der ein Thema betrachtet wird (Matthes 2014: 9). Framing bezeichnet „den aktiven Prozess des selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen“ (ebd.: 10f.). Frames sind somit die Ergebnisse solcher Framing-Prozesse (ebd.: 11). Demnach werden im Rahmen dieser Arbeit auch begriffliche Gegenpole dargestellt, welche die Positionen der jeweiligen Vertreter:innen des Status quo und der Transformation verbildlichen sollen. Spezifisch dazu wird in Kapitel 6.3.1 auf die Begriffe Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit eingegangen, die beispielhaft für das Framing dieses Diskurses sind. In diesem Zusammenhang wird auch darauf eingegangen, welche Erzählweise den Mainstream prägt und wer über eine solche Erzählweise bestimmt bzw. bestimmen kann.

Die qualitative Forschung weist ein enormes Feld an unterschiedlichen Methoden auf. Bei sehr breit gefassten Forschungsfragen kann eine Triangulation, also eine Verwendung mehrerer Methoden, sinnvoll sein, um zu ganzheitlicheren Ergebnissen zu kommen (Dannecker/Englert 2014: 11). Ursprünglich waren daher auch qualitative Leitfadeninterviews für die Forschung geplant, um noch mehr Daten zur Aufbereitung nutzen zu können. Dabei wäre der Fokus auf Interviews mit Akteur:innen aus NGOs und Bewegungen im Agrar- und Umweltbereich gelegen. Allerdings habe ich mich im Laufe meiner Arbeit schließlich dagegen entschieden, Interviews durchzuführen, da ich für meine Analyse die Bearbeitung von Positionspapieren und Dokumenten dieser Organisationen und Bewegungen als ausreichend empfand, um deren Perspektiven gut darstellen zu können. Die Auswahl der Organisationen, die für die Analyse verwendet werden, erfolgt durch deren spezifische Stellungnahmen bezüglich der neuen Förderperiode der GAP und der in diesem Kontext entstandenen Debatten, wenngleich nicht davon ausgegangen werden kann, den gesamten Bereich an Bewegungen und NGOs dadurch abzudecken. Die ausgewählten Organisationen sollen sinnbildlich für eine Gegenbewegung zum vorherrschenden Agrarsystem und für die Forderung nach alternativen Produktionsformen stehen. Ich werde mich also auf Positionspapiere und Stellungnahmen zur GAP bzw. zum vorherrschenden Ernährungssystem der folgenden Organisationen und Bewegungen beziehen: La Via Campesina, ÖBV (Österreichische Klein- und Bergbäuer:innenvereinigung), Nyéléni – Bewegung für Ernährungssouveränität, FridaysForFuture, FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk), Sezonieri, Eco Ruralis, Global 2000 bzw. Friends of the Earth Europe, sowie BirdLife. Der Fokus wird auf einer EU-weiten Betrachtung der Problematik liegen, jedoch wird beispielhaft auch auf die Situation in Österreich eingegangen. So soll etwa die Umsetzung der nationalen Strategiepläne dadurch konkreter dargestellt werden. Gleichzeitig soll dabei aber nicht außer Acht gelassen werden, welche Auswirkungen die europäische Agrarpolitik auf außereuropäische Gesellschaften und nicht-kapitalistische Produktionsweisen hat, da diese nicht unabhängig voneinander gesehen werden können. Dieser durchaus einseitige Blickwinkel aus der Perspektive alternativer und gegenhegemonialer Bewegungen ist bewusst gewählt, um der Forschungsfrage nach den Möglichkeiten für eine sozial-ökologische Transformation der

Agrarpolitik nachzukommen. Die Perspektive jener Akteur:innen, die sich für einen Erhalt des Status quo einsetzen, soll als Vergleichsposition ebenfalls, jedoch nicht in der gleichen Tiefe, angeführt werden.

Im Sinne der Kritischen Politischen Ökonomie und spezifischer des Kritischen Realismus, soll in der Arbeit auch aus einer Perspektive der Abstraktion und Konkretion gearbeitet werden. Nach Jäger/Springler (2015: 89) kann über eine Analyse konkreter Ereignisse auch etwas über die abstrakteren Grundstrukturen, die dahinterliegen, gesagt werden. Bei Abstraktionen auf einer hohen Abstraktionsebene (beispielsweise Produktionsweise oder Klasse) geht es darum, grundlegende Zusammenhänge erklären zu können und damit verbunden soziale Verhältnisse in ihrer Historizität zu untersuchen (ebd.). Als konkretes Ereignis bzw. als Ausgangspunkt meiner Analyse dient die aktuelle Reform der GAP und ihre Ergebnisse bzw. die Kritik an den unzureichenden Veränderungen. Die Regulation der europäischen Landwirtschaft im Allgemeinen stellt dabei ein Konzept auf niedrigerem Abstraktionsniveau dar, während die (agrar-)kapitalistische Produktionsweise ein Konzept auf hohem Abstraktionsniveau repräsentiert.

Ebenso soll die Retroduktion, oder auch Abduktion genannt, eine Rolle spielen. Dabei geht es darum, von der Konklusion auf die Prämissen zu schließen (Buch-Hansen/Nielsen 2020: 69). Dies lässt sich insofern auf meine Arbeit übertragen, als dass ich versuche, von der Konklusion, dass es eine Transformation der europäischen Agrarpolitik braucht, auf die Prämissen, warum eine solche Transformation notwendig ist und warum es nicht dazu kommt, zu schließen.

Eine Triangulation kann in dieser Arbeit nur beschränkt durchgeführt werden. Weiteres multimethodisches Vorgehen, etwa unter Einbindung von qualitativen Leitfadeninterviews, Expert:inneninterviews oder der zusätzlichen Auswertung quantitativer Daten, könnte aber für eine umfangreichere Arbeit spannend sein.

3. Theoretische Einbettung

All theories have a perspective. Perspectives derive from a position in time and space, specifically social and political time and space. The world is seen from a standpoint definable in terms of nation and social class, of dominance or subordination. There is, accordingly, no such thing as theory in itself when any theory so presents itself, it is the more important to examine it as ideology, and to lay bare its concealed perspective. (Cox 1981, zit. nach Jäger/Springler 2015: 147)

Jede wissenschaftliche Arbeit ist aus einer bestimmten Perspektive geschrieben, welche es, im Sinne des Kritischen Realismus, der in weiterer Folge noch beschrieben wird, darzulegen gilt, da es keine vollständige Objektivität geben kann (Jäger/Springler 2015: 147). Daher möchte ich zu Beginn meinen eigenen Zugang zu dieser Arbeit deutlich machen und klarstellen, dass diese Analyse keineswegs objektiv sein kann. Schon allein mein eigener Hintergrund, der in Kapitel 1.2 zu meinem Forschungsinteresse kurz dargelegt wurde, schließt eine solche Objektivität aus. Um meine Erkenntnisse und meine Analyse dennoch untermauern zu können, werde ich mich immer wieder auf verschiedene Theorien beziehen. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Theoriestränge, die dem Theoriekomplex der Kritischen Politischen Ökonomie zugerechnet werden können. Die Entscheidung, mich nicht nur auf eine spezifische, sondern mehrere Theorien zu beziehen, kommt daher, dass gerade die Kritische Politische Ökonomie einen ganzheitlichen Blick anstrebt. In meiner Arbeit möchte ich einen solchen ganzheitlichen Überblick über die Problematiken der europäischen Agrarpolitik geben und werde daher verschiedene Aspekte miteinbeziehen. Um das Kapitel jedoch nicht ausufern zu lassen, werde ich auf die einzelnen Theorien nicht im Detail eingehen, sondern mir nur für meine Arbeit relevante Aspekte herausnehmen und diese mit meinem Thema in Verbindung bringen. Im folgenden Kapitel werden daher, nach einem kurzen Überblick über die Kritische Politische Ökonomie, Aspekte der Wissenschaftstheorie des Kritischen Realismus, der Dependenztheorien, der Imperialismustheorie, des Neogramscianismus, des Neokolonialismus sowie der Regulationstheorie beleuchtet. Ein besonderer Fokus soll hierbei auf dem Theoriestrang des Neogramscianismus liegen. Eine Verknüpfung dieser Aspekte ermöglicht mir einen ganzheitlicheren Blick auf die Thematik.

3.1. Kritische Politische Ökonomie

Die Kritische Politische Ökonomie befasst sich in ihren Grundzügen mit gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozessen und den Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die damit verbunden sind. Besonders im Hinblick auf die kapitalistische Produktionsweise wird die Frage gestellt, wie sich diese an verschiedenen Orten manifestiert (Schmidt 2016: 130). In dieser Masterarbeit wird

also dargelegt, wie sich die landwirtschaftlichen Produktionsweisen in der EU darstellen und welche Auswirkungen diese auf die agrarischen Produktionsweisen sowohl in Europa als auch in anderen Regionen der Welt haben. Damit sollen Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb des globalen Agrarsektors aufgezeigt und kritisch hinterfragt werden. Es wird die Frage gestellt, wie sich konkrete gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in der Landwirtschaft widerspiegeln, beispielsweise in Bezug auf patriarchale oder rassistische Strukturen. Zudem sollen Interessenskonstellationen und asymmetrische Verhältnisse, etwa in Bezug auf den Faktor Raum, aufgezeigt und die agrar-kapitalistische Produktionsweise kritisch betrachtet werden.

Weiters wird in der Kritischen Politischen Ökonomie, anders als etwa in der Neoklassik, davon ausgegangen, dass Ökonomie, Politik und Gesellschaft nicht voneinander trennbar sind und Ökonomie als ein gesellschaftliches Verhältnis betrachtet werden muss (Jäger/Springler 2015: 69). Deshalb können auch Agrarökonomie und Agrarpolitik nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, sondern müssen in gesellschaftliche Kontexte eingebettet werden. So wie allgemein Produktion innerhalb eines sozialen Rahmens und durch Produktivkräfte erfolgt (ebd.: 70), passiert dies auch in der landwirtschaftlichen Produktion. Eine Produktionsweise meint immer die „Interaktion von menschlicher Gesellschaft und Natur bzw. die Transformation der Natur durch menschliche Arbeit“ (ebd.). In der Landwirtschaft wird Natur durch menschliche Arbeitskraft verwertet, um Nahrungsmittel zu erzeugen. Eine niedrigere Abstraktionsebene als die Produktionsweise stellt die Regulationsweise dar (ebd.: 88). Dabei kann in diesem Fall sowohl von einer Regulation der europäischen Agrarpolitik als auch generell von einer „Regulation der Naturverhältnisse“ (Görg 2003: 13) gesprochen werden. Die Reform der GAP wird schließlich als konkreter Ausgangspunkt festgemacht. Durch die Analyse konkreter Ereignisse können Rückschlüsse über die dahinterliegenden abstrakten Strukturen gezogen werden, wodurch in weiterer Folge versucht werden kann, grundlegende Zusammenhänge zu erklären. Damit einhergehend werden die historischen Verhältnisse des konkreten Phänomens, hier der Neuausverhandlung der GAP, untersucht (Jäger/Springler 2015: 89).

Nach Schmidt (2016: 131) ist gesellschaftliche Produktion „von Ausbeutungsverhältnissen sowohl zwischen sozialen Gruppen als auch auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen geprägt und damit von Machtverhältnissen durchzogen“. Nicht-kapitalistische Formen der Produktion, wie etwa die Subsistenzlandwirtschaft, werden häufig durch kapitalistische Produktionsformen verdrängt (Jäger/Springler 2015: 82). In der vorliegenden Arbeit sollen diese Ausbeutungsverhältnisse zwischen Gruppen und Regionen im Bereich der Agrarpolitik untersucht und die damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufgezeigt und analysiert werden. Diese Herrschaftsverhältnisse werden in der Kritischen Politischen Ökonomie allerdings als in Bewegung begriffen. Gesellschaftlicher Wandel passiert also nicht

nur aufgrund der Interessen der herrschenden Klassen, sondern auch beherrschte bzw. subalterne Gruppen haben Handlungsspielraum und wirken auf die herrschende Klasse ein. Durch Ineinandewirken dieser Gruppen passiert gesellschaftlicher Wandel bzw. Transformation (Schmidt 2016: 131). Auch Jäger und Springler (2015: 147) gehen auf die Notwendigkeit ein, im Sinne der Politischen Ökonomie emanzipatorische Kritik zu üben, also Ideologien, die vorherrschende Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten, zu dekonstruieren. Gleichzeitig sollen darauf aufbauend konkrete Vorschläge gemacht werden, welche Alternativen aufgebaut werden können (ebd.). Es geht der Politischen Ökonomie also darum, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse kritisch zu analysieren, um „Grundlagen für emanzipatorische Veränderung zu schaffen“ (ebd.: 82). Dieser Fokus auf emanzipatorische Veränderung und Transformationspotenziale ist mit ein Grund für die Verwendung der Kritischen Politischen Ökonomie als theoretische Grundlage für diese Masterarbeit. Darauf aufbauend wird ein Schwerpunkt auf Transformationsversuche im Agrarsektor durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen gelegt. Auf den Begriff Transformation, sowie speziell auf jenen in meiner Arbeit verwendeten Begriff der sozial-ökologischen Transformation, werde ich in Kapitel 4.2 näher eingehen.

Bezogen auf die vorliegende Arbeit ist die Kritische Politische Ökonomie daher ein Theoriekomplex, der es ermöglicht, viele verschiedene Aspekte eines Themas aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Das ist vor allem deshalb wichtig, um einen möglichst breiten und gesamtheitlichen Überblick zu geben. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten kann jedoch für die vorliegende Arbeit kein Anspruch auf Vollständigkeit gegeben werden. Durch die breite Aufstellung der Kritischen Politischen Ökonomie und der Fülle an Theorien, die ihr zugerechnet werden können, sollen nachfolgend nur einige davon genannt werden. Jene sollen auch nicht gänzlich analysiert, sondern nur die jeweils relevantesten Konzepte für die Arbeit herausgenommen werden, um diese in weiterer Folge als Basis für die Analyse heranziehen zu können.

Aus den folgenden Theoriesträngen bzw. wissenschaftstheoretischen Positionen werden dafür Aspekte herangezogen: Neogramscianismus, Dependenztheorien, Neokolonialismus, Imperialismustheorien, Regulationstheorie, sowie der Wissenschaftstheorie des kritischen Realismus. Dem Neogramscianismus kommt dabei eine besondere Rolle zu, da dieser für die behandelte Thematik besonders viele relevante Betrachtungsweisen bietet. Diesem Theoriestrang wird daher auch ein detaillierteres Kapitel gewidmet.

3.1.1. Kritischer Realismus

Eine Herangehensweise an das Thema dieser Arbeit ist jene des Kritischen Realismus, der die wissenschaftstheoretische Grundlage für die Politische Ökonomie bildet und somit gute Anknüpfungspunkte für eine kritische Diskussion bietet. Auf Roy Bhaskar zurückgehend, wird im Kritischen Realismus davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Theorien in soziale Prozesse integriert sind und die Welt ein „komplexes Ganzes“ ist. Phänomene haben demnach immer vielfache Ursachen, weshalb auch von „multipler Determination“ gesprochen wird. Daher ist Wissenschaft immer notwendigerweise selektiv und perspektivisch (Jäger/Springler 2015: 26f.).

Der Kritische Realismus hat seinen Ursprung in den Krisenjahren der 1970er Jahre (Buch-Hansen/Nielsen 2020: 1). Zu diesen Krisen zählten etwa die Ölkrisen und der Kalte Krieg. Der Kritische Realismus ist auch im Kontext der derzeitigen multiplen Krise als relevant anzusehen, da Krisen in dieser Theorie als Momente der Veränderung angesehen werden (ebd.: 68). Diesbezüglich stellt sich die Frage, inwiefern etwa die Klima- und Biodiversitätskrisen als Chancen für Veränderungen in der europäischen Landwirtschaft, insbesondere in der GAP, gesehen werden können. Auch aktuelle Ereignisse wie der Krieg in der Ukraine und damit entstehende Ernährungskrisen¹ betreffen sowohl die Menschen in den Kriegsgebieten als auch in Ländern des Globalen Südens und werfen Fragen nach Veränderung auf. Inwiefern können bereits bestehende Alternativen zum bisherigen Agrarsystem, wie etwa die Bewegung für Ernährungssouveränität, Lösungen für die soziale und ökologische Krise bieten? Beispielsweise ist der Kampf gegen die Klimakrise aus Sicht des Kritischen Realismus, bei einem gleichzeitigen Bestehen des kapitalistischen Systems mit seiner Marktideologie und dem Streben nach wirtschaftlichem Wachstum, sinnlos. Das Ziel endlosen Fortschritts kann vielmehr als eine Ursache vieler Krisen angesehen werden (Klein 2014, zit. nach Buch-Hansen/Nielsen 2020: 123). Damit einhergehend kann die Frage aufgeworfen werden, ob es ein alternatives Ernährungssystem braucht, um etwa seitens der Landwirtschaft Maßnahmen gegen die Klimakrise erwirken zu können und ob dieses System ebenso nur durch eine Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden kann.

Zahlreiche weitere Aspekte des Kritischen Realismus können auf die vorliegende Arbeit angewandt und auf das Thema der Agrarpolitik übertragen werden. Beispielsweise kommt der

¹ Der Krieg in der Ukraine hat große Auswirkungen auf die globale Ernährungskrise. Die Preise für Lebensmittel sind extrem gestiegen, vor allem für Weizen aus Russland und der Ukraine, der auf dem Weltmarkt gehandelt wird. Im Globalen Süden, insbesondere in afrikanischen Ländern wie Somalia, aber auch in Jemen oder dem Libanon, haben diese Abhängigkeiten von Lebensmittelimporten enorme Auswirkungen auf die Ernährungssituation vor Ort. Bestehende Hungersnöte werden dadurch noch verschärft. Auch Hilfsorganisationen können bei steigenden Preisen weniger kaufen und verteilen (Gleitsmann 2022: o.S.).

Interdisziplinarität im Kritischen Realismus eine besondere Bedeutung zu, da davon ausgegangen wird, dass es in der Realität verschiedene Systeme gibt, die miteinander verbunden sind und interagieren. Feste Grenzen zwischen Disziplinen würden einer holistischen Perspektive im Weg stehen, weshalb der Kritische Realismus versucht, diese zu brechen (Buch-Hansen/Nielsen 2020: 66). Diese Sichtweise soll in der vorliegenden Arbeit durch die Verknüpfung von Agrarpolitik u.a. mit Klima- und Biodiversitätskrise, Sozialpolitik, Ökonomie, etc. verdeutlicht werden. Die Perspektive, aus der geforscht wird, muss, wie bereits erwähnt, laut Kritischem Realismus immer offengelegt werden, um vermeintliche Objektivitäten zu vermeiden (Jäger/Springler 2015: 147).

Der Kritische Realismus stellt sich als Alternative zum Modernismus dar (Buch-Hansen/Nielsen 2020: 116), was für die vorliegende Arbeit dahingehend übernommen werden kann, als dass es Alternativen zur bisherigen modernistischen, fortschrittsgeleiteten industriellen Landwirtschaft braucht, die nicht auf bloße Technologisierung und Steigerung der Produktivität und damit einhergehend auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. Kritik wird auch an der Diskurstheorie geübt, da Phänomene, wie beispielsweise die Klimakrise, auch abseits der Diskurse über sie bestehen (ebd.: 110f.). Zudem sollen soziale Verhältnisse und Strukturen nicht mit Diskursen gleichgesetzt bzw. auf diese reduziert werden, um spezifische gesellschaftliche und strukturelle Bedingungen für Veränderung analysieren zu können (Pühretmayer 2013: 224, 229). Es soll also analysiert werden „*welche AkteurInnen weshalb mit welchen spezifischen Diskursen, mit welchen Ressourcen, mit welchen Kräften und mit welcher Wirkung in gegebene Kontexte intervenieren und neue bzw. qualitativ veränderte Verhältnisse schaffen*“ (ebd.: 229, Hervorhebung im Original) und in weiterer Folge wie solche Verhältnisse so verändert und transformiert werden können, dass sie egalitärer und solidarischer werden (ebd.: 226).

Im Sinne des Kritischen Realismus soll auch auf die Struktur-Handlungs-Ebene eingegangen werden (Buch-Hansen/Nielsen 2020: 53). Unter Struktur wird dabei verstanden, dass es bestimmte historisch und gesellschaftlich geprägte Verhältnisse gibt, die zwischen sozialen Positionen bestehen. Akteur:innen haben solche gesellschaftlichen Positionen inne und erlangen dadurch Handlungsspielräume oder werden in diesen eingeschränkt (Pühretmayer 2013: 220). Die dominierten Klassen sollen als soziale Akteur:innen ernstgenommen und ihr politisches und emanzipatorisches Handeln unterstützt werden (ebd.: 219). „Wer keine Verfügungsmacht über Produktionsmittel innehat, kann z.B. nicht bestimmen, welche Produkte unter welchen Bedingungen produziert und verkauft werden“ (ebd.: 220). In der europäischen Agrarpolitik wird durch die GAP eine Struktur vorgegeben, innerhalb derer Landwirt:innen und andere Akteur:innen handeln können bzw. müssen. Im Laufe der Arbeit soll auch festgestellt werden, wer diese Verfügungsmacht über die Produktionsmittel in der Landwirtschaft besitzt

und damit darüber bestimmen kann, welche Nahrungsmittel unter welchen Bedingungen von wem angebaut werden und welche Interessen hinter diesen Entscheidungen stecken.

Pühretmayer (2013: 229) gibt zu bedenken, dass es im Kritischen Realismus kaum Analysen zu geschlechts-, klassen- und rassismusspezifischen Verhältnissen gibt. Diese sollen in der vorliegenden Arbeit jedoch so weit wie möglich berücksichtigt werden.

3.1.2. Dependenztheorien

Der Hauptfokus der Dependenztheorien liegt auf dem Begriff der Abhängigkeit und den asymmetrischen Beziehungen zwischen globalen Regionen (Schmidt 2016: 137). Dabei werden vorrangig die sozioökonomischen Bedingungen von Abhängigkeit, sowie die verschiedenen Interessen von Kapitalgruppen und Lohnabhängigen in den Blick genommen (Jäger/Springler 2015: 361). Obwohl die Dependenztheorien aus dem lateinamerikanischen Raum kommen und sich daher vorrangig auf die Ursachen für „Unterentwicklung“ in Lateinamerika beziehen (Schmidt 2016: 137), können Aspekte der Dependenztheorien auch auf andere Regionen übertragen werden. So finden auch andernorts asymmetrische Verknüpfungen von Regionen und Abhängigkeitsverhältnissen statt. Abhängigkeit wird dabei als eine „konkrete Form kapitalistischer Entwicklung“ (ebd.) verstanden. In dieser Masterarbeit werden also sowohl europäische als auch globale Ungleichgewichte in Bezug auf die Agrarpolitik genannt. Nach Weissenbacher (2019: 55, 86) war die EU von Beginn an von geografisch bedingten Ungleichheiten bestimmt, was vor allem durch die neoliberale Wirtschaftsdeidee bedingt ist. Zudem bildet sie für periphere Länder ein unzureichendes Integrationsmodell. Weltweit und auch innerhalb der EU kann nach dependenztheoretischem Modell in Zentrums-, semi-periphere- und periphere Länder unterschieden werden (Becker et al. 2020: 227). Mithilfe der Dependenztheorien kann dementsprechend untersucht werden, ob etwa die Forderungen und Maßnahmen des Green Deal von allen Mitgliedstaaten gleichermaßen erfüllt werden können und welche Abhängigkeitsstrukturen innerhalb der EU und einzelner Regionen existieren.

Aber auch auf globaler Ebene können Dependenzen analysiert werden, etwa die Abhängigkeit der industriellen Landwirtschaft des Globalen Nordens vom Import natürlicher Ressourcen und Nahrungs- bzw. Futtermittel aus dem Globalen Süden (Choplin et al. 2011: 40) und damit einhergehend die Mechanismen des ungleichen Tauschs mit rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens. Das Konzept des „ungleichen Tauschs“ beruht darauf, dass zwischen zentralen und peripheren Ökonomien Ungleichheiten bezüglich Entwicklungsvorteilen herrschen. Der Erfolg bestimmter Länder oder Unternehmen geht dabei auf Kosten anderer (Ebenau 2015: 44). Der Ursprung dieses Mechanismus des ungleichen Tauschs, der zu einem

ständigen Wertetransfer vom Globalen Süden in den Globalen Norden führt, liegt im Kolonialismus und dem damit einhergehenden Beginn internationaler Arbeitsteilung (Schmidt 2016: 137). Verbunden damit stellt sich die Frage, ob „grüne“ Maßnahmen wie jene des Green Deal die Zerstörung der Natur bremsen oder diese gar noch verschärfen, indem ökologische Kosten und Lohnverhältnisse in die Länder des Globalen Südens externalisiert werden und inwieweit dadurch die imperiale Lebensweise² der EU aufrechterhalten wird. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, inwiefern diese Abhängigkeiten auch eine weitere geografische Ausdehnung des Kapitalismus und ungleicher Verhältnisse darstellen. Dabei soll auch die Rolle transnationaler Konzerne (TNCs) als Hauptakteur:innen globaler Machtkonstellationen betrachtet werden. Diese multi- und transnationalen Konzerne sind nach dos Santos Teil einer dritten Form von Abhängigkeit nach Kolonialismus und finanzindustrieller Abhängigkeit, da sie aus den Zentrumsstaaten heraus ökonomische Sektoren auf globaler Ebene beeinflussen und kontrollieren können (Weissenbacher 2019: 31f.). In diesem Zusammenhang soll auf den Einfluss und die Macht von transnationalen Agrarkonzernen und die Abhängigkeit, die diese mit sich bringen, eingegangen werden.

Innerhalb der Dependenztheorien gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob Handlungsspielraum in der derzeitigen kapitalistischen Produktionsweise besteht. Während etwa Cardoso auch in Situationen der Abhängigkeit solche Spielräume als gegeben sieht, um Entwicklungsprozesse und Emanzipation anzustoßen, braucht es nach Frank und dos Santos eine Überwindung von Abhängigkeitsverhältnissen durch eine sozialistische Revolution. Aus ihrer Sicht kann es solche Handlungsspielräume, die eine emanzipatorische Transformation ermöglichen würden, innerhalb einer kapitalistischen Produktionsweise nicht geben (Schmidt 2016: 138).

Für meine Arbeit sind besonders diese Abhängigkeitsverhältnisse relevant, die aus dependenztheoretischer Perspektive akteur:innenorientiert untersucht werden. Wichtig ist dabei auch zu betonen, dass periphere Länder nicht als bloße „Opfer“ des Zentrums zu betrachten sind, sondern dass es auch in diesen Ländern Akteur:innen gibt, die nach kapitalistischen Interessen handeln und in weiterer Folge mit ausländischen Akteur:innen interagieren und

² Das Konzept der imperialen Lebensweise wurde von Ulrich Brand und Markus Wissen auf Basis eines gramscianischen Politikverständnisses entwickelt, darauf aufbauend, dass im Kapitalismus Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduziert werden und sich dies in die Weltauffassung und den Alltagsverstand bzw. die Alltagspraktiken der Menschen einschreibt. „[D]as alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren [wird dabei] wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse andernorts ermöglicht“ (Haas 2018: 179).

deren Interessen teilen. Dennoch werden alternative Formen der „Entwicklung“³ für periphere Länder durch internationale Regulierungen von Institutionen oder der EU-Außenpolitik erschwert, weshalb es aus dependenztheoretischer Perspektive andere Formen internationaler Regulierung braucht, etwa internationale Arbeitsrechte (Jäger/Springler 2015: 362). Des Weiteren soll analysiert werden, ob es innerhalb des agrarkapitalistischen Systems Handlungsspielräume für eine sozial-ökologische Transformation gibt oder ob dafür der Agrarkapitalismus erst überwunden werden muss. Geht es nach der sogenannten „Europäischen Dependenzschule“, bräuchte es zwar eine Transformation der globalen bzw. der europäischen Produktionsweise, allerdings sei diese nicht greifbar und es brauche daher nationale oder regionale alternative Strategien (Weissenbacher 2015: 103). Die Peripherie sei nach Friedmann (1986, zit. nach Weissenbacher 2015: 102) dabei auf sogenannte „self-reliance“ angewiesen, nämlich „radikale soziale Praxis, die der Zivilgesellschaft entspringt“ und auf eine Gesellschaft abzielt, die inklusiv und nicht-hierarchisch aufgebaut ist, sowie auf Kooperation, Einklang mit der Natur und soziale Bedürfnisse setzt (Weissenbacher 2015: 104). In Bezug auf die vorliegende Arbeit ist ebenfalls zu betonen, dass die „Europäische Dependenzschule“ sich am Club of Rome⁴ orientiert und etwa mit Ernährungssouveränität, Postwachstumsökonomie oder auch der Kritik an einer „imperialen Lebensweise“ in Verbindung gebracht werden kann (ebd.). Diese Punkte machen den dependenztheoretischen Theoriestrang für die Analyse meiner Arbeit sehr relevant.

3.1.3. Imperialismustheorien

Die Imperialismustheorien haben zum Ziel, die Entstehung und Bedingungen von Ungleichheiten zwischen Zentren und Peripherien zu erklären, sowie Ungleichheit als eine Form von struktureller Gewalt zu verstehen. Unter Imperialismus wird dabei ein

³ Hierbei ist wichtig zu betonen, dass zum einen der Begriff „Entwicklung“ an sich vielfach kritisiert und hinterfragt wird, da er als eurozentrisch empfunden wird und asymmetrische Machtverhältnisse legitimiert (Schröder 2016: 290). Zum anderen kann auch die „Entwicklungshilfe“, mittlerweile eher unter „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZA) geläufig, in vielfacher Hinsicht kritisiert werden (siehe dazu u.a. Nuscheler 2004: 468ff.).

⁴ Der Club of Rome ist eine Vereinigung von Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Ökonom:innen, die die Herausforderungen der multiplen Krise aufzeigen (bpb 2016a: o.S.). Bekannt wurde er in den 1970er Jahren mit der Publikation „Die Grenzen des Wachstums“ über die Auswirkungen von Bevölkerungs- und Industriewachstum bei endlichen Ressourcen (bpb 2016b: o.S.).

Herrschaftsverhältnis verstanden, welches durch sogenannte „Brückenköpfe“ des Zentrums in den Zentren der Peripherie gestützt und aufrechterhalten wird (Galtung 1972: 29). Im Sinne dessen erscheint es sinnvoll, die Entstehung der europäischen Agrarpolitik und ihre historische Genese in den Blick zu nehmen, um damit verbundene Ungleichheiten erklären und verstehen zu können.

Weiters soll auf das von Rosa Luxemburg eingeführte Konzept der „kapitalistischen Landnahme“ eingegangen werden. Dieses besagt, dass die kapitalistische Produktionsweise durch die expansive Logik des Kapitalismus immer auf ein „Außen“ angewiesen ist (Luxemburg 1975 [1913]: 314, 411) und im Zuge dessen nicht-kapitalistische Gebiete und Produktionsweisen in kapitalistische Märkte integriert werden, um Kapital zu akkumulieren (Dörre 2019: 960). Ohne diese nicht-kapitalistischen Produktionsformen kann der Kapitalismus nicht überleben und sich nicht weiterentwickeln, da er sonst seine Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Arbeitskräfte verlieren würde (Luxemburg 2016 [1913]: 152). Damit werden Probleme und Krisenanfälligkeit des Kapitalismus abgeschwächt bzw. in periphere Länder ausgelagert (Jäger/Springler 2015: 356). Die Aneignung von Ressourcen aus dem Globalen Süden durch Kapitalgruppen aus dem Globalen Norden wird auch als „Akkumulation durch Enteignung“ bezeichnet (ebd.: 357). Dies kann insofern auf das europäische Agrarsystem übertragen werden, als dass für die europäische Nahrungs- und Futtermittelproduktion außereuropäische kleinbäuerliche Landwirtschaft verdrängt wird. Diese kann somit als das „Außen“ betrachtet werden, welches durch Land Grabbing der kapitalistischen Expansion dient. Allerdings passiert dies nicht nur im Globalen Süden, sondern auch innerhalb kapitalistischer Zentren (Luxemburg 1975 [1913]: 311). Auch innerhalb Europas werden kleinbäuerliche Strukturen zugunsten industrieller Landwirtschaft zunehmend verdrängt⁵. Luxemburg spricht jedoch auch von der Unmöglichkeit der weiteren Akkumulation und Entfaltung der Produktivkräfte und damit der objektiven historischen „Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus“ (Luxemburg 2009 [1913]: 277). Damit lehnt sich Luxemburg an Marx an, der die Widersprüche in der kapitalistischen Produktionsweise sowie dessen Wachstumszwang als begrenzt ansieht (Schmidt 2016: 132). Die kapitalistische Krisenlösungsstrategie der Ausdehnung auf nicht-kapitalistische Räume (ebd.: 133) kann daher nicht unendlich fortgesetzt werden. Demnach kann auch in der Landwirtschaft nicht auf endloses Wachstum und grenzenlose Expansion spekuliert werden, sondern es braucht Alternativen, die die Grenzen der kapitalistischen Logik aufzeigen.

Kapitalistische Produktionsformen versuchen stets naturalwirtschaftliche Produktionsweisen zu verdrängen, da diese durch die feste Verankerung an Grund und Boden und familiäre

⁵ Ein Beispiel hierfür wäre etwa die Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen in Rumänien zugunsten industrieller Landwirtschaft (Access To Land o.J.b: o.S.).

Weitergabe von Betrieben dem Kapitalismus Grenzen setzen. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass naturalwirtschaftliche Formen der Produktion nicht per se als besser gegenüber kapitalistischen Produktionsformen dargestellt werden können, da Erstere auch Formen wie die Ausbeutung von Sklav:innen, Feudalismus oder patriarchale Verhältnisse beinhalten (Luxemburg 2016 [1913]: 153). Auch im Kapitalismus bedarf es der Reproduktionsarbeit, die in den meisten Fällen unbezahlt von Frauen verrichtet wird, um diese Produktionsweise aufrechtzuerhalten (Schmidt 2016: 133). Dennoch müssen auch nicht-kapitalistische Produktionsformen differenziert betrachtet werden. Ein kritisches Verständnis kapitalistischer Agrarwirtschaft darf nicht pauschal zu einer Romantisierung vergangener und bestehender nicht-kapitalistischer Produktionsformen führen. Zudem muss auch erwähnt werden, dass kapitalistische Produktionsformen in peripheren Ländern auch von kapitalistischen Akteur:innen innerhalb des Landes vorangetrieben werden, da sie von diesen profitieren (Jäger/Springler 2015: 357).

Ähnlich wie in den Dependenztheorien wird auch von Senghaas (1972: 18) von der Theorie des ungleichen Tauschs gesprochen. Hier wird zudem betont, dass es sich beim Fluss von Werten wie Profiten von der Peripherie in ein Zentrum bzw. in eine Metropole nicht immer um eine offene Übertragung handelt, sondern dass viele dieser Profitabflüsse auf versteckte Art und Weise passieren. Etwa wenn Güter und Waren aus der Peripherie aufgrund dort niedrigerer Arbeitslöhne unter ihrem Wert gegen Güter des Globalen Nordens getauscht werden, die durch höhere Entlohnung teurer verkauft werden, selbst wenn das Produktionsniveau in beiden Regionen gleich ist (ebd.). Häufig kommt es auch zu sogenannten negativen „Spin-off“-Effekten, wenn Peripherien unverarbeitete Rohprodukte gegen Industrieprodukte aus dem Globalen Norden tauschen. Solche Effekte sind etwa Umweltverschmutzung oder die Erschöpfung von Ressourcen (Galtung 1972: 42).

Eine weitere Ähnlichkeit zu den Dependenztheorien lässt sich in der Thematik um multinationale Konzerne finden, die, wie im vorherigen Kapitel erwähnt, neue Formen der Abhängigkeit schaffen. Gründe für eine Internationalisierung von Konzernen und die Investition in ausländische Unternehmen oder solche, die im Ausland produzieren, sind, sich so einen Zugang zu Ressourcen zu verschaffen, die Kontrolle von Absatzmärkten sowie Wettbewerb und Konkurrenzdenken (Hymer 1972: 215). Diese Konzerne führen zu extensiverer und produktiverer internationaler Arbeitsteilung und damit einhergehend zu einer Erschwerung nationalen Protektionismus und zu einer vermehrten globalen Interdependenz. Gleichzeitig werden dadurch auch neue Hierarchien geschaffen (ebd.: 236). Hymer sieht die „Lebensfähigkeit des Systems der multinationalen Konzerne“ davon abhängig, „inwieweit die Menschen die Ungleichheit dulden werden, die es erzeugt“ (ebd.: 230). Neoimperialistische Theorien kritisieren die im Kapitalismus vorherrschende Tendenz zur Monopolisierung. Durch

internationale Arbeitsteilung gewinnen Konzerne auf multi- und transnationaler Ebene zunehmend an Bedeutung und Einfluss und konzentrieren sowohl Kapital als auch Kontrolle (Schmidt 2016: 135f.). Die Rolle multinationaler Konzerne wird in dieser Arbeit schließlich dahingehend analysiert, welche Macht sie innerhalb des kapitalistischen Agrarsystems ausüben und welche Abhängigkeiten dadurch entstehen.

Einen weiteren Faktor der Neoimperialismustheorien stellt die Kritik an der Neoliberalisierung von Entwicklungsorganisationen und -politiken dar. Statt einer tatsächlichen Hilfe verstärken sich Machtverhältnisse und die Ausbeutung von Ländern des Globalen Südens. Institutionen wie die Weltbank, der IWF (Internationaler Währungsfonds) oder internationale NGOs stehen in der Kritik die geopolitischen Interessen des Globalen Nordens und des internationalen Kapitals zu vertreten (Schmidt 2016: 136). Laut Herre (2019: 11) stehen für die Entwicklungszusammenarbeit besonders die Produktion von Waren für den Export, sogenannte „cash crops“, sowie landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten im Zentrum, was jedoch den Interessen internationaler Agrarunternehmen entspricht. Zudem werden staatliche Interventionen aus Ländern des Globalen Nordens kritisch betrachtet, da diese oft imperiale Züge aufweisen. Ziel dieser Maßnahmen sei es, Kapitalinteressen des Globalen Nordens zu stützen, indem die peripheren Wirtschaftssektoren daraufhin ausgerichtet werden (Jäger/Springler 2015: 356f.).

3.1.4. Neokolonialismus

„Neokolonialismus ist [...] die schlimmste Form des Imperialismus. Für jene, die ihn praktizieren, bedeutet er Macht ohne Verantwortung, und für die, die unter ihm leiden, bedeutet er Ausbeutung ohne Entschädigung“ (Nkrumah 2016 [1965]: 158). Galtung (1972: 62) sieht den Neokolonialismus als gegenwärtige zweite Phase des Imperialismus, nach dem Kolonialismus und vor dem Neo-Neo-Kolonialismus. Diese zweite Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass Interaktion über internationale Organisationen stattfindet. Allerdings stellt sich die Frage, ob sich der Imperialismus aktuell nicht schon in der dritten Phase befindet, in welcher Interaktion über internationale Kommunikation stattfindet.

Neokolonialismus zeigt sich dann, wenn Staaten formal und theoretisch unabhängig sind, in der Praxis jedoch sowohl ökonomisch als auch politisch von äußeren Kräften gesteuert werden. Diese Kontrolle und Herrschaft gelingt durch ökonomischen und finanziellen Druck, etwa wenn Staaten zur Abnahme von Waren gezwungen werden, die in den (ehemaligen) imperialen Staaten hergestellt werden (Nkrumah 2016 [1965]: 155). Ausländische Finanzmittel werden häufig unter dem Deckmantel der „Entwicklung“ für die Ausbeutung von Ländern, die als „weniger entwickelt“ gelten, verwendet und vergrößern die Schere zwischen armen und reichen

Staaten (ebd.: 156). Soziale Probleme werden nach Nkrumah (2016 [1965]: 158) nicht angegangen, sondern vielmehr noch aus den kapitalistischen Ländern exportiert bzw. ausgelagert.

Nkrumah (ebd.: 158f.) geht allerdings von Widersprüchen innerhalb des Neokolonialismus aus, die diesen zwangsläufig an ein Ende bringen werden. Bereits zu Zeiten des Kolonialismus scheiterten die kapitalistischen Staaten daran, Klassenkämpfe in ihren eigenen Ländern durch die Kolonien zu minimieren, da sich die kapitalistische Klasse die kolonialen Profite einsteckte und die Arbeiter:innen sich dagegen auflehnten. Eine Umverteilung führte mitunter zur Etablierung des „Wohlfahrtsstaats“. Ein weiterer Widerspruch des Neokolonialismus besteht darin, dass den Ländern des Globalen Südens ein besserer Lebensstandard versprochen wird, wenngleich das Ziel des Neokolonialismus ist, diese Standards niedrig zu halten, um den ökonomischen Interessen der Industrieländer zu entsprechen. Daher kommt es kaum zu sozialen Verbesserungen und gewährte Kredite kehren im Endeffekt als höhere Profite wieder in die Industriestaaten zurück (ebd.: 161). Es soll verhindert werden, dass Rohstoffpreise steigen oder im Globalen Süden verarbeitende Industrie aufgebaut wird (ebd.: 162). In den 1960er und 70er Jahren etwa fand Imperialismus auch in einer Form statt, die Landwirtschaft in Entwicklungskonzepte einband, was zum Ziel hatte, revolutionäre Bestrebungen zu vermindern und dem US-Kapital erleichterte Bedingungen zu schaffen, um sich auf lokaler Ebene zu etablieren (Veltmeyer 2016 [2005]: 168).

In Bezug auf den Besitz landwirtschaftlicher Produktionsgüter haben sich diese Machtverhältnisse von kolonialen Mächten hin zu multinationalen Konzernen verschoben (Hall et al. 2015: 21). Zu Zeiten des Kolonialismus wurden agrarische Gesellschaften vertrieben oder ihre Arbeit kontrolliert, um Profite für die Kolonialmächte zu generieren (Bernstein 2010: 43). Durch das Aufstreben des Kapitalismus wurde die während Kolonialzeiten vor allem auf Plantagenwirtschaft ausgerichtete Landwirtschaft erweitert zu einer „industrial plantation“, also Plantagenwirtschaft mit Produktionsmitteln der industriellen Landwirtschaft. Vor allem in Südostasien, Zentral- und Südamerika werden Regenwälder für die Herstellung von cash crops gerodet, u.a. Palmöl, Baumwolle oder Zucker, die für den Massenkonsum in den Ländern des Globalen Nordens angebaut werden (ebd.: 52). Auch in Afrika kam es zu einem Wandel der Landwirtschaft durch agrarindustrielle Produktionsweisen und zunehmende Kontrolle multinationaler Konzerne über ebendiese Formen der Produktion (Hoering 2007: 10f.).

3.1.5. Regulationstheorie

Die Regulationstheorie untersucht, weshalb es im Kapitalismus immer wieder zu Phasen mit hohem und stabilem Wachstum kommt, obwohl dieser von zahlreichen Widersprüchen, wie etwa Krisentendenzen und Klassenwidersprüchen, geprägt ist. Dabei werden konkrete Akkumulationsmuster mithilfe von Krisenerklärungsmechanismen der Politischen Ökonomie sowie weiterer Zugänge mit unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Insbesondere strukturelle ökonomische Zusammenhänge werden untersucht. Auf einer Regulationsebene wird schließlich dargestellt, wie herrschende institutionelle und strukturelle Formen bestimmte Akkumulationsmuster stützen können, dadurch, dass sie zu einer (kurzfristigen) Aufhebung kapitalistischer Widersprüche beitragen. Eine Regulationsweise ist dabei der Komplex struktureller Formen, der ein Akkumulationsregime stabilisiert. Dabei muss unterschieden werden zwischen Regulierung, welche eine intentionale Handlung meint, und Regulation, die weitergedacht wird und auch Institutionen und nicht beabsichtigte Konsequenzen und verfestigte Handlungsmuster miteinschließt (Jäger/Springler 2015: 199f.) Zugleich spielt in der Regulationstheorie auch der Begriff der Institutionen eine wichtige Rolle, in dem strategisches Handeln von gesellschaftlichen Akteur:innen sowie die strukturellen Rahmenbedingungen von Reproduktion im Kapitalismus beinhaltet sind. Somit kann die Regulationstheorie auch zur Erfassung von „sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktion und Reproduktion“ verwendet werden (Görg 2003: 119). Krisen, wie ebenjene der Ernährung, des Klimas oder der Biodiversität, zeigen Widersprüche zwischen allgemeinen Organisationsprinzipien und Handlungskapazitäten von sozialen Akteur:innen auf. Gesellschaftliche Ausverhandlung von Institutionensystemen ist geprägt von strukturellen Zwängen (ebd.: 125).

Für die vorliegende Arbeit ist die Regulationstheorie im Hinblick auf die Lösungsstrategien für Krisen relevant. Kleine Krisen können innerhalb einer Regulationsweise durch kleinere Anpassungen und mit den vorhandenen Institutionen gelöst werden, die Grundstruktur des Akkumulationsregimes bleibt jedoch gleich. Große Krisen können allerdings nicht mit den vorhandenen strukturellen Formen gelöst werden und die Widersprüche können mithilfe der Regulationsweise nicht mehr überbrückt werden. Die Ursachen für solche großen Krisen liegen oft in Überakkumulation, der fehlenden Übereinstimmung von Akkumulation und Regulation sowie in einem ausbeutenden Umgang mit der Natur, etwa durch die Erschöpfung natürlicher Ressourcen. Es kommt zur Erschließung neuer Ressourcen bzw. neuer Räume durch geographische Expansion, um neue Akkumulationsmöglichkeiten zu schaffen (Jäger/Springler 2015: 201). Eine unendliche Ausweitung der Akkumulation im kapitalistischen System stößt jedoch an geographische Grenzen und wird, wie auch im Kapitel zur Imperialismustheorie erläutert, als unmöglich erachtet.

Warum ist es nach der Regulationstheorie also möglich, dass das Agrarsystem, das von Widersprüchen durchzogen ist, nicht nachhaltig reformiert wird? Ein solcher Widerspruch wäre etwa, dass kapitalistische Landnahme, wie in Kapitel 3.1.3 beschrieben, nicht unendlich lange möglich ist, da nicht-kapitalistische Gebiete zunehmend vereinnahmt und nicht-kapitalistische Produktionsweisen verdrängt und durch agroindustrielle Landwirtschaft ersetzt werden. Ein weiterer Widerspruch wäre die enorme Umweltbelastung, die durch industrielle Landwirtschaft entsteht, etwa Bodendegradierung durch den Anbau von Monokulturen oder der Verlust der Artenvielfalt aufgrund intensiver Bewirtschaftung und Einsatz von Pestiziden und synthetischen Düngemitteln (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 26). Diese Form der Bewirtschaftung soll zu höheren Erträgen und Ernährungssicherheit (siehe auch Kapitel 6.3.1) führen, belastet jedoch die Umwelt in einer Weise, die langfristig zu einer Zerstörung der Böden, weniger Fruchtbarkeit und zu einer Verringerung der biologischen Vielfalt führt. Dies wird dadurch verstärkt, dass es in der EU keine eigenen Mittel für Biodiversitätsschutz gibt, sondern dies in der GAP integriert ist, deren Subventionen jedoch zu stark auf Intensivierung abzielen, als dass die Mittel für Umwelt- und Biodiversitätsmaßnahmen zu einem erfolgreichen Erhalt der Artenvielfalt beitragen könnten (ebd.).

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise stellen zwei solcher „großen Krisen“ dar, die im Sinne der Regulationstheorie nicht mehr innerhalb des vorhandenen Systems gelöst werden können. Brand und Wissen (2011: 13f.) gehen davon aus, dass für diese Krisen unter anderem auch der Staat in seiner kapitalistischen Form sowie das internationale kapitalistische System verantwortlich gemacht werden können. Eine Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse meint eine „herrschaftsförmige Bearbeitung der der kapitalistischen Produktionsweise inhärenten ökologischen Destruktivität“ (ebd.: 17f.). Die Naturverhältnisse sind innerhalb des kapitalistischen Systems von Widersprüchen durchzogen, die durch unzureichende Problemlösung aufgezeigt werden. Dazu zählt beispielsweise, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Produktion von Nahrungsmitteln einerseits und Agrartreibstoffen andererseits knapper werden und somit zum Objekt von Konkurrenzverhältnissen werden (ebd.: 25).

Bei der Verwendung des Begriffs „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ wird davon ausgegangen, dass Natur und Gesellschaft nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können, sondern sich gegenseitig bedingen und beeinflussen (Brunnengräber/Dietz 2011: 96). Probleme mit Natur und Biodiversität sind immer mit dem menschlichen Verhältnis zur Natur verbunden, also Möglichkeiten durch Technik und Wissenschaft in die Natur einzugreifen und sie zu verändern bzw. zu transformieren. Unter einer Regulation von Naturverhältnissen ist schließlich auch die Frage nach gesellschaftlicher Reproduktion in Verbindung zur Natur zu verstehen (Görg 2003: 9, 13). Schlussendlich soll die Regulationstheorie in meiner Arbeit also

dazu dienen, zu verstehen, welche Regulationsweisen in der Agrarpolitik vorherrschen und welche Formen der Regulation zu einer Transformation beitragen könnten.

3.2. Neogramscianismus

Da in dieser Arbeit ein besonderes Augenmerk auf die Aspekte des Neogramscianismus gelegt wird, weil dieser besonders viele relevante Konzepte für meine Analyse bietet, wird er detaillierter dargestellt als die restlichen Theoriestränge. Dabei gibt es innerhalb des Neogramscianismus unterschiedliche Ansätze, die sich jedoch in einigen Aspekten ähneln, wie etwa dem Begriff der Hegemonie, einem weiten Verständnis des Staates, die Einbeziehung inter- und transnationaler Aspekte von Hegemonie sowie dem Konzept der passiven Revolution und der Beschäftigung mit Widersprüchen (Bieling 2013: 187). Es geht den Ansätzen vor allem darum, „ob, in welcher Form und durch welche Mechanismen sich im globalen oder transnationalen Raum hegemoniale Strukturen reproduzieren und welche Widersprüche und Konflikte darin eingelagert sind“ (ebd.: 194). Dabei werden jedoch unterschiedliche Aspekte in den Fokus genommen, etwa die Globalisierung mit ihren Widersprüchen und Konflikten, sowie die Bereiche Klima, Energie oder Umwelt (ebd.). Diese innere Heterogenität wird von Bieling (ebd.: 197) als Potenzial aufgefasst, da damit neue Debatten und Erkenntnisse generiert werden können.

Die ursprünglich rein auf den Nationalstaat bezogenen Annahmen Antonio Gramscis wurden bereits auf internationale Gegebenheiten übertragen. Die neogramscianischen Zugänge bilden somit eine Basis für globale Analysen, etwa von asymmetrischen Interaktionen auf globaler Ebene (Jäger/Springler 2015: 360). So wendet beispielsweise Cox (2016: 236f.) die Theorien Gramscis auf internationale Organisationen und globale Problemfelder an, ohne aber den historischen Kontext der Entstehung dieser Theorien zu vergessen. Diese Weiterentwicklung ist für meine Analyse der europäischen Agrarpolitik sehr hilfreich, da es sich hier ebenfalls um supra- und internationale Verflechtungen handelt, die nicht allein mit auf den Nationalstaat fokussierten Theorien analysiert werden könnten.

Hegemony at the international level [...] is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must all three. World hegemony, furthermore, is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behavior for states and for those forces of civil

society that act across national boundaries – rules which support the dominant mode of production. (Cox 1983: 171f., zit. nach Bieling 2013: 185)

Der Begriff der Hegemonie, der in vorherigem Zitat sehr treffend definiert wird, stellt in der Theorie des (Neo-)Gramscianismus wohl eines der wichtigsten Konzepte dar und soll auch in der vorliegenden Arbeit eine zentrale Rolle einnehmen. Gramsci verwendet einen weiten Hegemoniebegriff, also Herrschaft, die durch Konsens gestützt wird. Hegemoniale Strukturen entstehen durch eine nach außen gerichtete Erweiterung innerer bzw. nationaler Hegemonie. Diese nationalen Hegemonien werden durch dominante gesellschaftliche Klassen gebildet (Bieling 2013: 189). Transnationale Dynamiken der Entstehung von Hegemonie weisen nach Gill (zit. nach Bieling 2013: 191f.) drei Tendenzen auf: (1) ein „disziplinierender Neoliberalismus“ als Verdichtung von Prozessen der Ökonomisierung, Anonymisierung und Internalisierung der Organisation von Macht- und Herrschaftsverhältnissen; (2) ein „neuer Konstitutionalismus“, die Etablierung von transnationalen Rechten und Regulierungen, wodurch Investitionen, Handelsbeziehungen und Wettbewerb auf globaler Ebene gefördert und demokratische Kontrolle geschwächt wird; und (3) eine „Kultur des Marktes“, die von Aspekten wie Individualisierung, Nutzenmaximierung und Marktkonkurrenz geprägt ist und zu Privatisierungen, Kommerzialisierung und Vermarktlichung staatlicher und gesellschaftlicher Prozesse führt. Eine Hegemonie entsteht zudem durch einen Wandel von Struktur zu Superstruktur, womit der Übergang von Interessen bestimmter Gruppen und Klassen hin zur Errichtung von Institutionen und Ideologien gemeint ist. Diese Institutionen und Ideologien wirken universal und befriedigen Bedürfnisse subalternen⁶ Gruppen, weshalb diese die Hegemonie der führenden Klasse nicht infrage stellen (Cox 2016: 247). Auf internationaler Ebene ist Hegemonie durch eine dominierende Produktionsweise gekennzeichnet, die sich mit anderen Produktionsweisen verbindet. Ebenso werden gesellschaftliche Klassen aus unterschiedlichen Staaten miteinander verknüpft. Die Hegemonie bildet neben sozialer und ökonomischer auch eine politische Struktur mit universellen Normen, Institutionen und Mechanismen, welche Staaten und der Zivilgesellschaft Regeln vorgeben. Diese Regeln schließlich stützen die vorherrschende Produktionsweise (ebd.: 252).

Neogramscianische Ansätze untersuchen das Verhältnis von Struktur und Handlung und werfen auf, dass strukturelle Zwänge durch die kapitalistische Produktionsweise, welche Ausbeutung fördert, gegeben sind. Gramsci stellt die Frage, warum Menschen die Verhältnisse, durch die sie ausgebeutet werden, akzeptieren und sogar aktiv an ihrer Weiterführung mitwirken (Schmidt

⁶ Nach Gramsci sind subalterne Klassen “any ‘low rank’ person or group of people in a particular society suffering under hegemonic domination of a ruling elite class that denies them the basic rights of participation in the making of local history and culture as active individuals of the same nation.” (Louai 2012: 5).

2016: 142). Diese Frage stellt sich für diese Arbeit in abgewandelter Form. Warum werden die aktuellen Verhältnisse von einem Teil der landwirtschaftlichen Produzent:innen mitgetragen und wieso gibt es teils wenig Auflehnung dagegen? Welcher Konsens herrscht, der das bestehende System aufrechterhält? Welche Interessen stehen dahinter und welche Akteur:innen sind jeweils daran beteiligt, den Status quo aufrechtzuerhalten bzw. eine Veränderung des solchen anzustreben?

Um ein System hegemonial aufrechtzuerhalten, braucht es einen Kompromiss zwischen dominanten und dominierten Gruppen. Dafür müssen die dominanten Gruppen bewirken, dass ihre eigenen Interessen in den sogenannten Alltagsverstand der Bevölkerung integriert werden (Schmidt 2016: 142f.), sodass die Menschen diese Interessen auch als ihre eigenen wahrnehmen. Eine solche Verbreitung wird vor allem über Bildung und Massenmedien bewirkt, weshalb es nach Gramsci einer Betrachtung des gesellschaftlichen Überbaus benötigt, der als umkämpftes Feld gilt und sich wiederum auf die gesellschaftliche Basis auswirkt. Cox (2016: 239) ergänzt die Institutionen Bildung und Medien noch um jene der Kirche bzw. um „alle Institutionen, die dazu beitragen, in den Menschen jene Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen zu erzeugen, die der hegemonialen sozialen Ordnung entsprechen“. Eine Durchsetzung der Interessen der dominanten Gruppe passiert seit den 1980er Jahren überwiegend durch neoliberale Ideologien (Schmidt 2016: 143).

Beim Neogramscianismus soll auch auf den Aspekt der Gegenhegemonie eingegangen werden. Im Unterschied zur Hegemonie, die als „Fähigkeit, herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen durchzusetzen, so dass sie von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden“ (Brand 2005: 9) gilt, geht es bei Gegenhegemonie um alternative Strategien, die sich aus der Zivilgesellschaft heraus entwickeln und bestehende Strukturen und Herrschaftsverhältnisse infrage stellen und kritisieren. Diese Auseinandersetzungen passieren entlang von konkreten Ansatzpunkten, strategischem Denken oder spezifischen Verweigerungen (ebd.: 10). Bezüglich solcher emanzipatorischen Alternativen spielt vor allem die Ebene der Handlung eine wichtige Rolle, da eine Transformation von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nicht (nur) durch die herrschenden Klassen vorangetrieben wird, sondern auch durch die dominierten Gruppen von unten bewirkt werden kann. Dies kann gelingen, indem die genannten Widersprüche des bestehenden Systems als Chancen gesehen werden, um aktive Handlungen für eine Veränderung des Status quo zu erwirken. Eine Voraussetzung für den Erfolg einer gegenhegemonialen Bewegung ist die Überwindung nationaler und gesellschaftlicher Grenzen (Schmidt 2016: 142, 144). Damit verbunden stellt sich die Frage, wie sich Krisen und Konflikte auf die neoliberale transnationale Hegemonie auswirken, die selbst mit einer Krise der Legitimation konfrontiert ist. Für eine tatsächliche Krise der Hegemonie braucht es allerdings alternative Krisen-Narrative,

wie etwa emanzipatorische politische Projekte (Bieling 2013: 195). Zudem braucht es nach Gill (2016: 285) auch eine starke politische Organisation, die von organischen Intellektuellen unterstützt werden muss, um Potenzial für progressive Politik zu schaffen.

Der Begriff der Hegemonie stellt einen zentralen Unterschied zu anderen Theoriesträngen dar. So wird in neogramscianischen Ansätzen vor allem die Rolle von Konsens bzw. Ideologie in Bezug auf die Durchsetzung der dominanten Interessen in den Fokus gerückt und nicht etwa wie in neoimperialistischen Ansätzen rein der Aspekt des Zwangs zur Erreichung von politischer und wirtschaftlicher Macht (Jäger/Springler 2015: 359). Hegemonie auf globaler Ebene wirkt auch durch internationale Institutionen. Um hegemoniale Strukturen aufrechtzuerhalten und auf globaler Ebene verrechtlichen zu können, werden bestimmte Institutionen gebildet, wie etwa die WTO (World Trade Organization), oder Verträge aufgesetzt, z.B. auf EU-Ebene (ebd.). Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Durchsetzung von Interessen ist die Rolle der verschiedenen Klassenfraktionen. Dabei geht Gramsci von einer sich herausbildenden transnationalen kapitalistischen Klasse aus, die aus transnationalen Konzernen und mit diesen in Verbindung stehenden Gruppen besteht (ebd.: 359f.). Bieling (2013: 194) bezeichnet diese auch als „transnationale Elitennetzwerke“ und geht gleichzeitig von der Etablierung einer transnationalen Zivilgesellschaft aus.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt neogramscianischer Ansätze ist die Beschäftigung mit Historizität sowie struktureller Transformationen auf nationaler, inter- und transnationaler Ebene. Verschiedene historische Strukturen wirken zusammen, dazu zählen die gesellschaftlichen Produktionsbeziehungen, die Staatsformen und die Weltordnung. Für strukturelle Veränderungen auf internationaler Ebene braucht es zunächst einen Wandel in den sozialen Produktionsbeziehungen und den sozialen und staatlichen Organisationsformen (Bieling 2013: 188f.). Als ähnliches Dreiecksverhältnis wirken die materiellen Bedingungen, Institutionen und Ideen, wobei bei der Produktion der materiellen Bedingungen von einem weiten Produktionsbegriff ausgegangen wird. Dieser umfasst auch Dimensionen alltäglicher Reproduktion, wie etwa Wissen, Beziehungen, Institutionen oder Moral (ebd.).

Ein weiteres Konzept Gramscis stellt jenes der „passiven Revolution“ dar. Damit ist die „Einführung von Veränderungen ohne eine Erhebung des Volkes“ (Cox 2016: 242) gemeint. Es handelt sich also um Gesellschaften, in denen sich weder neue Kräfte mit einer Revolution noch alte Kräfte mit einer Restauration durchsetzen können und daher keine der beiden eine hegemoniale Stellung erreicht. Entgegen einer Hegemonie entspricht eine passive Revolution einer nichthegeemonialen Gesellschaft, „in der keine herrschende Klasse in der Lage ist, eine Hegemonie im gramscianischen Sinne zu errichten“ (ebd.: 242, 244), bzw. die herrschende Klasse nicht fähig ist, die Klasse der Produzent:innen in ihre Hegemonie zu integrieren (Morton 2016: 265). Es handelt sich also um eine Form der „Herrschaft“, nicht um eine Form der

„Führung“, Gramsci spricht auch von „Diktatur ohne Hegemonie“ (ebd.). Staaten modernisieren sich hierbei durch Reformen oder Kriege, erleben aber keine politischen Revolutionen (ebd.: 264). Besonders in Ländern des Globalen Südens, die von zunehmender Industrialisierung geprägt sind, kommt eine solche Form der passiven Revolution vor (Cox 2016: 244). Demirović (1992, zit. nach Candeias 2007: 19) versteht unter einer passiven Revolution den „*Prozess der Verallgemeinerung* von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“. Von Seiten der subalternen Gruppen werden dabei die gleichen Interessen wie jene der dominierenden Gruppen angestrebt und sie erwarten sich reale Vorteile durch ihre Teilhabe am System (Candeias 2007: 19). Morton (2016: 261) sieht in passiver Revolution einen „Ausdruck der politischen Herrschaft des Kapitals“. Nach Gramsci (1977, zit. nach Morton 2016: 262) können im Kapitalismus einzelne Staaten nie gleichzeitig auf einem gleichen wirtschaftlichen Niveau sein. Aus einer geopolitischen Sicht wird im Rahmen der multi-skalar konzeptualisierten passiven Revolution betrachtet, wie unterschiedliche Räume in den kapitalistischen Weltmarkt integriert werden und damit Ungleichheit produziert wird, wie Klassen- und Produktionsverhältnisse auf verschiedenen räumlichen Ebenen reproduziert werden und welche Bedeutung Wettbewerb unter globalen kapitalistischen Bedingungen hat (Morton 2016: 278).

Ein weiteres Konzept Gramscis ist jenes des historischen Blocks. Dabei geht es nach Cox (2016: 245) um eine entstehende oder bereits dominante Struktur, die in der Lage ist, eine bestehende Struktur zu ersetzen. Unter Struktur wird dabei ein stabiles Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft verstanden. Eine solche Struktur kann nur dann ersetzt werden, wenn sie kein weiteres Potenzial zur Entwicklung hat. Ein historischer Block hat dabei immer eine revolutionäre Tendenz (ebd.), kann jedoch nicht ohne eine hegemoniale gesellschaftliche Klasse bestehen. Ein neuer Block entsteht etwa dann, wenn eine untergeordnete Klasse, wie z.B. Arbeitende, eine Hegemonie über eine andere subalterne Klasse, wie z.B. Kleinbäuer:innen, entwickelt. Dabei kommt den Intellektuellen eine bedeutende Rolle zu. Diese bilden keine eigene Schicht, sondern sind vielmehr organisch mit einer gesellschaftlichen Klasse verbunden. Ihre Aufgabe ist es, eine gemeinsame Identität einer Klasse bzw. eines historischen Blocks durch Bildung von Leitbildern, Organisationen, etc. zu stützen (ebd.: 246).

Neogramscianische Zugänge fragen immer auch nach emanzipatorischen Alternativen, wobei gerade die Handlungsebene im Sinne des Struktur-Handlungs-Verhältnisses eine bedeutende Rolle spielt (Schmidt 2016: 142). Es geht darum, die Rolle von Akteur:innen in den Blick zu nehmen und damit internationale Verhältnisse und Entwicklungen zu erklären (Jäger/Springler 2015: 358). Auf der Ebene der Akteur:innen sind zudem die Rolle von Intellektuellen und ihrer Funktion der Meinungsbildung sowie das Konzept des Alltagsbewusstseins bzw. des Alltagsverstands von zentraler Bedeutung. Letzteres kann dabei widersprüchlich sein und sowohl konservative als auch widerständische Aspekte beinhalten (Bieling 2013: 195). Die

organischen Intellektuellen haben die Aufgabe, bestehende Herrschafts- und Machtstrukturen zu prüfen und zu kritisieren, sowie neue Ideen und Konzepte zu erarbeiten und auf globaler Ebene zu verbreiten (Gill 2016: 288). Nach Gramsci können alle Mitglieder einer Gesellschaft als Intellektuelle agieren, allerdings nehmen nur wenige auch dauerhaft diese Rolle ein (Cox 2016: 247). Grundlegende Veränderungen der Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf einer globalen Ebene bzw. der Weltordnung können nach Cox (ebd.: 248) nur durch eine vorhergehende grundsätzliche Veränderung in den gesellschaftlichen Verhältnissen passieren. Dem Staat kommt dabei die Rolle als Ort der Konfliktaustragung sowie der Errichtung von Hegemonie zu (ebd.). Ein sogenannter Bewegungskrieg, der zu einer Kontrollübernahme radikaler Kräfte über die Superstruktur führen würde, ist wenig wahrscheinlich, da Superstrukturen eine breite gesellschaftliche Basis im Zentrum haben, wo sie mit den nationalen herrschenden Klassen verbunden sind. In der Peripherie sind sie hingegen mit der passiven Revolution verbunden. Nur ein Stellungskrieg, also eine „weitreichende revolutionäre Strategie“, kann demnach zu einer strukturellen Veränderung führen. Dafür braucht es einen neuen historischen Block auf nationaler Ebene, der die Basis für Veränderung bildet. Solche alternativen Gesellschaften sollen als Brücken zwischen den Arbeiter:innen und anderen subalternen Klassen dienen. Innerhalb von hegemonialen Strukturen muss also eine gegenhegemoniale Bewegung entwickelt werden (ebd.: 242, 255f.). Zugleich ist es jedoch wichtig, „dem Druck und den Versuchungen zu widerstehen [...], in das Streben nach zusätzlichen Vorteilen für subalterne Gruppen innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Hegemonie zurückzufallen“ (ebd.: 242). Dies markiert auch den Unterschied zur Sozialdemokratie, die anders als der Stellungskrieg keine revolutionären Ziele hat, sondern innerhalb der bestehenden Strukturen Vorteile generieren will (ebd.). Krisen begünstigen gegenhegemoniale Entwicklungen, da dadurch bestehende Strukturen hinterfragt werden (ebd.: 256). Im Rahmen der Arbeit soll untersucht werden, ob alternative Bewegungen zum vorherrschenden Agrar- und Ernährungssystem gegenhegemoniale Strategien verfolgen und inwiefern diese ein Potenzial für Veränderung haben können, vor allem auch hinsichtlich der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus. Zudem soll untersucht werden, welche Rolle die GAP dabei spielt, welche Akteur:innen damit verbunden sind und ob diese zu einer Aufrechterhaltung neoliberaler Hegemonie beitragen.

4. Transformation

Bei der derzeitigen Krise handelt es sich um eine tiefgreifende Krise, deren Lösung eine grundlegende Transformation der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise voraussetzen würde. (Bader et al. 2011: 14)

Der Begriff Transformation wird, vor allem in Bezug auf sozial-ökologische Dimensionen (siehe Kapitel 4.2), immer häufiger gebraucht. Als Grund dafür kann angenommen werden, dass nach Lösungen für die bestehende multiple Krise bzw. Vielfachkrise gesucht wird. Unter der multiplen Krise wird „eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“ (Bader et al. 2011: 13) verstanden. Zu diesen Krisenprozessen zählen unter anderem die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Ernährungskrise, die Klimakrise, die Krise der Demokratie, etc. (Demirović et al. 2011: 7). Nach Gramsci sind strukturelle und organische Krisen, also strukturelle, langfristige Krisen (Cox 2016: 248), mit inneren Widersprüchen Vorbedingungen für eine Transformation. Diese Krisen sind in neoliberalen Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise zu einer Normalität geworden. Dem herrschenden Block geht es also nicht darum, diese Widersprüche zu lösen, sondern sie beherrschbar zu machen (Candeias 2011: 45f.).

Die Bearbeitung von Krisen erfolgt nach wie vor meist innerhalb eines neoliberalen Kräfteverhältnisses und einer zu starken Fokussierung auf ökonomische Krisentendenzen. Eine solche selektive Behandlung kann aber der Komplexität der Vielfachkrise und ihrer Ursachen und Zusammenhänge nicht gerecht werden, da Krisen immer zusammenwirken und sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. So kann etwa eine Verkürzung von „Entwicklungshilfe“-Geldern aus ökonomischen Gründen zu einer Erhöhung von Hunger und damit zu einer Verschärfung der Ernährungskrise führen. Wie meist betrifft diese verkürzte Politik die Menschen in Ländern des Globalen Südens am meisten (Bader et al. 2011: 23-26). Eine erfolgreiche Krisenbearbeitung muss also stets verschiedene Krisentendenzen als miteinander verflochten begreifen und versuchen, ganzheitliche Lösungen zu finden.

Ein reduziertes Verständnis von Krisen kann schließlich auch passives Abwarten und Resignation nach sich ziehen (Bader et al. 2011: 26). Nach Gramsci braucht es eine „Überwindung des objektivistischen Krisenbegriffs“, vielmehr muss die Krise an sich als „umkämpftes soziales (Kräfte)verhältnis und Terrain gesellschaftlicher Kämpfe“ verstanden werden. Er sieht das „Handeln der subalternen Kräfte“ als „Bestandteil der Krisendynamik, auch über ihre Einbindung durch Lebens- und Konsumweisen hinaus“ – vom Eingreifen dieser subalternen Kräfte „hängt ab, ob das herrschaftsförmige Krisenmanagement durchgesetzt wird

oder ob sich die Kräfteverhältnisse wandeln“ (ebd.). Nach Gramsci ist es also notwendig, eine Veränderung von unten herbeizuführen, sozusagen durch bottom-up-Prozesse eine Transformation zu erwirken. Dies könnte etwa durch die Vernetzung und das Zusammenwirken eines „transnationalen hegemonialen Block[s]“ ermöglicht werden (ebd.). Entgegen dem Verständnis des herrschenden neoliberalen Blocks, der wie erwähnt nach Candeias (2011: 46) nicht nach einer Lösung von Widersprüchen sucht, könnte ein gegenhegemonialer Block Strategien zu deren Überwindung entwickeln.

In diesem Kapitel soll nun zunächst auf den Begriff der Transformation an sich eingegangen werden, um anschließend darzulegen, welche Definition von Transformation ich für diese Arbeit verwenden möchte. Spezifisch werde ich mich dabei auf die sozial-ökologische Transformation beziehen, die in Kapitel 4.2 dargestellt, aber auch kritisch hinterfragt wird. Wenn in diesem Kapitel also von der multiplen Krise als Grund für eine gesamtgesellschaftliche Transformation ausgegangen wird, so soll in der Analyse (Kapitel 6) schließlich darauf eingegangen werden, warum es aus kritisch-politökonomischer Perspektive spezifisch auch im Agrarsektor eine sozial-ökologische Transformation braucht.

4.1. Begriffsklärung

Der Begriff der Transformation wird sich laufend durch die Arbeit ziehen und bedarf einer Klärung, da es für diesen Terminus zahlreiche Definitionen und verschiedenste Interpretationsmöglichkeiten gibt. Nachfolgend wird zunächst der Begriff Transformation selbst dargestellt und unterschiedliche Konzepte desselben angeführt, um daraufhin die für diese Arbeit relevante Form der Transformation genauer zu erläutern, nämlich eine sozial-ökologische Transformation, betrachtet aus einer kritischen Perspektive. Auch innerhalb der sozial-ökologischen Transformation gibt es widersprüchliche Tendenzen. Nichtsdestotrotz stellt sie ein für diese Arbeit relevantes Konzept dar, weshalb ich eine für mich sinnvolle Interpretation des Begriffes für die vorliegende Arbeit verwenden möchte.

Um den Begriff der Transformation einordnen zu können, muss er von anderen, ähnlichen, Begriffen abgegrenzt werden. Transformation wurde vor allem nach der sogenannten dritten Demokratisierungswelle in den 1970er Jahren sowie nach dem Fall kommunistischer Herrschaftsregime in Osteuropa zu einem verbreiteten Begriff in den Sozialwissenschaften. Im Zuge dessen wurde der Term oft mit anderen Begriffen gleichgesetzt, etwa Transition, Revolution, Zusammenbruch, Systemwechsel, etc. (Merkel 2010: 62). Merkel (ebd.) stellt folgende Fragen, die zur Einordnung des Begriffes notwendig sind: Was wird transformiert? In welcher Art und Weise geht die Transformation vor sich? Welche Akteur:innen sind dabei

beteiligt? Bei der Frage nach dem „Was“ ergeben sich Unterschiede daraus, ob ein Wandel eine Regierung, ein Regime, einen Staat oder ein System betreffen. Im Falle dieser Masterarbeit wird die Transformation eines Systems angedacht. Merkel (2010: 64f.) beschreibt den Wandel eines politischen Systems. Bei einer Transformation des (agrar-)kapitalistischen Systems käme es jedoch nicht nur zu einem politischen Wandel, sondern auch zu einer Änderung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen. Ein System wird nach Easton (1965, zit. nach Merkel 2010: 65) dann instabil und bedarf einer Transformation, wenn die Legitimität des Systems so weit sinkt, dass sowohl auf einer Ebene von Normen und Regeln als auch auf einer Ebene materieller Politikergebnisse keine oder nur mehr wenig Unterstützung gegeben ist.

Bei der Frage nach dem „Wie“ des Übergangs zu einem anderen System kann unterschieden werden zwischen Regimewandel, Regime- und Systemwechsel, Transition und Transformation. Von Regimewandel wird gesprochen, wenn sich die „Funktionsweisen und Strukturen einer Herrschaftsordnung“ verändern, allerdings ist der Ausgang dieses Prozesses offen, während es bei einem Regime- oder Systemwechsel zu einem anderen System/Regime kommt. Der Begriff der Transition wird meist für den Übergang autokratischer hin zu demokratischen Systemen verwendet. Eine Systemtransformation schließlich gilt als Überbegriff für Systemwandel bzw. -wechsel und schließt somit alle oben genannten Begriffe mit ein (Merkel 2010: 65f.). Die für meine Arbeit relevanten Begriffe, welche abwechselnd verwendet werden, sind nun Transformation, Systemtransformation und Systemwandel, da diese den Übergang des derzeitigen Systems hin zu einem anderen System beinhalten, dessen Ausgestaltung jedoch noch unklar ist.

Der Begriff der Transformation wird zudem häufig mit dem Konzept der „Great Transformation“ von Karl Polanyi in Verbindung gebracht. Die Große Transformation meint in diesem Zusammenhang den im 19. und 20. Jahrhundert stattfindenden Übergang zu einer freien Marktwirtschaft. Das für Polanyi wichtige Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft wird im Zuge der Marktwirtschaft getrennt und „die gesellschaftliche Kontrolle des Ökonomischen abgeschafft“ (Reiðig 2009: 93f.). Was als „Befreiung der Märkte aus sozialer „Einbettung“ bezeichnet wurde, nennt Polanyi eine „Entbettung“ der Ökonomie. Ein System des Marktes, das sich selbst reguliert, könne nicht lange bestehen bleiben, „ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu zerstören“ (ebd.: 94, Hervorhebung im Original). Es brauche ein alternatives wirtschaftliches System mit gesellschaftlicher Teilhabe, einer Orientierung an kulturellen Werten, Effizienz bezüglich Energie und Ressourcen sowie Umweltkonsistenz auf globaler Ebene. Ein solcher Systemwandel wird auch als zweite „Große Transformation“ bezeichnet (ebd.: 96f.). Eine mögliche Option, wie eine solche Transformation aussehen

könnte, bildet die sogenannte sozial-ökologische Transformation, die nun näher erläutert werden soll.

4.2. Sozial-ökologische Transformation

Der Begriff „sozial-ökologische Transformation“ wird kontrovers diskutiert und hat keine eindeutig festgelegte Definition. Der zugrunde liegende Begriff der Transformation beinhaltet „Veränderungen der systemischen Charakteristik von Gesellschaften und umfasst soziale, kulturelle, technologische, politische, wirtschaftliche und rechtliche Veränderungen“ (Driessen et al. 2013, zit. nach: Brand/Brad 2019: 279). Neben Veränderungen von Werten und Verhaltensweisen kommt bei der sozial-ökologischen Transformation auch das normative Element hinzu, Krisendynamiken, besonders in Bezug auf die ökologische Krise, zu behandeln (Brand/Brad 2019: 279). Aber nicht nur die ökologische Krise stellt derzeit eine Bedrohung dar. Vielmehr kann von einer multiplen Krise gesprochen werden, die die Wirtschafts-, Finanz-, Klima-, Energie- und Nahrungsmittelkrise umfasst. Diese ergeben sich aus mittel- und langfristigen Trends des globalen Kapitalismus (Rosset 2011: 21). Zu den angegebenen Krisen könnten nun noch die weltweite Gesundheitskrise, ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie, oder der Krieg in der Ukraine genannt werden, welche auch auf die Landwirtschaft und die globale Ernährungssituation maßgebliche Auswirkungen haben.

Bei der sozial-ökologischen Krise handelt es sich um einen „Komplex unterschiedlicher, miteinander verbundener Dynamiken der Klima-, Energie- und Ressourcenkrise, einer Krise der bäuerlichen Landwirtschaft und Ernährungskrise“ (Bader et al. 2011: 16). Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Natur und Gesellschaft konstitutiv bedingen (ebd.). Es kann daher auch von einer „Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ (Görg 2003: 9) gesprochen werden. Die Ernährungskrise und die Krise der bäuerlichen Landwirtschaft werden etwa sichtbar in der Verdrängung kleinbäuerlicher Produktionsformen durch die industrielle Landwirtschaft, was wiederum vielfältige Auswirkungen nach sich zieht. Zum einen werden durch Land Grabbing durch die industrielle Nahrungs- und Futtermittelproduktion Menschen enteignet und von ihrem Land vertrieben, zum anderen verlieren sie, beispielsweise durch den Anbau von Monokulturen, ihre Lebensgrundlagen, da dieser zu einem Verlust an Biodiversität und Verringerung der Bodenfruchtbarkeit beiträgt. Lokale Lebensräume werden vernichtet und die Menschen zu Flucht und Migration gezwungen. Der Großteil der geflüchteten Personen migriert in Städte, die wiederum mit sozialen und ökologischen Herausforderungen, etwa im Zuge von Wasserversorgung, Umweltverschmutzung, Mangel an Wohnraum, Arbeitslosigkeit, etc., zu kämpfen haben (Bader et al. 2011: 17). Eng in Verbindung mit der Klima- und Ernährungskrise

steht auch die Biodiversitätskrise (ebd.), die in Kapitel 5.3.2, in Bezug auf die Biodiversitätsstrategie im Green Deal der EU, näher behandelt wird.

Ein Aspekt der sozial-ökologischen Krise sind auch die ungleichen Geschlechterverhältnisse, die sich in einer „Krise der unbezahlten Reproduktionsarbeit“ (Bader et al. 2011: 20) ausdrücken. Bei der Thematisierung dieser Krise wird meist von erwerbstätigen Frauen, die einer Lohnarbeit nachgehen und somit unter einer Dreifachbelastung stehen, ausgegangen (ebd.). Aber auch Frauen in der Landwirtschaft sind meist doppelt oder dreifach belastet, durch die landwirtschaftliche Arbeit, die Arbeit im Haushalt und die Kinderbetreuung. Die unbezahlte Care-Arbeit in der Landwirtschaft ist Ausdruck eines tief verankerten Patriarchats in bäuerlichen Gesellschaften. Dies zeigt sich etwa auch dadurch, dass vor allem in Ländern des Globalen Südens Frauen der Zugang zu Land verwehrt wird, obwohl sie für den Großteil der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich sind (Gärber 2014: 117). Zudem sind Frauen am meisten von klimabedingten Veränderungen betroffen, die zu Unwettern, Dürren und damit verbunden zu Missernten führen, was sich enorm auf die Ernährungssicherheit der Menschen sowie bei einem Fokus auf den Anbau von Exportprodukten auch auf ihre finanzielle Lage auswirkt. Solche Risiken haben vor allem Frauen zu tragen (Wichterich 2011: 136). Diese und weitere strukturelle Ungleichheiten, wie etwa schlechteren Zugang zu Bildung oder Mobilität und damit verbunden geringerer politischer Teilhabe, führen zu einer wirtschaftlich schwachen Positionierung von Frauen. Dies führt wiederum dazu, dass sie Reproduktionsarbeiten ausführen. Obwohl im Globalen Süden etwa 60 bis 80 % der Grundnahrungsmittel von Frauen produziert werden, sind etwa 70 % der von Hunger betroffenen Personen ebenfalls Frauen oder Mädchen (Herre 2019: 13).

Trotz der Übereinstimmung, dass eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung notwendig ist, gibt es dennoch Unterschiede und gegensätzliche Ansichten in der Verwendung des Begriffs der sozial-ökologischen Transformation. Meist wird damit jedoch die Forderung nach einem Umbau des aktuellen Energiesystems und eine Änderung in den gängigen Produktions- und Konsummustern impliziert. Die Rolle von Regierungen und Unternehmen wird dabei hochgeschrieben, unterstützt durch wissenschaftliche Forschung und Technologie. Gleichzeitig werden sehr oft die Ursachen der Probleme und Krisen, wie eben beispielsweise der Klimakrise, nicht ausreichend berücksichtigt (Brand/Brad 2019: 279f.). Rilling spricht auch davon, dass Barrieren der Transformation oder auch Entwicklungen, die sich in eine gegensätzliche Richtung bewegen, beachtet werden müssen. Transformationsansätze seien demnach bemüht „den Kapitalismus [zu] verändern – aber eben nur halb: sein Industrialismus und dessen energetische Basis sollen dabei im Zentrum stehen, nicht seine politische Ökonomie“ (Rilling 2011, zit. nach Brand/Brad 2019: 280f.). Zudem sollten in den Diskurs rund um Transformation auch Bereiche wie eine radikale

Umverteilung, die Beschränkung von Machtverhältnissen, eine Infragestellung von Vermögens- und Produktionsmittelbesitz einiger Weniger sowie eine Emanzipation von bestehenden herrschaftsförmigen Sozial- und Naturverhältnissen miteinfließen. Eine grundlegende Kritik am aktuellen Diskurs um die sozial-ökologische Transformation ist, dass dieser Machtfragen häufig ausblendet. Vielmehr kommt es zu verstärkter Konzentration von Privatkapital durch Eliten und transnationale Unternehmen, was vor allem durch Privatisierungsentwicklungen vonstattengeht (Brand/Brad 2019: 281).

Aus diesen Gründen soll die sozial-ökologische Transformation hier im Sinne einer kritischen Transformationsperspektive verstanden werden, die nach Brand und Brad (2019: 282) sowohl herrschende Entwicklungen, deren Transformationsdynamiken sowie Hindernisse für Alternativen behandelt. So sollen auch Ursachen der sozial-ökologischen Krise, die sich in der aktuellen Produktions- und Lebensweise, insbesondere des Globalen Nordens, verfestigen, behandelt werden. Die kritische Transformationsperspektive nimmt zudem die Transformation aus Sicht einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick. Damit sind beispielsweise auch Mikrokämpfe gemeint, in denen alltägliche Praktiken verändert und Machtansprüche negiert werden (ebd.). Ein Beispiel wäre hier etwa die Frage nach Landnutzung und Ernährung der Weltbevölkerung. So werden beispielsweise die Interessen von Agrarkonzernen, Lebensmittelindustrie und Supermarktketten häufig ausgeblendet, trotz deren maßgeblicher struktureller Macht. Diese sind zentral in der Expansions- und Akkumulationslogik des Kapitalismus und setzen ihre Interessen teils auch gewaltsam durch. Daher müssen diese Interessen klar aufgezeigt und transparent gemacht werden. Dies gilt auch für die Tatsache, dass sich die Ernährungsformen vor allem im Globalen Norden als Teil der imperialen Lebensweise so fest in den Alltag der Menschen eingeschrieben haben und von Regierungen, Unternehmen und im öffentlichen Diskurs reproduziert und abgesichert werden (ebd.: 283), dass die dahinterliegenden Interessen für Konsument:innen nicht sichtbar und intransparent sind.

Die sozial-ökologische Krise und ihre unzureichende Bearbeitung durch die Politik bringen auch lokale Initiativen und soziale Bewegungen auf globaler Ebene zum Vorschein. Dazu zählen etwa die Klimagerechtigkeits-Bewegung oder die Bewegung für Ernährungssouveränität (Bader et al. 2011: 17). Letztere wird im Zuge der Analyse in Kapitel 6.3.1 noch genauer dargestellt.

5. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Im folgenden Kapitel soll ein Überblick über die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union gegeben werden. Dazu werden zunächst die historische Genese der GAP und deren aktueller Status sowie ein genereller Aufbau der GAP dargestellt. Im Rahmen der Neuausverhandlung der aktuellen Förderperiode ist auch ein Zusammenhang zum Green Deal der EU gegeben, welcher in Kapitel 5.3 mit einem Fokus auf die darin enthaltenen agrar- und umweltbezogenen Strategien Farm-to-Fork-Strategie und Biodiversitätsstrategie kurz dargestellt wird. Schließlich soll ein kurzer Abriss über sogenannte Food Regimes bzw. Ernährungsregime gegeben werden, um die GAP dementsprechend verorten zu können.

5.1. Historische Genese der GAP

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts kam es aufgrund von Überschüssen an Nahrungsmitteln und gleichzeitig niedriger Nachfrage zu globalen Preiseinbrüchen für landwirtschaftliche Produkte, woraufhin europäische Staaten ihre Landwirtschaft mit protektionistischen Maßnahmen wie Schutzzöllen schützten, um nicht mit Nahrungsmitteln überschwemmt zu werden. Zugleich wurden in Europa zunehmend chemische Düngemittel in der Landwirtschaft eingesetzt, was die Erträge zusätzlich steigerte (Choplin et al. 2011: 33ff.). Löhne in der Landwirtschaft lösten sich von den Preisen für agrarische Güter, was zu einem zunehmenden Druck auf die Bäuer:innen führte. Diese begannen nicht, wie in der klassischen ökonomischen Theorie angenommen, mit der Vergrößerung ihrer Betriebe, sondern versuchten mit Einsparungen die niedrigen Preise auszugleichen. Trotz der vermeintlichen Produktivitätsvorteile großflächiger Landwirtschaft, kann dies als historisches Beispiel für deren Mangel an Rentabilität und Lebensfähigkeit angesehen werden. Mit zunehmender Oligopolisierung wurde auch die Nachfrage nach Interventionen von Staaten und Regierungen höher, vor allem im Bereich der Agrarforschung und -bildung, da das kapitalistische Unternehmertum in der Landwirtschaft diesen Aufgaben nicht nachkam. Auch die Forderung nach einem Schutz landwirtschaftlicher Preise gegen die Unbeständigkeit der Märkte wurde größer. Nur Länder mit zu dieser Zeit komparativen Vorteilen in der Landwirtschaft, wie die USA oder die Niederlande, konnten ohne protektionistische Maßnahmen bestehen. Das Vereinigte Königreich etwa profitierte zu dieser Zeit von seinen Kolonien, aus denen es Nahrungsmittel importieren und somit Ernährungsunsicherheit vorbeugen konnte (Koning 1994: 167f.).

In den 1930er Jahren kam es aufgrund der Wirtschaftskrise und damit zusammenhängender geringer Nachfrage erneut zu agrarischen Überschüssen und einem Preissturz. Auf globaler

Ebene wurde schließlich über ein multilaterales System diskutiert, um die Preise zu stabilisieren, was zu internationalen Abkommen führte, sowie zum nach dem Zweiten Weltkrieg entstehenden GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), einem internationalen Abkommen in Bezug auf Handel und Zölle. Dieses gewährte den Staaten protektionistische Maßnahmen in der Landwirtschaft unter der Bedingung der Regulierung von Produktionsmengen und Exporten des jeweiligen Staates (Choplin et al. 2011: 33ff.). Anstatt einer Kontrolle der Produktion, um Überschüssen vorzubeugen, wurden agrarische Unterstützungsleistungen gekürzt. Dies wurde sowohl in der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und den GATT-Verhandlungen vertreten als auch zu späterem Zeitpunkt den post-kommunistischen Staaten in Osteuropa geraten (Koning 1994: 1). Regionale Unterschiede in Europa zeigen sich darin, dass in peripheren Ländern in Ost- und Südeuropa die Abhängigkeit von Landwirtschaft höher war, während in den westeuropäischen Zentrumsländern die Beziehung zwischen Grundbesitzer:innen und Bäuer:innen kommerzialisiert war. Größere Betriebe, die nach heutigem Verständnis eher kleineren Unternehmen entsprechen würden, hatten oft außerbetriebliche Hilfe und ersetzten nach und nach die kleineren Produktionsformen. Dennoch hatten kleinere Betriebe noch in vielen Regionen einen Großteil der Landwirtschaft inne (ebd.: 18f.). Diese regionalen Unterschiede zeigen sich auch heute noch, wenn etwa die Landwirtschaft in osteuropäischen Ländern, wie Rumänien, hauptsächlich aus kleinbäuerlichen Betrieben besteht, während in vielen Gebieten Westeuropas vorrangig Großbetriebe zu finden sind (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 18).

Die Grundsteine für die GAP wurden im Rahmen des Vertrags von Rom 1957 festgelegt und ab 1962 umgesetzt (Choplin et al. 2011: 36). Die Ziele der GAP sind in Artikel 39 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) festgelegt: (a) „Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts und durch bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte; (b) Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftliche Bevölkerung; (c) Stabilisierung der Märkte; (d) Sicherstellung der Versorgung; (e) Sicherstellung angemessener Preise für die Verbraucher“ (Massot 2021a: 2). Zu dieser Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Europa mit Nahrungsmittelengpässen zu kämpfen. Die Mitglieder der EWG, insbesondere Deutschland, waren von Importen abhängig und die landwirtschaftliche Produktion stellte einen ökonomischen Faktor dar. 1955 lag der Anteil der Landwirtschaft am BIP der EWG-Gründungsstaaten noch bei 11,5 %. 2007 waren dies in den EU-27 nur mehr 2 % (Fritz 2011: 15).

Innerhalb der damaligen EWG wurden mit der Einführung der GAP die Grenzen für den Agrarhandel abgebaut, für maßgebliche Produkte wie Getreide, Rindfleisch oder Milch wurden zudem Importzölle eingeführt, damit die in der EWG produzierten Produkte auch dort verkauft

wurden, mit Ausnahme von Viehfutter, welches ohne Zoll importiert werden konnte. Überschüsse wurden zunächst gelagert, schließlich wurden diese aber auch exportiert, an Bedürftige verteilt oder vernichtet. Diese Exporte wurden subventioniert, um die Preise auf dem niedrigen Niveau des Weltmarktes zu halten. Zudem wurden die Einkommen der Bäuer:innen durch Preisstützung an die Einkommen in anderen ökonomischen Sektoren angepasst und die Produktivität angeregt, um die Kosten für die Produktion zu reduzieren. „Nicht lebensfähige“ Betriebe wurden demnach durch strukturelle Maßnahmen verdrängt, während die restlichen Betriebe vergrößert und modernisiert wurden (Choplin et al 2011: 36ff).

Finanziert wurde die GAP durch ein gemeinsames Budget. Die von der GATT geforderten Maßnahmen für eine Angebotssteuerung waren zu Beginn der GAP nicht vorgesehen. Damit gab es keine Instrumente, die die Menge an Produkten beschränken konnten. Akteur:innen, welche sich gegen eine solche Angebotssteuerung einsetzten, waren vor allem die agrarindustriellen Unternehmen, wie etwa große Molkereien. In Zusammenhang mit der Preisstützung führte dies zu maßgeblichen Überschüssen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Nachfrage nach Nahrungsmitteln wurde nun weit übertroffen und das Ziel der GAP, die europäische Bevölkerung mit ausreichend und leistbaren Lebensmitteln zu versorgen, schnell erreicht. Bereits in den 1970er Jahren wurde mehr produziert, als notwendig war. Die Überschüsse wurden exportiert und noch zusätzlich subventioniert, um sie billig auf dem Weltmarkt verkaufen zu können. Exportländer und Produzent:innen im Globalen Süden waren dadurch mit unfairer Wettbewerb konfrontiert, da sie mit diesen Preisen nicht konkurrieren konnten. Statt europäisches Getreide für die Tierfütterung zu verwenden, wurden Futtermittel billig importiert und damit verbunden eine intensive Viehzucht aufgebaut. Deren Überschüsse wurden wiederum exportiert und führten in Ländern des Globalen Südens (den ehemaligen Kolonien) unter dem Deckmantel der Förderung von „Entwicklung“ zu einer Überschwemmung der Märkte. Auch das Getreide, das nicht für die Fütterung von Vieh verwendet wurde, wurde exportiert (Choplin et al. 2011: 37-40, 45; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 10).

Die Überschüsse führten zu steigenden Kosten, was die EWG durch niedrigere Preise auszugleichen versuchte, was jedoch dazu führte, dass Landwirt:innen niedrigere Preise zukamen und diese nun noch mehr produzierten, um dem entgegenzuwirken. Die GAP musste aus Sicht von Bäuer:innenorganisationen und entwicklungspolitischen Organisationen reformiert werden (Choplin et al. 2011: 40). Nach Choplin et al. (2011: 41) waren die Ursachen für diese Krise sowie deren Lösungen klar, allerdings wurden diese durch bestimmte Interessen verhindert. Neoliberale Vertreter:innen, die für eine Liberalisierung der Agrarmärkte einstanden; Vertreter:innen eines „verdeckten Neoliberalismus“, wie die Organisationen der COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der EU), die für Konkurrenzfähigkeit europäischer Landwirtschaft bei gleichzeitiger Einmischung der öffentlichen

Hand plädierten; sowie die Vertreter:innen einer Marktregulierung, die eine Reform der GAP unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Kosten sowie eine Regulierung der Agrarmärkte forderten, standen einander in den 1980er Jahren gegenüber. Zu letzterer gehören beispielsweise die „Europäische Bauernkoordination“ (CPE) sowie NGOs im Entwicklungs- und Umweltbereich (ebd.: 41f.).

1984 wurden schließlich aufgrund der steigenden Kosten durch die Überschüsse, vor allem von Butter und Milchpulver (bekannt als „Milchseen“ und „Butterberge“) (Fritz 2011: 16), Quotenregelungen für die Produktion von Milch pro Land und Produzent:in eingeführt. Allerdings wurden dadurch auch Produktionsunterschiede festgeschrieben und es gab die Möglichkeit, mit diesen „Produktionsrechten“ zu handeln, was zum Beispiel die Neugründung eines Betriebes erschwerte. Zudem wurde dieses Kontingent an Produktionsquoten auf eine Summe von 10 % über dem Konsum in Europa festgelegt, wodurch es weiterhin zu Überschüssen und Dumping kam. Dennoch wurde die Produktion nun kontrolliert und europäische Landwirt:innen erhielten langfristig stabile und kostendeckende Preise (Choplin et al. 2011: 42f.). Im Bereich Getreide jedoch setzten sich Supermarktketten und Großbetriebe gegen die Einführung einer Marktregulierung durch. Es wurden „garantierte Höchstmengen“ eingeführt, was dazu führte, dass kleinere Betriebe und weniger ertragreiche Gebiete aus der Produktion verdrängt wurden. Die Durchführung einer Stilllegung von 10 % der Ackerflächen hatte zur Folge, dass die am wenigsten ertragreichen Flächen stillgelegt wurden und die Produktion auf anderen Flächen dafür intensiver geführt wurde (ebd.: 44).

1992 wurde die GAP zum ersten Mal reformiert. Die MacSharry Reform, benannt nach dem damaligen europäischen Landwirtschaftskommissar, hatte zum Ziel, die hohen Preise auf das niedrigere Weltmarktniveau anzupassen (Fritz 2011: 17) und durch Direktzahlungen zu kompensieren (Choplin et al. 2011: 60). Der Fokus änderte sich demnach von Preisstützung zu Direktzahlungen. Diese Kompensationszahlungen und bestimmte Prämien waren an die jeweilige Produktion gekoppelt, bei Getreide etwa wurden Zahlungen nach Fläche, in der Viehzucht nach Stückzahl ausgegeben. Teile dieser Flächen mussten jedoch freigelegt werden, bzw. die Anzahl an Vieh reduziert werden, um für diese Zahlungen in Frage zu kommen (Fritz 2011: 17f.).

1999 fand mit der sogenannten „Agenda 2000“ die zweite GAP-Reform statt, bei der die Subventionen für Landwirt:innen in den Bereichen Getreide, Milchprodukte und Rindfleisch erneut erhöht wurden. Zudem wurde eine zweite Säule, die „ländliche Entwicklung“, als Teilbereich der GAP eingeführt, worunter Maßnahmen in Bezug auf die Diversifizierung von ländlichen Ökonomien, Umweltschutz, sowie Verbesserung der Lebensbedingungen am Land fielen. Die Direktzahlungen konnten so an Umweltauflagen geknüpft werden, was auch als „Cross-Compliance“ bezeichnet wird. Außerdem wurden Möglichkeiten der Anpassung der

Subventionen geschaffen, etwa dass Teile der Zahlungen an Kriterien wie etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen geknüpft wurden. Konnten solche angepassten Kriterien nicht erfüllt werden, wurden die Zahlungen reduziert und das daraus gewonnene Geld in die zweite Säule versetzt, um damit Maßnahmen für die ländliche Entwicklung zu finanzieren (Fritz 2011: 18).

Die Reform von 2003 wird auch als „Fischler-Reform“, benannt nach dem Landwirtschaftskommissar Franz Fischler, bezeichnet. Die Direktzahlungen wurden bei dieser Reform von der Produktion entkoppelt. Maßnahmen im Bereich der Cross-Compliance wurden verpflichtend. Der bis dahin freiwillige Mechanismus der Anpassung von Direktzahlungen wurde ebenfalls verpflichtend (Fritz 2011: 18f.).

2008 wurde der sogenannte „Gesundheitscheck“ der GAP durchgeführt. Dabei kam es nicht wesentlich zu Änderungen der vorherigen Reformen, sondern vielmehr wurde die Politik der Deregulierung weitergeführt. Instrumente der Regulierung wurden reduziert, Direktzahlungen wichtiger und weitere Entkoppelungen durchgeführt (Choplin et al. 2011: 56). Außerdem wurde entschieden, die Milchquote jährlich um je 1 % zu erhöhen und sie schließlich 2015 auslaufen zu lassen, was 2009 zu einer Milchkrise mit enormen Überschüssen, niedrigen Preisen für die Produzent:innen und einem Anstieg an Exporten, die lokale Produzent:innen im Globalen Süden verdrängten, führte (Fritz 2011: 21).

Eine neuerliche Reform der GAP fand 2013 statt, mit dem Ziel der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. So sollte die Cross-Compliance erhalten bleiben, ebenso wie andere Klima- und Umweltmaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule „ländliche Entwicklung“. Jedoch wird kritisiert, dass weiterhin die Direktzahlungen in Form von pauschalen Flächenprämien im Vordergrund standen, wenngleich diese aufgrund der dadurch entstehenden negativen Auswirkungen auf die Umwelt von der Gesellschaft hinterfragt wurden (Garske/Hoffmann 2016: 25, 27, 37f.).

Neben der Neuerung, dass die Zivilgesellschaft in die Debatte um die Reform miteinbezogen wurde, kam es 2013 noch zu weiteren Veränderungen. So wurde etwa das sogenannte Greening eingeführt, eine Maßnahme, die Teile der Subventionen an Umweltleistungen bindet. Die Umsetzung erreichte jedoch nicht die von der Zivilgesellschaft geforderten Ziele. Ebenso wenig taten dies die Staffelungen der Subventionen, die bei dieser Reform eher Rückschritte nach sich zogen. Zudem wurde beispielsweise vom Europäischen Rechnungshof kritisiert, dass der, auch zu Beginn schon komplexe, Rechtsrahmen der GAP auch nach der Reform nicht einfacher wurde. Maßnahmen, die mit der Reform 2013 eingeführt wurden, wie das genannte Greening oder etwa eine Förderung für Junglandwirt:innen, hätten grundsätzlich Potenzial für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit. Jedoch blieb diese Transformation aus und es braucht nach wie vor einen Systemwandel (Garske/Hoffmann 2016: 39f., 42f.).

„Die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft“, so Garske und Hoffmann (2016: 43). So weist die europäische Agrarpolitik in ihrer bisherigen Form kaum nachhaltige Maßnahmen auf, sondern trägt vielmehr dazu bei, dass Böden, Gewässer und die Biodiversität unter der Art der Landwirtschaft leiden und es zu einem hohen Bedarf an Ressourcen sowie zu einer Intensivierung der Klimakrise kommt. Entwicklungspolitische Ziele wie etwa die Reduzierung von Hunger und Mangelernährung werden durch die europäische Agrarpolitik nur unzureichend verfolgt (ebd.). Es stellt sich nun die Frage, ob und inwieweit durch die Reform von 2021 eine Veränderung dieser Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft in Europa angedacht und umgesetzt wurde.

Aktuell fand 2021 ein Entschluss über die Festlegung des nächsten MFR für 2021-2027 statt, dessen Maßnahmen ab 2023 umgesetzt werden sollen (Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union 2021: o.S.). Dabei kam es im Vorfeld zu den sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den beiden gesetzgebenden Organen der EU, dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU. Dabei wurden einige Annäherungen, etwa im Bereich der Cross-Compliance oder der Öko-Regelungen („Eco-Schemes“⁷) erzielt, die Bereiche der Direktbeihilfen oder der „grünen Architektur“ waren durchaus umkämpfter. Für die gesamte Periode soll ein Budget von 336,4 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Die 1. Säule wird um 10 % gekürzt, bleibt aber vorrangig vor der 2. Säule, die um 19 % gekürzt werden soll. Die Rolle der Mitgliedstaaten soll in der kommenden Periode gestärkt werden. Diese sollen mehrjährige Strategiepläne entwickeln, welche die gemeinsam vereinbarten Ziele beinhalten sollen (Massot 2021f: 3ff.). In der ersten Säule sind für die neue GAP-Periode neue Maßnahmen geplant, die das „Greening“ ablösen sollen, welches als weitgehend wirkungslos betrachtet wurde. Die Flächenprämien (in Zukunft als „Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit“ bezeichnet) sollen etwa gerechter und ökologischer durchgeführt werden. Ein weiteres neues Instrument sind die zuvor genannten Eco-Schemes, wo 20-30 % des Budgets aus der ersten Säule verwendet werden, um Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz zu finanzieren. Diese sind allerdings nicht verpflichtend (BirdLife Österreich et al. 2021: 5f.).

Von der Europäischen Kommission wurde für die Reform der GAP vorgeschlagen, die beiden Agrarstrategien des Green Deal, Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie, in die GAP zu integrieren. Die Debatten um den Green Deal überschnitten sich mit den Verhandlungen um die

⁷ Bei den Eco-Schemes handelt es sich ähnlich wie bei der Cross-Compliance um ein Instrument, welches Umweltschutz- und Klimamaßnahmen in der Landwirtschaft belohnen soll. Sie tragen laut Europäischer Kommission maßgeblich zu einer Transition hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem und zum Erreichen der Green Deal Ziele bei (European Commission 2021: o.S.).

GAP. An die Mitgliedstaaten kam von der Europäischen Kommission die Empfehlung einer Einhaltung der Leitlinien des Green Deals in der Ausarbeitung der nationalen Strategiepläne (Massot 2021f: 5). Diese Strategiepläne mussten bis 1. Januar 2022 vorgelegt werden, um von der Europäischen Kommission überprüft zu werden (Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union 2021: o.S.). Massot (2021a: 3) schreibt davon, dass der Grüne Deal sowie dessen zwei Agrarstrategien eine Bestätigung für die Interdisziplinarität von Agrar- und Lebensmittelpolitik sind. Von einer, wie von der Kommission vorgeschlagenen, Implementierung der beiden Strategien in die GAP wird jedoch nicht gesprochen. Der Diskurs um die Neuausrichtung der GAP wird von verschiedensten Organisationen und Bewegungen getragen und beinhaltet viel Kritik und Forderungen nach einer Überarbeitung. So etwa von Fridays For Future, die in der neuen GAP keinen nennenswerten Beitrag für die Erreichung der Klimaziele oder eine Reduktion des Artensterbens sehen. In ihrer Forderung nennen sie vor allem die Notwendigkeit, Direktzahlungen zu ersetzen mit Zahlungen, die nachhaltiger, klimagerechter und kleinstrukturierter Landwirtschaft zugutekommen (Fridays For Future 2020: o.S.). In der breiten Öffentlichkeit gibt es eher wenig Berichterstattung über die GAP. Laut Eurobarometer haben 30 % der EU-Bürger:innen noch nie von der Gemeinsamen Agrarpolitik gehört und von den 70 %, die davon gehört haben, wissen 61 % über keine Details Bescheid (European Commission 2022: 51).

Während der Rat der EU die aktuelle GAP-Reform als Erfolg verbucht, der eine scheinbar „fairere, grünere und stärker leistungsorientierte GAP“ zum Ziel hat (Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union 2021: o.S.), wird sie von Seiten der Zivilgesellschaft kritisiert. So etwa von der ÖBV, die die Reform als unzureichend ansieht und mehr Umverteilung fordert (ÖBV Via Campesina Austria 2022: o.S.). Trotz vielfacher Reformen der GAP, wurde sie nicht auf die Herausforderungen im 21. Jahrhundert angepasst, nämlich die Auswirkungen intensiver Landwirtschaft auf Umwelt und Klima, nachhaltige Entwicklung sowie globale soziale Gerechtigkeit. Bereits im Vorfeld der Entscheidungen wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert, dass nachhaltige und sozial gerechte Maßnahmen und Reformvorschläge in der GAP verwässert werden (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 11). Dass es trotz Kritik nicht zu Veränderungen kommt, lässt sich nach Garske und Hoffmann (2016: 38f.) damit erklären, dass politisches Handeln immer an die persönlichen Ziele von Entscheidungsträger:innen geknüpft ist und diese aufgrund von starkem Lobbyismus die Interessen von Bäuer:innenverbänden und Wirtschaftsunternehmen im vor- und nachgelagerten Bereich, etwa in der Produktion von Düngemitteln oder Saatgut, vertreten.

Die von den Mitgliedsstaaten vorgelegten Strategiepläne verfehlen die Ziele des Green Deal, u.a. auch jene, die die Biodiversitätsstrategie betreffen. So sollten 10 % artenreiche Landschaftselemente sowie der Schutz und die Wiederherstellung von Mooren und anderen

Feuchtgebieten in den Strategieplänen berücksichtigt werden. Für die Überprüfung der Strategiepläne werden die Konditionalität, also Mindestvorgaben von der EU, sowie Zielindikatoren und die freiwilligen Maßnahmen der Eco-Schemes herangezogen. Diese Verfehlung wird u.a. mit zu niedrigen Anforderungen, Ausnahmeregelungen und zu wenigen Anreizen erklärt (EU Umweltbüro o.J.: o.S.).

In Bezug auf den österreichischen Strategieplan lassen sich ähnliche Aussagen treffen. Obwohl Österreich bei bestimmten Forderungen der EU-Kommission bereits eine gute Ausgangslage aufweist, etwa in der Biolandwirtschaft, schneidet es in anderen Bereichen, beispielsweise bei den Nährstoffverlusten, schlechter ab. Dennoch unterscheiden sich die Maßnahmen des nationalen Strategieplans für die neue GAP-Periode 2021-2027 nicht maßgeblich von jenen Maßnahmen, die davor durchgeführt wurden. Damit sind die Ziele des Green Deal bis 2030 nicht erreichbar (BirdLife Österreich et al. 2021: 75).

Das österreichische Umweltprogramm der 2. Säule, ÖPUL (Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft), wird als kaum effizient angesehen, u.a. da der politische Wille dafür fehle (BirdLife Österreich et al. 2021: 76). Gleichzeitig pries die zum Zeitpunkt der GAP-Verhandlungen zuständige österreichische Landwirtschaftsministerin Köstinger Österreich dafür an, bereits 25 % an Eco-Schemes zu fordern (GLOBAL 2000 et al. 2021: 4). Dabei verschwieg sie jedoch, dass die Maßnahmen des ÖPUL-Programms der 2. Säule und die Eco-Schemes (Teil der 1. Säule) gegengerechnet werden sollten und damit kaum zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Eco-Schemes für Österreich übrigbleiben würden (ebd.: 5). Ebenso sprach sie sich gegen ein Capping, eine Degression sowie gegen Umverteilung aus. Beim Capping handelt es sich um eine Obergrenze für Förderungen von etwa 100.000 €, bei der Degression um eine Abstufung der Subventionen bei zunehmender Größe der Betriebe. Für eine Umverteilung waren 10-12 % der Direktzahlungen für eine höhere Förderung kleinerer Betriebe vorgesehen. Köstinger argumentierte ihre Ablehnung dagegen damit, dass es in Österreich kein Verteilungsproblem gäbe und die Ausgleichszulage⁸ bereits für genügend Umverteilung sorgen würde (ebd.: 6f.).

5.2. Aufbau der GAP

Zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten herrscht im Bereich der Landwirtschaft eine geteilte Zuständigkeit. In all jenen Bereichen, die nicht in die alleinige Zuständigkeit der EU-Organe

⁸ Die Ausgleichszulage ist eine zusätzliche Förderung für Bergbauer:innen, um einen Ausgleich zwischen den extremen, natürlich bedingten, Unterschieden von Berg- und sogenannten Gunstlagen zu schaffen (GLOBAL 2000 et al. 2021: 7).

fallen, gilt das Subsidiaritätsprinzip. Nationale Parlamente sind zudem befugt, begründete Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Gesetzgebungsakten an die Präsident:innen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu senden (Massot 2021a: 5). Die zuvor genannte starke Rolle der Nationalstaaten in der Agrarpolitik wurde zusehends von den EU-Organen übernommen. Im Zuge der aktuellen Reform wurde den nationalen Agrarministerien jedoch wieder mehr Verantwortung und Macht übertragen, weshalb beispielsweise die ÖBV (2020b: o.S.) von einer „Renationalisierung der GAP“ spricht. Dies führt dazu, dass die einzelnen Staaten ihre jeweiligen Agrarpolitiken wie gewohnt durchführen wollen, ohne große Veränderungen anzustreben (ebd.). Zusätzlich wirken berufsständische Organisationen der EU indirekt an den Beschlussfassungsprozessen mit. Dazu zählen der erwähnte COPA und der Allgemeine Ausschuss des ländlichen Genossenschaftswesens der EU (COGECA). Des Weiteren gibt es Ausschüsse für den zivilen Dialog (bzw. „strukturierten Dialog“), die die Kommission bei der Anwendung der GAP unterstützen sollen (Massot 2021a: 4f.).

Die GAP macht 2021 rund ein Drittel (33,1 %) des EU-Haushaltes aus, was in etwa 55,71 Mrd. Euro entspricht. Dieser Betrag ist unterteilt in die 1. Säule der GAP (Direktzahlungen und Marktmaßnahmen), die 76,8 % der GAP-Mittel erhält, sowie die 2. Säule (Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums), welche 23,2 % der Mittel bekommt. Insgesamt sinkt der Anteil der Ausgaben für die Landwirtschaft. In den 1980er-Jahren wurden beispielsweise noch 66 % der EU-Mittel für den Agrarbereich ausgegeben, von 2014-2020 waren es nur mehr 37,8 %. Für den derzeit verhandelten MFR von 2021-2027 sinkt dieser Anteil auf 31 % (Massot 2021b: 4). 2027 soll der Betrag auf 27 % zurückgehen (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 11). Wie erwähnt besteht die GAP aus zwei Säulen. Die 1. Säule (Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft) unterteilt sich wiederum in die gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die einen Rahmen für die Marktmaßnahmen der GAP bilden (Massot 2021c: 1), und die Direktzahlungen an Inhaber:innen landwirtschaftlicher Betriebe (Massot 2021d: 1). 80 % der Flächenförderungen der ersten Säule gehen an nur 20 % der Betriebe in der EU. Größere Betriebe werden also dementsprechend mehr gefördert, was die Herausbildung und Aufrechterhaltung von „Agrar-Fabriken“ fördert (GLOBAL 2000 o.J.: o.S.). Forderungen nach einer Obergrenze für die Subventionen wurden verwässert und es wird an den Direktzahlungen festgehalten, obwohl sie nicht an konkrete Maßnahmen und Ziele gebunden sind, niedrige Einkommen nicht berücksichtigen und der Großteil der Gelder an Betriebe mit überdurchschnittlichem Einkommen geht (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 14f.). Die zweite Säule (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) bildet die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums, durch die ländliche Gebiete in der EU durch wirtschaftliche, ökologische und soziale Maßnahmen gefördert werden sollen (Massot 2021e: 1). Dazu zählen u.a. Maßnahmen bezüglich ökologischer Landwirtschaft oder

etwa die Förderung von Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten⁹ (GLOBAL 2000 o.J.: o.S.). Finanziert wird diese nicht wie die 1. Säule nur von der EU, sondern auch durch regionale und nationale Mittel (Massot 2021e: 1), da für die 2. Säule nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets für die Landwirtschaft verwendet wird und diese somit kofinanziert werden muss. Die Effektivität dieser Säule hängt zudem von den Maßnahmen ab, die von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Diese können regional je nach Herausforderungen und Bedürfnissen sehr unterschiedlich sein und von Förderungen für Junglandwirt:innen über Aufforstungsprojekte bis hin zu Maßnahmen gegen Naturkatastrophen reichen. Während also die 2. Säule Potenzial für die Bearbeitung von Klima- und Umweltproblemen und weiteren Herausforderungen, wie beispielsweise die Landflucht, bietet, wird sie dennoch stärker gekürzt als die 1. Säule, die somit die dominierende der beiden Säulen bleibt (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 16f.). Damit hätte die 2. Säule theoretisches Potenzial für eine Transformation der europäischen Agrarpolitik, welches aber aufgrund der Stärke der 1. Säule nur unzureichend umgesetzt werden kann.

Massot (2021a: 2) spricht von wirtschaftlichen und sozialen Zielen, die sowohl Produzent:innen- als auch Konsument:innen-Interessen vertreten sollen. Diese Ziele haben sich nach Massot (ebd.) seit der Gründung der GAP mit dem Vertrag von Rom nicht verändert, da sie sehr flexibel ausgelegt werden und da „die Ziele der GAP nach gefestigter Rechtsprechung nicht alle gleichzeitig und vollständig erfüllt werden können. Somit verfügt der Gesetzgeber der EU über einen großen Ermessensspielraum, was die Reichweite der Reformen angeht, und kann diese der Entwicklung der Märkte und den jeweils aktuell von den europäischen Organen festgelegten Prioritäten anpassen“ (ebd.). Hierbei stellt sich die Frage, wer über diese Prioritäten entscheidet und welche Interessen dahinterstehen, bestimmte Ziele über andere zu priorisieren. Kann dies vielleicht als Versuch einer Legitimierung für eine mögliche Fokussierung auf wirtschaftliche Ziele angesehen werden? Die Anpassung an Entwicklungen auf Agrarmärkten macht jedenfalls die Konzentration auf einen freien Markt deutlich, was Deregulierungsmaßnahmen vermuten lässt.

5.3. Verknüpfung mit dem Green Deal der EU

⁹ Zu benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten zählen Steilflächen, Höhenlagen, Lagen mit ungünstigem Klima oder abgeschiedene Gebiete, also Lagen, die die Produktionsbedingungen für Landwirt:innen und somit die Konkurrenzfähigkeit zu sogenannten Gunstlagen erschweren (Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft o.J.: o.S.).

Ihren Ursprung hat die Idee des „New Deal“ 1933 im sogenannten „Goldenen Zeitalter“ kapitalistischer Entwicklung mit der Herausbildung von Massenproduktion und Massenkonsum. Diese konnten sowohl durch niedrige Löhne und die Verweigerung von Arbeitsrechten als auch durch die Generierung billiger Arbeitskraft und von Primärgütern aus den Kolonialgebieten erreicht werden. Spätestens durch die Krise in den 1970er Jahren zeigten sich jedoch die Widersprüche dieses Modells (Decker 2020: 59).

Die Etablierung von Green New Deal Konzepten kann schließlich als Antwort auf die multiple Krise in Richtung einer Entwicklung alternativer politischer Programme interpretiert werden (Decker 2020: 52). Der Green Deal der EU wurde Anfang Dezember 2019 von der Europäischen Kommission präsentiert, mit dem Ziel bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden (Europäische Kommission 2019: o.S.). Bis 2030 sollen, finanziert durch eine Billion Euro, die Treibhausgasemissionen um 55 % (im Vergleich zu 1990) reduziert werden (Storm 2020: 3). Die Zerstörung der Umwelt und damit verbunden der Klimawandel werden dabei als existenzielle Bedrohung angesehen. Dieser „Fahrplan für eine nachhaltige EU-Wirtschaft“ soll eine neue Wachstumsstrategie bilden für einen „Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ (Europäische Kommission 2019: o.S.). Wachstum und Dekarbonisierung sollen also gleichzeitig möglich sein und stattfinden (Storm 2020: 3). Es wurden Maßnahmen geschaffen, um den drängenden Problemen des Klimawandels und der Umweltzerstörung entgegenzuwirken. Ziele des Green Deal sind dabei die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Null zu senken, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu trennen, sowie diesen Übergang so gerecht und inklusiv wie möglich zu bewerkstelligen, um niemanden dabei unberücksichtigt zu lassen. Der sogenannte Aktionsplan beinhaltet folgende Ziele: die „Förderung einer effizienteren Ressourcennutzung durch den Übergang zu einer sauberen und kreislaforientierten Wirtschaft“ sowie die „Wiederherstellung der Biodiversität und [...] Bekämpfung der Umweltverschmutzung“ (Europäische Kommission 2019: o.S.). Um diese Ziele zu erreichen, sollen alle ökonomischen Bereiche miteinbezogen werden, von der Investition in Technologien, über die Dekarbonisierung des Energiesektors bis hin zur internationalen Zusammenarbeit, um Umweltnormen weltweit zu verbessern. Der gerechte Übergang soll mithilfe von finanzieller und technischer Unterstützung für diejenigen Regionen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind, garantiert werden (Europäische Kommission 2019: o.S.).

Die genannten Politikbereiche, in denen verstärkt Maßnahmen umgesetzt werden sollen, sind Biodiversität, Landwirtschaft, Energie, Industrie, Gebäude & Renovierung, Mobilität, Umwelt und Klimaschutz (Europäische Kommission 2019: o.S.). In meiner Arbeit werde ich mich allerdings auf die beiden Bereiche Landwirtschaft und Biodiversität fokussieren und analysieren,

inwieweit eine Implementierung dieser beiden Green Deal-Strategien in die GAP ein Potenzial für eine sozial-ökologische Transformation hat.

Der Lebensmittelsektor macht mit allen Arbeitsschritten von Input bis Verpackung rund 30 % der globalen Emissionen aus (Gündüz 2019: 4). Decker (2020: 51) ist etwa der Auffassung, dass viele solcher „grünen“ Maßnahmen oft nicht die gewünschten Effekte hinsichtlich einer Bekämpfung der Klimakrise liefern, da sie vielmehr der Kapitalakkumulation dienen und somit nicht als Lösung des Problems, sondern als ein Teil ihrer Ursachen angesehen werden können. Der europäische Green Deal nimmt nach Decker (ebd.: 64) keinen Bezug auf einen möglichen Paradigmenwechsel und beinhaltet kaum konkrete Maßnahmen, etwa bezüglich Umverteilung. Es wird auf bestehenden Institutionen aufgebaut, etwa der Europäischen Investitionsbank, und neue Institutionen vorgeschlagen, wie dem sogenannten „Just Transition Fund“. Allerdings sollen diese Fonds nicht in öffentlicher Hand liegen, sondern vielmehr stellt der private Sektor eine zentrale Rolle bei der Finanzierung transformativer Maßnahmen dar (ebd.: 68). Auch wenn im Green Deal von einem „set of deeply transformative policies“ (European Commission 2019, zit. nach Decker 2020: 70) gesprochen wird, kann dieses ohne Erwähnung tatsächlicher, konkreter Maßnahmen leicht uminterpretiert werden und verliert damit an Transformationspotenzial (Decker 2020: 70f.).

Storm (2020: 11) spricht davon, dass der Green Deal mit seinen Zielen, zu denen u.a. die Farm-to-Fork-Strategie zählt, auf dem Papier sehr beeindruckend aussieht. Er gibt aber zu bedenken, dass es für eine strukturelle Transformation von Ökonomie und Gesellschaft der EU an Ehrgeiz, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, der Finanzierung des Investmentplans, einer Bereitschaft eine grüne Transition zu visionieren und einer realistischen Einschätzung von Restrukturisierungskosten, Verteilungseinflüssen und Unklarheiten, fehlt.

Während der europäische Green Deal einerseits als mutig und visionär gelobt wird, wird er von anderer Seite kritisiert. Klimawissenschaftler:innen, Umweltaktivist:innen und Vertreter:innen der Kritischen Ökonomie empfinden den Green Deal als nicht ambitioniert genug und es mangle ihm an Transformationspotenzial. Vielmehr stelle er eine enorme Form von Greenwashing dar, berücksichtige die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerung nicht, sondern vertrete die Interessen der Reichen (Storm 2020: 3f.), und verfehle generell sein Ziel, die Klimakrise und die zunehmende Zerstörung der Natur anzugehen (Greenpeace 2019: o.S.). Dennoch werden die beiden Agrarstrategien des Green Deal, die Farm-to-Fork- und die Biodiversitätsstrategie, als Potenzial für die Landwirtschaftspolitik angesehen und sollen auf Vorschlag der EU-Kommission in die GAP integriert werden. Aufgrund dessen werden diese in den beiden folgenden Kapiteln näher dargestellt.

5.3.1. Farm-to-Fork-Strategie

Die Farm-to-Fork-Strategie (zu Deutsch: „Vom Hof auf den Tisch“) hat ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem als Ziel. Darin ist u.a. der Erhalt der Biodiversität, die Versorgung der Bevölkerung mit leistbaren und nachhaltigen Lebensmitteln, die Förderung des ökologischen Landbaus, etc. beinhaltet. Wie der Name bereits impliziert, soll vorrangig eine verbesserte Kreislaufwirtschaft von den Produzent:innen zu den Konsument:innen ermöglicht werden (European Commission 2020: 4).

Die Strategie stellt zudem eine zentrale Komponente bei der Erreichung der SDGs (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen dar. Besonders auch im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Abschwung soll ein gerechter Übergang geschaffen werden, der alle Bürger:innen und Akteur:innen entlang der Wertschöpfungsketten miteinschließt. Durch die Pandemie wurde die Bedeutung eines resilienten Ernährungssystems, welches den Zugang zu und die Versorgung mit leistbaren Lebensmitteln gewährleistet, deutlicher in den Mittelpunkt gerückt. Ebenso wurden dadurch die Verschränkungen von Gesundheit, Ökosystemen, Lieferketten, Konsumverhalten und planetaren Grenzen deutlich (European Commission 2020: 4).

Ziele der Farm-to-Fork-Strategie sind vor allem die Sicherung nachhaltiger Lebensmittelproduktion, die Gewährleistung von Ernährungssicherheit, die Förderung von Nachhaltigkeit in der Lebensmittelverarbeitung, im Handel oder Gastgewerbe, die Förderung nachhaltigen Lebensmittelkonsums und des Wandels zu gesunden, nachhaltigen Ernährungsweisen, die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung sowie die Bekämpfung von Lebensmittelbetrug. Diese Ziele sollen vorrangig durch Forschung, Innovation, Technologie und Investitionen sowie u.a. durch Beratungsdienste, Daten- und Wissensaustausch erreicht werden (European Commission 2020: 8, 12-17). Die Farm-to-Fork-Strategie gilt zudem als wesentlicher Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik und deren Neuausrichtung. Aus diesem Grund ist die Umsetzung der darin festgeschriebenen Maßnahmen auch in den nationalen Strategieplänen für die GAP zu berücksichtigen (Netzwerk Zukunftsraum Land 2021: o.S.).

In der „Farm-to-Fork-Strategie“ wird auch „die Gewährleistung von fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen für alle in der Landwirtschaft tätigen Menschen [als] Grundvoraussetzung für einen fairen Übergang in ein nachhaltiges Ernährungssystem der EU“ betont (BirdLife Österreich et al. 2021: 4). Gleichzeitig ist etwa die ÖBV der Auffassung, dass die Farm-to-Fork-Strategie einen zu geringen Fokus auf kleinstrukturierte und kleinbäuerliche Landwirtschaft legt, welche jedoch für die Bildung eines nachhaltigen Ernährungssystems essenziell ist. Die Rolle digitaler Technologien und der Gentechnik werde im Green Deal zu hoch bewertet (ÖBV Via Campesina Austria 2020a: o.S.). Während die Maßnahmen der Farm-to-Fork-Strategie zum Großteil als

unterstützenswert angesehen werden, spricht eine Vertreterin des österreichischen Landwirtschaftsministeriums auch von der Befürchtung möglicher Wettbewerbsverzerrung und der Konkurrenz mit anderen Exportländern, welcher mithilfe von Innovationen und Digitalisierung entgegengewirkt werden müsse (Netzwerk Zukunftsraum Land 2021: o.S.).

Damit die Farm-to-Fork-Strategie auch in verschiedenen Kontexten wirksam sein kann, muss ein Erkennen und Verstehen der Komplexität von Ernährungssystemen und der damit einhergehenden unterschiedlichen Definitionen und Wahrnehmungen, sowohl auf wissenschaftlicher als auch nicht-wissenschaftlicher Ebene, stattfinden. Zudem muss Nahrung als Menschenrecht verstanden werden und dementsprechende Regelungen geschaffen werden, die die Umsetzung dieses Rechts für Alle gewährleisten (Duncan et al. 2020: 2f.). Auf die Bezeichnung von Nahrung als Menschenrecht werde ich in Kapitel 6.3 im Rahmen der Diskursanalyse noch eingehen.

Die Farm-to-Fork-Strategie ist eng verknüpft mit weiteren Elementen des Green Deals, allen voran mit der sogenannten Biodiversitätsstrategie für 2030 (European Commission 2020: 20), die in weiterer Folge dargestellt wird.

5.3.2. Biodiversitätsstrategie

Die Biodiversitätsstrategie steht in engem Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Komponenten des Green Deals, wie der zuvor erwähnten Farm-to-Fork-Strategie. Der Erhalt der Biodiversität wird als maßgeblich für die Sicherstellung der Ernährungssicherheit sowohl in der EU als auch auf globaler Ebene angesehen. Zudem sichert eine biologische Vielfalt eine gesunde, nährstoffreiche Ernährung und trägt zur Existenzsicherung in ländlichen Räumen und zur landwirtschaftlichen Produktivität bei. Es wird angegeben, dass „mehr als 75% der weltweiten Lebensmittelkulturen auf die Bestäubung durch Tiere angewiesen“ (Europäische Kommission 2020: 2) sind. Darüber hinaus werden auch die wirtschaftlichen Interessen genannt, die mit dem Erhalt der Biodiversität einhergehen, da der Verlust der Artenvielfalt zu hohen ökonomischen und sozialen Kosten führt (ebd.: 1).

Ziele der Biodiversitätsstrategie sind u.a. die Reduktion von Verwendung und Risiko chemischer sowie hochriskanter Pestizide um 50 % bis 2030, die Gestaltung von landwirtschaftlichen Flächen mit Landschaftselementen, die eine große Vielfalt aufweisen, zu mindestens 10 %, die Erhöhung der ökologischen bzw. biologischen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen in der EU auf mindestens 25 %, ebenfalls bis 2030, etc. (Europäische Kommission 2020: 9). All diese Ziele sollen zu den übergeordneten Zielen der

Gewährleistung von Ernährungssicherheit und dem Kampf gegen den Klimawandel beitragen (ebd.: 2).

Um diese Ziele zu erreichen, soll die Biodiversitätsstrategie sowohl mit der Farm-to-Fork-Strategie als auch mit der GAP verknüpft werden. So sollen beide Agrarstrategien des Green Deal in die GAP implementiert werden, „[u]m sowohl die langfristige Erhaltung der Natur als auch die dauerhafte Nachhaltigkeit der Landwirtschaft zu fördern“ (Europäische Kommission 2020: 8). Dies soll durch die Förderung der Eco-Schemes und durch „ergebnisorientierte [...] Zahlungsregelungen“ passieren. Die EU-Kommission gibt an, die Umsetzung zu überwachen und sicherzustellen, dass die national ausgearbeiteten Strategiepläne für die GAP anhand von Klima- und Umweltkriterien bewertet werden und nationale Werte für die Erreichung der Ziele dieser Strategien angegeben werden. Dadurch sollen Präzisionslandwirtschaft, ökologischer und biologischer Landbau, Agrarökologie, etc. gefördert werden (ebd.).

Um die Ziele der Biodiversitätsstrategie erfolgreich umsetzen zu können, braucht es nach Hermoso et al. (2022: 264) angemessene Planung, Durchsetzung und Steuerung. Sie schlagen vor, die Koordination zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu stärken, den Erhalt der Biodiversität auch in anderen Sektoren zu integrieren, die zur Verfügung gestellten Mittel angemessen und ausreichend zu gestalten und die Mitwirkung von Regierungen und verschiedener Interessensgruppen zu gewährleisten (ebd.).

Ebenso wie die Farm-to-Fork-Strategie beinhaltet auch die Biodiversitätsstrategie einige positive Maßnahmen, werde aber einem notwendigen systemischen Wandel nicht gerecht. Beispielsweise wird gutgeheißen, dass Strategien zur Regulierung des Handels im Sinne von Biodiversität angedacht werden oder die Preisgestaltung so angepasst werden soll, dass sie etwa tatsächliche Kosten für die Umwelt berücksichtigt. Allerdings wird angemerkt, dass es sich dabei um unverbindliche Vorschläge handelt und daher nicht mit maßgeblichen positiven Effekten zu rechnen sei. Die Biodiversitätsstrategie wird als ein erster Schritt angesehen, jedoch brauche es vielmehr eine Überarbeitung politischer Strategien. So solle sichergestellt werden, dass in einer neuen GAP ein Wandel weg von industrieller Landwirtschaft mit Pestizideinsatz hin zu nachhaltiger lokaler Produktion unterstützt wird (Friends of the Earth Europe 2020: o.S.).

5.4. Food Regimes und die Verortung der GAP

Die Food Regime Theorie wurde der Regulationstheorie entsprechend etabliert, um das globale Ernährungssystem politökonomisch in einen breiteren Kontext einzubetten. Unter Nahrungsregimes werden Ordnungen oder Systeme der Akkumulation und Regulation im

Ernährungssektor verstanden. Dabei besteht jede Form von Akkumulationsregime aus Produktion, Distribution und Konsumtion und wird durch spezifische Formen der Regulation stabilisiert (Schermer 2015: 122) und durch bestimmte Akteur:innen, wie etwa Nationalstaaten, Unternehmen oder Gewerkschaften, gesteuert (Ermann et al. 2017: 17). Bereits 1987 hat Harriet Friedmann das Konzept des „Food Regime“ geprägt (McMichael 2009: 139). Seither werden drei Nahrungsregime unterschieden. Das erste Food Regime oder UK-zentriertes Nahrungsregime (Ermann et al. 2017: 22) kann zeitlich in etwa mit der Phase des Kolonialismus gleichgesetzt werden (Schermer 2015: 122) und bestand von 1870 bis in die 1930er Jahre. Koloniale Produkte wurden nach Europa importiert, die Produktion von Grundnahrungsmitteln wurde in die Siedlungskolonien ausgelagert, mit der Auswirkung, dass die dortigen Böden stark beansprucht und ausgebeutet wurden (McMichael 2009: 141).

Das zweite, US-zentrierte, Nahrungsregime (Ermann et al. 2017: 25) bestand von den 1950er bis in die 1970er Jahre, also in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges. Nahrungsmittel, zum Teil Überschüsse, wurden aus den USA in die postkolonialen Staaten geliefert, wodurch die Industrialisierung im Globalen Süden vorangetrieben und gleichzeitig die Loyalität dieser Staaten gegenüber den US-imperialen Märkten und gegen kommunistische Bestrebungen gewährleistet werden sollte. Im Rahmen der sogenannten „Grünen Revolution“ wurde das Modell der industriellen Landwirtschaft mit Technologisierung und Industrialisierung auch auf Lateinamerika, Asien und Afrika übertragen (ebd.). Eine globale Arbeitsteilung in der Landwirtschaft mit Spezialisierungen, etwa auf Soja für die Futtermittelproduktion, fand ihren Anfang (McMichael 2009: 141). Das US-zentrierte Nahrungsregime war von zahlreichen Widersprüchen durchzogen, was sich vor allem im Zuge der Welternährungskrise der 1970er Jahre zeigte. Die durch staatliche Subventionen finanzierten agrarischen Überschüsse führten zu einer Belastung des öffentlichen Budgets. Dies zeigte sich auch in der GAP, die in der damaligen EWG noch auf Einkommens- und Ernährungssicherheit fokussiert war. Durch den Export von Überschüssen verschärfen sich die internationalen Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt. Zudem waren immer mehr transnationale Unternehmen an einer Aufhebung des nationalstaatlichen Protektionismus interessiert, da dieser ihren Geschäften im Weg stand (Ermann et al. 2017: 30f.). Die daraus entstehende globale Ungleichheit verstärkt sich noch dadurch, dass die Subventionierung der Landwirtschaft im Globalen Süden im Vergleich zu jener im Globalen Norden kaum vorhanden ist (Herre 2019: 12).

Das dritte Food Regime wird auch als WTO-zentriertes Nahrungsregime bezeichnet (Ermann et al. 2017: 31). Es hat seinen Beginn in den 1980er Jahren und dauert bis heute an. In diesem Regime wird der Prozess der internationalen Arbeitsteilung im Agrarbereich intensiviert, indem neue Regionen in eine solche Form der Produktion integriert werden. Immer mehr

Kleinbäuer:innen werden von ihrem Land vertrieben, was unter anderem die Zahl der Menschen in Slums erhöht (McMichael 2009: 142). Ernährungssicherheit wird nicht als Menschenrecht angesehen, sondern als Leistung des Weltmarkts. Es wird also eine Liberalisierung des Agrarsektors im Sinne von Freihandel und komparativen Kostenvorteilen vorangetrieben. Diese Marktliberalisierung wurde im sogenannten Agreement on Agriculture der WTO von 1995 festgeschrieben (Ermann et al. 2017: 31). Durch dieses Abkommen wurden etwa Mengenbeschränkungen auf Importe verboten sowie die Zölle an ein bestimmtes Niveau gebunden. Länder des Globalen Südens können dadurch mit Überschwemmungen an Importen konfrontiert werden, ohne dass sie die lokale Landwirtschaft durch höhere Zölle davor schützen können. Gleichzeitig können die Länder des Globalen Nordens weiterhin hohe Subventionen auszahlen. Zusammen mit der Öffnung des Marktes führt dies dazu, dass kleinbäuerliche Landwirt:innen im Globalen Süden nicht mit den billigen Produkten des Globalen Nordens konkurrieren können und dadurch ihre Existenzgrundlagen verlieren. Einige Länder im Globalen Süden setzen sich jedoch ebenso für eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels ein, weil sie dadurch selbst Profite generieren können. Diese Gewinne kommen jedoch Großbäuer:innen und nicht Kleinbäuer:innen zu (FIAN 2005: 42ff.). Gleichzeitig ist diese dritte Phase eine der Widersprüche und unterschiedlichen Entwicklungen. Während auf der einen Seite weiterhin eine Transnationalisierung (bio-)technologischer Agroindustrie vorangetrieben wird, entstehen auf der anderen Seite alternative Formen der Nahrungsmittelproduktion, die agrarökologisch geprägt sind und auf regionaler bzw. lokaler Ebene umgesetzt werden (Schermer 2015: 123). Diese Produktionsformen werden getragen von Bewegungen wie Ernährungssouveränität, Slow Food, Community Supported Agriculture (CSA) und kleinbäuerlichen ökologischen Produzent:innen (McMichael 2009: 142). Einerseits kann dieses Regime also als „food from nowhere“ Regime oder auch „corporate food regime“ (ebd.: 147) bezeichnet werden, während gleichzeitig zu dieser Delokalisierung auch Formen der Re-Lokalisierung stattfinden, was auch unter dem Term „food from somewhere“ zusammengefasst werden kann (Schermer 2015: 123). Diese beiden Begriffe werden im Zuge der Gegenüberstellung von Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit in Kapitel 6.3.1 noch genauer erläutert. Im dritten Nahrungsregime konnte sich also ein neoliberales Ernährungssystem durchsetzen, wenngleich sich dieses zunehmend gegen Ernährungssouveränitäts-Bewegungen behaupten muss, die vor allem im Globalen Süden ihren Ursprung haben (Schermer 2015: 123).

Die globale Ernährungskrise von 2008/10, die vor allem Kleinbäuer:innen im Globalen Süden betroffen hat, hat ihren Ursprung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern in Schwankungen und Inflation von Nahrungsmittelpreisen. Institutionen des „corporate food regime“ fordern allerdings eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion um 70 % bis 2050. Das derzeitige konzerndominierte Nahrungsregime setzt sich zusammen aus Ministerien, globalen Institutionen, Think Tanks, Agrarmonopolist:innen, agrarökonomisch geprägten Universitäten,

sowie philanthropischen Konzepten, die zusammen die Technologien und den Diskurs sowie die Regeln des Regimes festlegen. Darunter fallen beispielsweise Freihandelsabkommen oder aber auch die GAP (Holt-Giménez/Altieri 2013: 90f.).

Die GAP kann also in ihren Anfängen in das zweite, US-zentrierte, Food Regime verortet werden, während ihre Reformen und die aktuelle Neuausgestaltung in die Zeit des dritten, WTO-zentrierten, Nahrungsregimes bzw. „corporate food regime“ fallen.

6. Kritisch-politökonomische Analyse der GAP

In der folgenden Analyse soll die Gemeinsame Agrarpolitik der EU in ihrem historischen Werdegang und ihrem aktuellen Status quo aus kritisch-politökonomischer Perspektive betrachtet werden. Damit sollen die Forschungsfrage, warum es aus Sicht der Kritischen Politischen Ökonomie eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik braucht, sowie die damit verbundenen Unterfragen beantwortet werden. Dazu wird zunächst eine Analyse aus Sicht der verschiedenen in Kapitel 3 dargestellten Theoriestränge der Kritischen Politischen Ökonomie durchgeführt, mit besonderem Augenmerk auf den Aspekten des Neogramscianismus. Dabei werden die einzelnen Aspekte, die aus diesen Theorien herausgegriffen werden, auf die GAP angewendet und damit verbunden Gründe aufgezeigt, die für eine Notwendigkeit einer agrarpolitischen Transformation in Europa sprechen. In diesem Zusammenhang soll in einem weiteren Unterkapitel darauf eingegangen werden, warum es nicht zu einer solchen Transformation kommt bzw. bisher nicht dazu gekommen ist und welche Akteur:innen daran beteiligt sind, dass der Status quo aufrechterhalten bleibt. Daraufhin folgt eine Darstellung der diskursanalytischen Elemente der Arbeit, indem im Sinne des Framing-Konzepts die Verwendung spezifischer Begriffe aus unterschiedlichen Positionen betrachtet wird. Vor allem die Begriffe Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit spielen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle, weshalb diesem Begriffspaar auch ein eigenes Unterkapitel gewidmet ist, um deren Dichotomie zu verdeutlichen. Schlussendlich werde ich in Kapitel 6.4 darauf eingehen, ob und inwiefern eine sozial-ökologische Transformation der GAP möglich ist, wie eine solche Transformation aus Sicht gegenhegemonialer Bewegungen gelingen könnte und welche Akteur:innen sich für einen solchen agrarpolitischen Wandel einsetzen. Die einzelnen Theorien werden im Zuge dessen immer wieder miteinander verknüpft und Zusammenhänge erschlossen.

6.1. Gründe für eine Transformation der GAP

Die europäische Agrarpolitik genauso wie die akademische Agrarökonomie werden von einer neoklassischen Sichtweise beherrscht, die auf offene Märkte und gerechte Verteilung durch den freien Markt setzt. Konkurrenz soll dabei Effizienz fördern und die Verteilung nach Leistung erfolgen. Ein Eingreifen in den Markt führe zu Verzerrung. Vielmehr brauche es eine Spezialisierung und eine Industrialisierung der Landwirtschaft, um steigende Erträge zu generieren, was wiederum zu einer Wohlfahrtssteigerung für alle führe. Regulierungen führen aus dieser Perspektive zu einer Förderung großer Betriebe. Armut und Hunger werden aus

neoklassischer Perspektive darauf zurückgeführt, dass die Menschen noch nicht vom Markt erreicht seien und deshalb in diesen integriert werden müssten (Forster/Baar 2015: 273f.). Aus einer politökonomischen Perspektive sind die Ursachen jedoch darin begründet, dass arme oder hungernde Menschen in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet sind, die nicht natürlich gegeben, sondern historisch entstanden und sozial umkämpft sind, und somit diese Verhältnisse generell transformiert werden müssen (ebd.: 274). Die Widersprüche der agrarkapitalistischen Produktionsweise zeigen sich etwa an der Zerstörung „polypolistischer Marktformen“, bei der viele Anbieter:innen auf viele Nachfragende treffen (ebd.: 275). Ein weiterer Widerspruch ist die Tatsache, dass die Mehrheit der hungernden Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, da sie klimatischen Bedingungen wie Dürren, damit verbundenen Hungersnöten, sowie sozialen und politischen Abhängigkeiten beim Erwerb von Ressourcen ausgeliefert sind (ebd.: 276). Drei Viertel aller hungernden Personen leben am Land und die meisten von ihnen sind selbst Lebensmittelproduzent:innen (Welthungerhilfe o.J.: o.S.). Zudem sind gerade diese Gruppen, die am meisten von Hunger betroffen sind, auch diejenigen, die marginalisiert und diskriminiert werden, indem ihnen etwa der Zugang zu politischer Teilhabe verwehrt wird (Herre 2019: 9f.). Gioia (2019: 77) fasst fünf ausschlaggebende Gründe für Hunger in ruralen Gebieten zusammen. Diese sind: „Landenteignungen, Umsiedelungen, Vertreibungen; geschlechtsspezifische Diskriminierungen von Frauen und Mädchen; fehlende Politiken für Agrarreformen und ländliche Entwicklung; fehlende Mindestlöhne und soziale Absicherung; Kriminalisierung von sozialen Bewegungen, die die Rechte ländlicher Bevölkerung verteidigen“. Die Macht bei der Produktion von Nahrungsmitteln konzentriert sich im vor- und nachgelagerten Bereich (Forster/Baar 2015: 276). Dazu zählen etwa Saatgut- und Düngemittelherstellung oder Handel und Vertrieb.

Die GAP wurde 1958 gegründet und fällt daher in ihrer Anfangsphase in den Bereich des zweiten Food Regimes. Zeitlich nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Zuge des Marshall Plans auch Nahrungsmittel nach Europa geliefert, um die Ernährungssicherheit des Kontinents zu stabilisieren, bis die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wieder gewährleistet werden konnte (Ermann et al. 2017: 27). Die Reformen der GAP fallen jedoch bereits alle in die dritte Phase der Nahrungsregime, nämlich in das WTO-zentrierte Food Regime. Somit kann die GAP in ihrer heutigen Form als von neoliberalen Ansichten geprägt bezeichnet werden. Die Liberalisierungsstrategien, die im WTO-zentrierten Nahrungsregime vorangetrieben werden, sind nach de Schutter (zit. nach Forster/Baar 2015: 276) nicht vereinbar mit dem Recht auf Nahrung.

The right to food is not a commodity, and we must stop treating it that way. [...] The policies currently shaped by the international trade regime are not supportive of these small-scale farmers. Instead, we impose a lose-lose upon them. They do not benefit from the opportunities that access to international markets represents for some. But it is they who are the victims of the

pressure on land, water and natural resources on which they depend, for which they increasingly have to compete with the agro-export sector. [...] [In addition] poor net-food-importing countries will not be helped [in the long term] by being fed. They will be helped by being able to feed themselves. This is the consensus of the post-global food price crisis world that even the G20 has recognized. It is disappointing that the WTO continues to fight the battles of the past. (de Schutter 2011, zit. nach Forster/Baar 2015: 276)

Während von Seiten der WTO internationaler Handel als ein Lösungsweg für Ernährungssicherheit angesehen wird, führt dies laut de Schutter (ebd.) zu Abhängigkeiten von Nahrungsmittelimporten, was insbesondere für Länder im Globalen Süden negative Auswirkungen hat. Dies zeigt sich wie bereits erwähnt unter anderem an den derzeitigen Verschärfungen von Hungerkrisen aufgrund des Krieges in der Ukraine.

Die zuvor genannten transnationalen Tendenzen von Hegemonie können auch auf die Agrarpolitik übertragen werden. Durch den sogenannten disziplinierenden Neoliberalismus finden auch in der Landwirtschaft auf globaler Ebene Ökonomisierung, Anonymisierung und Internalisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen statt. Anonymisierung findet durch den fehlenden Kontakt von Produzent:innen und Konsument:innen aufgrund vieler Zwischenakteur:innen wie etwa Verarbeitung, Transport, etc. statt. Ökonomisierung zeigt sich etwa an der Vermarktlichung von Boden oder Wasser, die oft als Commons¹⁰ deklariert werden und nach sozialen Organisationen keiner Kommerzialisierung unterliegen sollten. Land als Eigentum zu besitzen galt vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg als fortschrittlich, wird jedoch immer mehr zu einem Spekulationsobjekt, wodurch die Preise für Land enorm steigen und es für Bäuer:innen immer schwieriger wird, Land zu erwerben (Kratzwald 2022: 12). Finanzmärkte sind im Zuge der Landwirtschaft also insofern kritisch anzusehen, als dass Investitionen in die Märkte für Agrarrohstoffe zu steigenden und schwankenden Lebensmittelpreisen führen. Ursprünglich dienten solche Agrarbörsen dazu, für Landwirt:innen eine Absicherung bei Ernteaufschlägen zu bieten. Durch weniger Regulierungen wurden jedoch zunehmend Spekulationen mit landwirtschaftlichen Produkten möglich, was internationalen Finanzinvestoren und Agrarkonzernen zugutekommt. Deren Ziel, höhere Gewinne zu lukrieren, geht auf Kosten von Beschäftigten, die etwa mit sinkenden Einkommen rechnen müssen. Sowohl der Handel als auch Nationalstaaten stehen hier in der Pflicht, die Rechte von Arbeiter:innen zu schützen und verbindliche Normen für Unternehmen festzulegen. Dies braucht jedoch auch die Unterstützung und damit verbunden eine Regulierung in der Lebensmittelindustrie durch die EU (Heilmann 2019: 22f.). Nach dem Konzept der Commons

¹⁰ Commons sind „lebendige soziale Strukturen, in denen Menschen ihre gemeinsamen Probleme in selbstorganisierter Art und Weise angehen“ (Helfrich/Bollier 2019, zit. nach Kratzwald 2022: 12).

sollte Land also gemeinsam genutzt und verwaltet werden, in einer Art und Weise, dass es auch für nachfolgende Generationen noch erhalten bleibt (Kratzwald 2022: 12).

Zu den genannten neoliberalen Tendenzen zählt auch eine „Kultur des Marktes“ in der Landwirtschaft, indem auf Nutzenmaximierung, Marktkonkurrenz, Privatisierung und damit einhergehend Individualisierung gesetzt wird. Hier kann eine Verbindung zum Kritischen Realismus gezogen werden, der sich gegen eine solche Vermarktlichung ausspricht. Eine neoliberale Ideologie in der Agrarpolitik führt also zu Maßnahmen wie Freihandelsabkommen, Marktliberalisierungen, Privatisierungen oder Deregulierungen. Bei Letzteren kann das Beispiel der Abschaffung der Quotenregelungen bei bestimmten Produkten genannt werden, die für eine Regulierung von Mengen gesorgt hatten. Diese spricht für eine Tendenz der Deregulierung der GAP. Bezüglich Freihandelsabkommen kann eine Verknüpfung zu den Dependenz- bzw. Imperialismustheorien gezogen werden. Die meisten dieser Abkommen entstanden nach Gründung der WTO in den 1990er Jahren. Dabei spielen vor allem Zollabbau und der Abbau weiterer Handelshemmnisse eine große Rolle für multinationale Konzerne, um billig Ressourcen importieren und die eigenen Waren in neue Absatzmärkte exportieren zu können (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 40), was dem Konzept des ungleichen Tauschs entspricht. Eine zentrale Rolle bei den Freihandelsabkommen spielt das „Investor-Staat-Streitbelegungssystem“ (ISDS), welches Unternehmen das Recht gibt, Regierungen zu verklagen, wenn diese bestimmte Regulierungen einführen, die die Profite der Konzerne reduzieren, selbst wenn diese Regulierungen Ernährungssicherheit oder Umweltschutzmaßnahmen beinhalten. Von der Zivilgesellschaft wird ISDS stark kritisiert. Unternehmen profitieren zudem von Investitionen, indem sie Kleinbäuer:innen mit „modernen“ Produktionsmitteln versorgen und sich damit neue Absatzmärkte sichern (ebd.: 40f.). In Bezug auf Privatisierungen ist ein struktureller Wandel auszumachen, da export-orientierte Betriebe, die oft von Privatkapital kontrolliert werden, zunehmen (Dietz/Engels 2020: 209).

In neokolonialistischen Theorien wird von einer zweiten Phase des Imperialismus gesprochen, in welcher Interaktion über internationale Organisationen ausgetragen wird. Dies kann ebenfalls mit der Phase des WTO-zentrierten Ernährungsregimes in Zusammenhang gebracht werden. Die internationalen Organisationen erzeugen ökonomischen und finanziellen Druck, etwa wenn Kredite nur im Gegenzug für bestimmte Maßnahmen gewährt werden. Dies ist beispielweise auch bei der Vergabe von „Entwicklungshilfe“-Geldern der Fall, wenn internationale Organisationen, wie die Weltbank oder der IWF, finanzielle Mittel für Länder des Globalen Südens bereitstellen, wenn diese bestimmte ihnen auferlegte Maßnahmen durchführen, die jedoch in erster Linie Akteur:innen aus dem Globalen Norden, wie etwa transnationalen Konzernen, zugutekommen. Auch Nahrungsmittelhilfe wird häufig unter dem Deckmantel der „Entwicklung“ genutzt, um die eigene Kontrolle und Macht auszuweiten. Damit verbunden steht

die zunehmende Macht von multi- und transnationalen Konzernen, die ihre Kontrolle ausweiten, in dem sie Abhängigkeiten produzieren.

Dies zeigt sich etwa an der Fusionierung der Saatgut- und Chemiekonzerne DuPont-Dow, ChemChina-Syngenta und Bayer-Monsanto. Diese drei fusionierten Konzerne beherrschen 60 % des globalen Marktes für Saatgut und Agrarchemikalien. Diese Konzentration von Marktmacht lässt nur geringen Wettbewerb zu, was Bäuer:innen auf globaler Ebene in Abhängigkeitsverhältnisse bringt. 80 % des Saatguts werden nach wie vor durch eigenen Nachbau oder Tausch generiert. Da die Märkte des Globalen Nordens jedoch bereits so gut wie gesättigt sind, verlagern die Konzerne ihre Absatzmärkte in den Globalen Süden und versuchen, Kleinbäuer:innen in dieses kommerzielle System zu integrieren. Dadurch werden lokal etablierte Systeme zurückgedrängt und die Ernährungssouveränität in diesen Ländern unterminiert. Diese Konzerne wollen an einer industrialisierten Landwirtschaft festhalten, die durch Produktivitätssteigerung, größere Flächenwirtschaft, Monokulturen, die Verwendung von Pestiziden und Gentechnik gekennzeichnet ist und damit u.a. zum Verlust von Biodiversität beiträgt (BUND Friends of the Earth Germany 2017: o.S.). Eine Initiative, die als Beispiel für eine Lösungsstrategie im Sinne der Commons steht, ist „Open Source Seeds“, die Saatgut zu einem Commons machen will, um so Bäuer:innen unabhängiger von Märkten und deren Entwicklungen zu machen (Kratzwald 2022: 13).

Fusionierungen auf einer vertikalen Ebene, also zwischen Unternehmen mit unterschiedlichen Produktionsausrichtungen, werden durch Digitalisierung vermehrt möglich, da diese das Sammeln und Auswerten agrarischer Daten über Produzent:innen, Konsument:innen und Arbeiter:innen erleichtert. Dadurch konzentriert sich die Kontrolle über diese Daten in den Händen weniger Konzerne, die damit die Wahlmöglichkeiten an Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden auf ihre Produkte anpassen und damit Bäuer:innen noch mehr in die Abhängigkeit treiben. Damit einher geht auch die Gefahr des Verlustes von bäuerlichem Wissen und bäuerlicher Praxis. Die Digitalisierung fördert zudem marktorientierte und input-intensive Betriebe. Arbeitsrechtliche Auswirkungen hat der Einsatz von Digitalisierung, wenn etwa Plantagen mit Drohnen überwacht werden, um die Arbeiter:innen zu kontrollieren (Michelsen 2019: 33ff.). Es gibt jedoch auch Chancen, die Digitalisierung bringen kann. So werden etwa soziale Medien für die Vernetzung von Gewerkschaften genutzt, die Verstöße gegen Arbeitsrecht aufzeigen. Drohnen können beispielsweise auch verwendet werden, um illegale Abholzung oder Landraub zu dokumentieren. Wichtig beim Einsatz digitaler Technologien ist also, dass Kleinbäuer:innen, Arbeiter:innen und Konsument:innen davon profitieren, was durch politische Regulierungen gewährleistet werden muss (ebd.: 36).

Die Dynamik des neuen Konstitutionalismus, bei dem transnationale Rechte und Regulierungen aufgestellt werden, wird von NGOs, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften kritisiert und

versucht zu reduzieren bzw. anzupassen. Diese Akteur:innen werden oft als subalterne Gruppen angesehen. Während im neuen Konstitutionalismus Konkurrenz und Handel auf globaler Ebene gefördert und damit verbunden demokratische Kontrolle unterminiert wird, fordern diese subalternen Bewegungen und Organisationen gewisse Mindeststandards aus umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlicher Perspektive und setzen sich für eine Demokratisierung bei Entscheidungsfindungsprozessen ein (Bieling 2013: 168). Im Neogramscianismus wird jedoch auch davon ausgegangen, dass beim Wandel von Struktur zu Superstruktur auf die Bedürfnisse subalternen Gruppen geachtet wird und diese somit die Hegemonie der herrschenden Klassen nicht infrage stellen. Daraus lässt sich ableiten, dass es auch innerhalb subalternen Klassen Unterschiede gibt zwischen jenen, die von der hegemonialen Ordnung profitieren und somit zu deren Weiterbestehen beitragen oder diese nicht hinterfragen und jenen, die sich gegen die hegemonialen Klassen auflehnen und eine Veränderung vorantreiben wollen. Aufgrund des Wachstumsgedankens des Kapitalismus sind Landwirt:innen von Wachstumszwang betroffen, somit sind auch Großbetriebe in diesem System vor Herausforderungen gestellt, tragen dieses aber dennoch mit. Dies kann durch den Aspekt des Konsens erklärt werden, der sich etwa durch Maßnahmen wie die Subventionierung der Betriebe nach Fläche zeigt, welche Großbäuer:innen zugutekommt und kleinere Betriebe verdrängt. Auch unter Landwirt:innen kann somit ein Unterschied zwischen verschiedenen subalternen Gruppen gezogen werden, je nach den Interessen, die sie vertreten, den Zwängen, denen sie unterworfen sind, und den Zugeständnissen, die sie bekommen. Auch Pérez-Vitoria (2007: 159f.) nimmt diese Unterschiede zwischen verschiedenen Klassen an Bäuer:innen, auch innerhalb der Landwirt:innen des Globalen Nordens, die in das kapitalistische Wirtschaftssystem eingebunden sind, wahr. Dies zeigt sich etwa an Bäuer:innenverbänden, die die Mehrheit der Landwirt:innen vertreten, allerdings von den reichsten Bäuer:innen geführt werden. So etwa in Frankreich, wo der nationale Verband der Bäuer:innen von einer „Einheit der Bauern“ (ebd.: 160) spricht und damit die Bedeutung anderer Verbände abschwächt. Ähnliches zeigt sich auch in Österreich, wo der Bauernbund die größte Vertretung der österreichischen Landwirt:innen darstellt, gleichzeitig aber in der Kritik steht, die Interessen der Industrie zu vertreten. So etwa im Fall des EU-Mercosur-Abkommens¹¹, das aus Sicht der ÖBV und anderer Bewegungen, sowie auch von einer Mehrheit der österreichischen Bäuer:innen abgelehnt wird. Vom Bauernbund kam dazu allerdings keine klare Distanzierung, was laut ÖBV

¹¹ Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten steht in der Kritik, die Zerstörung des Regenwaldes, Vertreibungen, CO₂-Ausstoß, Reduktion der Biodiversität sowie eine Verringerung von Lebensmittelkontrollen anzutreiben. Grund dafür sind verstärkte Importe von Agrarprodukten aus den Mercosur-Staaten, insbesondere Rindfleisch, und im Gegenzug dazu vermehrte Exporte von Industriegütern, wie beispielsweise Autos. Vorangetrieben wird das Abkommen hauptsächlich von Konzernlobbys (Attac o.J.: o.S.).

damit zu begründen ist, dass Wirtschaftsbund und Industriellenvereinigung ein starkes Interesse an diesem Abkommen haben (ÖBV Via Campesina Austria 2021b: o.S.).

Es gibt auf internationaler Ebene bereits Übereinkünfte, die die Rechte von Kleinbäuer:innen und Menschen in ländlichen Gebieten sichern sollen. Dazu zählt beispielsweise UNDROP (United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas). Diese müsse jedoch konkreter umgesetzt werden, etwa durch klarere Zuständigkeiten, Koordination und Überwachung (FIAN 2022: o.S.). Auch die ILO (International Labour Organization) hat internationale Mindeststandards im Bereich des Arbeitsrechts entwickelt, die auch für die Landwirtschaft gelten. Während Österreich diese Standards in anderen Bereichen unterzeichnet hat, wurde das Übereinkommen zum Arbeitsschutz in der Landwirtschaft noch nicht ratifiziert (PROGE 2019: o.S.). Trotz solcher Abkommen bezüglich Arbeitsrechten und -standards, kommt es immer wieder zu Verstößen und es gibt keine ausreichenden Sanktionsmöglichkeiten, um dagegen vorzugehen. Dies wird auf die Mechanismen des Marktes zurückgeführt und darauf, dass es auf internationaler Ebene keine „zentrale Regulierungsinstanz“ gibt, was sich besonders auch im Bereich des Handels zeigt (Scherrer 2015: 370, 372). Zudem gibt es auch im Bereich der Supermärkte keine Verpflichtung über die Transparenz von Lieferketten und keine Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern der Produkte. Die Arbeitsbedingungen sind in den Exportländern u.a. auch deshalb so schlecht, weil die Gewerkschaftsbildung schwierig bis unmöglich ist, ohne den eigenen Arbeitsplatz zu riskieren (Braßel 2019: 15). Auch in Europa gibt es Herausforderungen für Gewerkschaften, die zum Teil kriminalisiert oder eingeschüchtert werden, etwa in Spanien, wo die Versammlungsfreiheit einer Gewerkschaft für die Rechte von Landarbeiter:innen nicht gewährleistet ist (Gioia 2019: 79). Die Nichteinhaltung von arbeitsrechtlichen Normen erklärt Scherrer (2015: 373) anhand des Neogramscianismus. Demnach haben die dominierenden Klassen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene kein Interesse an einer verbindlichen Einhaltung hoher Standards, da sich dadurch, in kurzfristiger Perspektive, ihre eigenen Gewinne reduzieren würden. Solche internationalen Arbeitsrechte würden jedoch vielen Arbeitenden in der Landwirtschaft, etwa in der Erntearbeit, zugutekommen, die ihnen bisher häufig nicht gewährt werden. Diese Verwehrung von Menschen- und Arbeitsrechten, sowie Niedrigstlöhne und Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit gefährden, sind nach der Bewegung Sezoneri „Teil des dominanten Ernährungs- und Agrarsystems“ (Reisenberger 2016: 91). In der EU gibt es zudem unterschiedliche Standards in den Mitgliedsstaaten, weshalb viele Agrarunternehmen ihre Betriebe auslagern, etwa nach Osteuropa, wo die Standards als niedriger gelten (Sharma 2019: 27). Doch auch in Westeuropa sind die Arbeitsbedingungen oft unmenschlich, was sich beispielsweise im Bereich der Erntearbeit zeigt. Vor allem in Spanien und Italien, aber auch Deutschland, Österreich oder den Niederlanden, werden Erntearbeiter:innen aus Osteuropa oder Migrant:innen aus außereuropäischen Ländern

ausgebeutet. Dazu zählt etwa, dass Löhne nicht ausbezahlt werden, Frauen sexuell missbraucht werden, schlechte hygienische Bedingungen vorherrschen¹² oder keine Schutzausrüstung bei der Ausbringung von Pestiziden zur Verfügung gestellt wird. In etwa vier Millionen Menschen sind als Wanderarbeiter:innen in der europäischen Landwirtschaft beschäftigt, jedoch gibt es darüber hinaus eine Dunkelziffer an Menschen, die ohne Dokumente in diesem Bereich arbeiten. Laut EFFAT, dem europäischen Verband der Agrargewerkschaften, werden etwa 25 % der landwirtschaftlichen Produktion durch informelle Arbeit geleistet (Varelmann 2019: 46f.). Trotz des Risikos finden immer wieder Proteste von Landarbeiter:innen statt, die sich gegen die unwürdigen Bedingungen in den Betrieben und rassistische Übergriffe gegen Migrant:innen richten (ebd.: 47).

Die genannte „kapitalistische Landnahme“ ist auch in Europa vorhanden, etwa in Rumänien, wo Agrarunternehmen Flächen aufkaufen, um dort Produkte für den Export anzubauen. Die lokalen Kleinbäuer:innen verlieren ihre Existenzgrundlagen und werden zu Wanderarbeiter:innen, um ihr Auskommen zu sichern (Varelmann 2019: 47f.). Gegen diese Formen der Landkonzentration und des Land Grabbing engagiert sich Eco Ruralis, eine rumänische NGO, die Teil der internationalen Bewegung La Via Campesina ist. Mit Kampagnen zu Landrechten versucht Eco Ruralis mehr Transparenz sowie eine gerechtere Verteilung von Land zugunsten kleinstrukturierter, biologischer Produktion zu schaffen (Access To Land o.J.a: o.S.). Die GAP müsste Arbeiter:innen in der Landwirtschaft schützen, indem Arbeits- und Gesundheitsschutz in den GAP Regelungen implementiert werden und als Voraussetzung dafür dienen, Subventionen zu erhalten (ebd.: 48). Auch die EFFAT forderte bei der aktuellen GAP-Reform eine Veränderung bei den Subventionen. Diese sollten gedeckelt werden und die dadurch eingesparten finanziellen Mittel für Bildung und Beschäftigung verwendet werden. Die Direktzahlungen sollten an die legale Beschäftigung der Arbeitenden gekoppelt werden (Spahn 2019: 74).

Auf einer Struktur-Handlungs-Ebene werden die Möglichkeiten aufgezeigt, die die Menschen durch Technik und Wissenschaft haben, um die Naturverhältnisse zu verändern und zu regulieren. Dabei stellt sich jedoch die Frage, inwieweit in die Natur eingegriffen werden sollte und ob dadurch positive Veränderungen herbeigeführt werden können oder ob ein zu starkes Intervenieren eher dazu führt, dass sich die Krisen noch verstärken. Als Beispiel könnte hier angeführt werden, dass mit einer Intensivierung der Landwirtschaft, die durch höhere

¹² Ein Beispiel hierfür sind die unzumutbaren Bedingungen in Schlachthöfen, die u.a. auch die Verbreitung von Viren, etwa des Coronavirus, begünstigen. Die Beschäftigten sind oftmals Arbeiter:innen aus osteuropäischen Ländern, die in diesen Betrieben ausgebeutet werden. Es brauche daher verstärkte Kontrollen und eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Süddeutsche Zeitung 2020: o.S.).

Technologisierung möglich ist, auch ein höherer Flächenverbrauch und eine größere Zerstörung von Bodenfruchtbarkeit und ein Sinken der Biodiversität durch Anwendung von künstlichen Düngemitteln und Pestiziden einhergeht.¹³

Ein gewisser Grad an moderner Technologie, wie der grundlegende Einsatz von Maschinen, kann durchaus als positive Entwicklung bewertet werden. Es herrscht jedoch eine große Debatte darüber, wie weit eine solche Technologisierung gehen kann und darf, was etwa in der Thematik der Gentechnik vielfach diskutiert wird. Ein grundsätzliches Ablehnen von Modernisierung kann also nicht als Lösung gelten, das Vertrauen darauf, dass die Krisen durch technische Mittel gelöst werden können, ist allerdings ebenso zu hinterfragen. Im Kritischen Realismus etwa wird Modernismus abgelehnt, was in diesem Zusammenhang so interpretieren werden kann, dass eine rein teleologische Ausrichtung der Agrarpolitik nicht zielführend ist, da sie Formen der Produktion, die nicht auf Modernisierung setzen, als zu wenig produktiv und zu wenig „entwickelt“ abtut, wenngleich diese positive Formen der Bewirtschaftung aufweisen können. Zudem werden Technologisierung und Innovationen oft als Problemlösung dargestellt, um dahinterliegende politische Entscheidungen der Kommerzialisierung des Agrarsektors, die aus Profitinteressen von transnationalen und privatwirtschaftlichen Akteur:innen getroffen werden, zu verschleiern (Europäische Koordination Via Campesina 2020: 25). Durch Technologisierung ist weitere Inwertsetzung von Land möglich und damit eine weitere Ausdehnung des Kapitalismus. Die Landwirtschaft wird durch Technologisierung also der kapitalistischen Verwertung unterzogen. Die damit verbundenen Konflikte zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsformen bzw. Naturverhältnissen zeigen sich etwa in der „Akkumulation durch Enteignung“, bei der Produzent:innen ihrer Produktionsmittel und produzierten Güter beraubt werden. Solche Inwertsetzungsprozesse werden oft mit angeblich notwendiger „Entwicklung“ gleichgesetzt und damit legitimiert (Forster 2008: 60). Angeeignetes Land wird als „unproduktiv“ bezeichnet (Dietz/Engels 2020: 209), um die Enteignung zu rechtfertigen. Solche Prozesse stoßen damit nicht nur an räumliche, sondern auch an ökologische Grenzen. Es bräuchte also eine Mischung aus traditioneller Bewirtschaftung und moderner Technologie, ausgerichtet auf die Bedürfnisse von Bäuer:innen, Tieren und Umwelt.

¹³ Bezüglich Düngemittel zeigt sich auch sehr stark, wie globale Phänomene miteinander vernetzt sind. So wird etwa Phosphat, das für die Düngemittelproduktion in der industriellen Landwirtschaft verwendet wird, u.a. durch einen marokkanischen Konzern in der Westsahara abgebaut und exportiert. Marokko hat die Westsahara annektiert und beutet dessen Ressourcen aus. Dass die Profite auch der lokalen Bevölkerung zugutekämen, lässt sich durch fehlende Daten nicht bestätigen und wird hinterfragt (Quarante 2014: o.S.). Somit ist die industrielle Landwirtschaft indirekt verknüpft mit neokolonialen Praktiken.

Es zeigt sich, dass es zahlreiche Widersprüche in der kapitalistischen Produktionsweise und somit auch im Agrarkapitalismus gibt. Aus Perspektive der kritisch-politökonomischen Theorien, die hier verwendet werden, braucht es eine Transformation dieser Produktionsweise, da sie von Widersprüchen durchzogen ist und an Grenzen stößt sowie große negative Auswirkungen auf ökologischer und sozialer Ebene mit sich bringt. Auch nach Garske und Hoffmann (2016: 44f.) ist diese globale Vernetzung von Agrar-, Energie- und Futtermittelmärkten und damit zusammenhängend auch mit Umwelt- und Klimaproblemen Grund für einen agrarwirtschaftlichen Wandel in Europa. Damit verbunden sind weitere Krisen wie Bevölkerungswachstum oder Ressourcenknappheit, die die Landwirtschaft vor Herausforderungen stellen. Nach Garske und Hoffmann (ebd.) sollten daher Umweltmaßnahmen in der GAP noch effizienter durchgeführt werden und die Agrarsubventionen mit ökologischen sowie mit sozialen und volkswirtschaftlichen Maßnahmen in Verbindung gesetzt werden. Sie sehen als Ziel, „in Zukunft nur noch die Landwirtschaftsbetriebe zu fördern, die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten bestehen können“ (ebd.).

Bader et al. (2011: 18) gehen davon aus, dass in einer neoliberalen Form der passiven Revolution das Krisenmanagement selbst auf marktfreundliche Lösungen ausgelegt ist. Eine neogramscianische Antwort auf die Frage, warum eine Transformation in der europäischen Agrarpolitik notwendig ist, ist also jene, dass bisherige Strategien zur Lösung von Krisen eher zu einer Reproduktion bzw. Verschärfung der multiplen Krise beitragen. Dies kann auch durch eine regulationstheoretische Perspektive bestätigt werden, wenn Bader et al. (ebd.) davon sprechen, dass herrschaftsförmige Krisenlösungen bisher keine Entschärfung von Krisen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gebracht haben. Diese Lösungsstrategien würden zu sehr auf eine Optimierung von Technik und Steuerung setzen und somit mehr dazu beitragen, Risiken und Auswirkungen zu kontrollieren, als tatsächlich die Gründe für die Krisen zu eliminieren. Ebenso wird angemerkt, dass eine rein auf eine einzelne Krise fokussierte Krisenlösungsstrategie eher neue Krisen mit sich bringt. Ein Beispiel hierfür wäre der Anbau von Ölpflanzen für Agrofuels, um der Energiekrise entgegenzuwirken. Dies verschärft jedoch wiederum die Ernährungskrise, die landwirtschaftliche Industrialisierung sowie damit verbunden die Enteignung kleinbäuerlicher Betriebe. Für Bader et al. (ebd.) ist es daher zentral, ganzheitliches Krisenmanagement zu betreiben.

Eine Transformation der Agrarpolitik scheint aus Sicht der kritisch-politökonomischen Theoriestränge aus unterschiedlichen Gründen notwendig. Allen voran steht der Grund der multiplen Krise, welche die verschiedenen derzeit vorherrschenden Krisen zusammendenkt und als nicht unabhängig voneinander lösbar ansieht. Zu diesen Krisen zählen u.a. die Ernährungskrise, die Biodiversitätskrise, die Klimakrise, etc. Gerade in den letzten Jahren

haben sich diese Krisen durch die Covid-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine in der europäischen Wahrnehmung noch verstärkt bzw. sind vermehrt sichtbar geworden. In verschiedenen globalen Regionen haben unterschiedliche Krisen bereits davor zu Ernährungsunsicherheit geführt, etwa durch Dürreperioden oder Überschwemmungen. Eine spezifische Transformation der europäischen Agrarpolitik steht also im Zusammenhang mit einem strukturellen Wandel in anderen gesellschaftspolitischen Bereichen. Eine alleinige Transformation der Agrarpolitik, ohne auch andere Sektoren, wie Wirtschaft, Klima oder Sozialpolitik anzugehen, stellt sich daher als schwierig bis unmöglich heraus. Aus Sicht des Kritischen Realismus können diese Krisen als Chancen angesehen werden. Dies zeigt sich etwa in der genannten größeren Wahrnehmung der Krisen und dem damit vermehrten Wunsch nach Veränderung. Darüber, ob eine Veränderung innerhalb des Systems funktionieren kann, oder ob es eine grundlegende Transformation dieses Systems braucht, gibt es Uneinigkeit, auch innerhalb einzelner Theoriestränge. In den Dependenztheorien etwa werden zum einen Handlungsspielräume innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems gesehen, zum anderen wird eine Überwindung des Systems als notwendig erachtet, um transformatives Potenzial zu erreichen. In der Regulationstheorie wird davon ausgegangen, dass langfristige Krisen, wie die Klima- und Biodiversitätskrise, nicht innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems gelöst werden kann, da dieses mitunter auch als eine der Ursachen für die Krisen gilt. Ebenso empfinden die Imperialismustheorien einen Untergang des Kapitalismus als unabdingbar, da ihm durch dessen Widersprüche und seinen Wachstumszwang Grenzen gesetzt sind. Kapitalistische Landnahme und Akkumulation durch Enteignung, die kleinstrukturierte Landwirtschaft verunmöglichen, können nur bedingt lange durchgeführt werden. Die kapitalistische Produktionsweise ist auf nicht-kapitalistische Räume angewiesen. Wenn Letztere jedoch in das kapitalistische System integriert werden, kann längerfristig nicht mehr auf die Möglichkeit der weiteren Expansion zurückgegriffen werden. Auch die Regulationstheorie spricht von dem Kapitalismus inhärenten Widersprüchen, stellt sich aber die Frage, wie er diese Widersprüche und damit verbundene Krisen immer wieder überwinden kann und somit zu einem Weiterbestehen des Systems beiträgt. Dabei wird jedoch davon ausgegangen, dass diese Widersprüche nicht durch bestimmte Regulationsweisen überbrückt werden können und dass große Krisen, die etwa durch Überakkumulation oder einen ausbeutenden Umgang mit der Natur entstehen, nicht mit bestehenden Strukturen gelöst werden können. Wie Luxemburg gehen auch Vertreter:innen der Regulationstheorie davon aus, dass der kapitalistischen Expansion durch Erschließung neuer Ressourcen und Räume Grenzen gesetzt sind. In den meisten Theorien wird zudem von der Notwendigkeit einer egalitäreren Gestaltung der Produktionsformen gesprochen, weshalb für diese Arbeit der Begriff der sozial-ökologischen Transformation verwendet wird, der einer solchen Umgestaltung entspricht. Aufgrund des Zusammenhangs der multiplen Krisen können diese Ansätze auch auf

die Ernährungskrise angewendet werden und somit gesagt werden, dass es ein alternatives Ernährungssystem und damit zusammenhängend eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik braucht.

Als Gründe für eine notwendige Transformation der GAP können also u.a. folgende Faktoren zusammengefasst werden: die multiple Krise; die Widersprüche des agrarkapitalistischen Ernährungssystems; Abhängigkeitsverhältnisse, welche durch eine zunehmende Machtkonzentration von Konzernen im Lebensmittelsektor vor allem Kleinbäuer:innen im Globalen Süden aber auch im Globalen Norden die Existenzgrundlagen entzieht; damit verbundene neokoloniale bzw. neoimperiale Praktiken, wie Landenteignungen, also „kapitalistische Landnahme“ bzw. „Akkumulation durch Enteignung“; die ungleiche Verteilung von Subventionen und der damit verbundene Wettbewerb auf dem Weltmarkt, mit dem Kleinbäuer:innen nicht konkurrieren können; Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Klasse oder Ethnizität; unzumutbare Arbeitsverhältnisse von Landarbeiter:innen; auf den freien Markt orientierte oder kurzfristig gedachte Lösungsstrategien, die nur einzelne Krisen bearbeiten; etc. Im Folgenden soll nun festgestellt werden, weshalb diese Gründe nicht zu einer Transformation der europäischen Agrarpolitik führen, bzw. bisher noch nicht dazu geführt haben.

6.2. Aspekte, die eine Transformation verhindern

Im Theoriestrang des Neogramscianismus ist vor allem der Begriff der Hegemonie von zentraler Bedeutung, der als einer der Hauptgründe für die Schwierigkeit einer Transformation angenommen werden kann. Anders als in den (Neo-)Imperialismustheorien geht es im Hegemoniebegriff nach Gramsci nicht um reine Zwangsherrschaft, um politische und ökonomische Macht zu generieren. Vielmehr wird eine hegemoniale Form der Herrschaft durch Konsens gestützt bzw. durch internationale Organisationen aufrechterhalten und rechtlich abgesichert. Im Neogramscianismus wird zudem die Reproduktion hegemonialer Strukturen behandelt. Die agrarkapitalistische Produktionsweise wird auf einer globalen Ebene dadurch gestützt, dass hegemoniale Strukturen bzw. in weiterer Folge Superstrukturen gebildet werden, die konkrete Normen und Ideologien vorgeben, mit welchen sich die Staaten und die Zivilgesellschaft identifizieren können und die in ihr Alltagsbewusstsein eingeschrieben werden. Als eine solche Norm kann etwa die Steigerung von Produktion genannt werden, die als notwendig für eine Ernährung der steigenden Weltbevölkerung deklariert wird und damit eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft legitimiert und die agrarkapitalistische Produktionsweise aufrechterhält. Dieser Widerspruch zwischen Wachstum einerseits und Zielen wie Klimaneutralität andererseits wird nach Sharma (2019: 28) noch deutlicher werden und das

Wachstumsmodell der Agrarindustrie gilt als unhaltbar. Vielmehr sollten agrarökologische Modelle gefördert werden, die etwa Diversität oder geschlossene Nährstoffkreisläufe beinhalten (ebd.: 29).

Die zuvor genannte Frage von Gramsci, warum ausbeuterische Verhältnisse von jenen, die selbst ausgebeutet werden, reproduziert werden, lässt sich im Kontext der Landwirtschaft damit verstehen, dass Bäuer:innen von ihrer Interessensvertretung bestimmte Kommunikationsweisen und Begriffe auferlegt bekommen, die sie schließlich in ihren Alltagsverstand integrieren. Als Beispiele können etwa genannt werden, dass Tierwohl und Wirtschaftlichkeit als nicht miteinander kombinierbar angesehen werden oder dass bei niedrigen Preisen für die Produkte ein betriebliches Wachstum unbedingt notwendig sei. Grund dafür ist, dass die verarbeitende Industrie ein Interesse an günstigen Rohstoffen hat (Moser-Hofstadler 2021: 6). Bäuer:innen arbeiten nach Moser-Hofstadler (ebd.: 7) „gewissenhaft und professionell in einem System, das genau diese Wirtschaftsweise von ihnen erwartet“. Dabei funktioniert die Normalisierung dieser Produktionsweise bereits in der Ausbildung in landwirtschaftlichen Fachschulen, in denen diese Produktionsweisen gelehrt werden. Zudem werden hier bestimmte Begriffe verwendet, durch die andere, kontroversere Begriffe ersetzt werden (sollen). So soll etwa „Unkraut spritzen“ in „Pflanzengesundheit erhalten“ oder „Massentierhaltung“ in „Moderne Tierhaltung“ umgewandelt werden (ebd.). Diese Form der Kommunikation fällt unter das Konzept des Framing, worauf ich im folgenden Kapitel im Rahmen der Diskursanalyse noch näher eingehen werde. Auch Forster (2008: 59) geht davon aus, dass für die Reproduktion des derzeitigen Ernährungsregimes nicht nur eine Politik „von oben“ verantwortlich ist. Vielmehr werden dahinterliegende Strukturen und Logiken ausgeblendet oder verschleiert oder sie werden von der Bevölkerung akzeptiert und dadurch ein Konsens geschaffen. Dies lässt sich auch mit der zuvor genannten „imperialen Lebensweise“ erklären, in welcher die internationale Arbeitsteilung einerseits gewisse Vorteile bringt und andererseits als natürlich und alternativlos angesehen wird. Daraus lässt sich schließen, dass sowohl Zugeständnisse Hegemonie erhalten bzw. den Kapitalismus stabilisieren können (Cox 2016: 23), als auch die Einschreibung herrschaftsstützender Interessen in den Alltagsverstand der Bevölkerung.

Ein Aspekt im Sinne von Struktur und Handlung ist die Frage, wie viel Handlungsspielraum einzelnen Akteur:innen gegeben ist. Dies hängt stark mit der Frage zusammen, ob es Veränderung innerhalb des Systems geben kann oder nicht. In den Dependenztheorien etwa ist diese Frage auch umkämpft und es finden sich unterschiedliche Meinungen darüber, ob Handlungsspielräume in einer kapitalistischen Produktionsweise gegeben sind und eine emanzipatorische Transformation möglich ist. Dieser Handlungsspielraum ist in einer kapitalistischen Gesellschaft jedenfalls beschränkt und hängt laut Kritischem Realismus auch von den sozialen Positionen ab, die ein:e Akteur:in in dieser Gesellschaft einnimmt.

Akteur:innen mit höheren Machtpositionen nehmen dabei mehr Handlungsmacht ein als jene in niedrigeren Machtpositionen, die weniger in Entscheidungsprozesse inkludiert werden. Dies zeigt sich auch in der GAP, die von Entscheidungsträger:innen der EU vorgegeben wird. Während Agrarlobbys diese Prozesse beeinflussen können, ist dies bei kleinbäuerlichen Betrieben weniger der Fall. Zu solchen Agrarlobbys zählen etwa die genannten EU-Ausschüsse COPA und COGECA. Diese vertreten offiziell die Interessen europäischer Landwirt:innen auf EU-Ebene, stehen jedoch in der Kritik eigentlich die Interessen der Agrarindustrie zu vertreten. Das ist etwa daran ersichtlich, dass sie die Auswirkungen industrieller Landwirtschaft auf die Klimakrise negieren, die Notwendigkeit einer Transformation des Lebensmittelsystems ablehnen, oder die sogenannte Präzisionslandwirtschaft, also den Einsatz von Technologien, wie Drohnen oder Robotern, unterstützen, was wiederum Konzernen wie Bayer, die in diese Technologien investieren, zugutekommt. Außerdem stellten sie sich gegen das Capping, welches ungleiche Verteilung von Subventionen abschwächen würde (Corporate Europe Observatory 2021a: o.S.).

Eine weitere Unterscheidung ist jene nach Klassen mit und ohne Eigentum an Produktionsmitteln. Zu Akteur:innen ohne Produktionsmittel zählen etwa Erntearbeiter:innen, die wenig bis gar keinen Handlungsspielraum in der Entscheidung über die Regulierung der GAP haben. Bei der Gestaltung gesellschaftlichen Wandels wird in der Kritischen Politischen Ökonomie den subalternen Gruppen jedoch auch Handlungsspielraum zugesprochen. Ein solcher Wandel kann sich demnach nicht allein durch die Durchsetzung von Interessen der herrschenden Klassen vollziehen, sondern braucht immer auch die subalternen Gruppen, die diesen Wandel stützen.

Eine Debatte besteht auch darum, wie viel Handlungsmacht Individuen besitzen und ob beispielsweise Konsumententscheidungen zu systemischen Veränderungen beitragen können. Die Frage nach „nachhaltigem“ oder „ethischem“ Konsum ist sehr präsent, was sich dadurch zeigt, dass etwa biologische oder fair gehandelte Waren zunehmen oder auch der Druck auf Konzerne steigt, ökologische und soziale Aspekte bei der Herstellung ihrer Produkte miteinzubeziehen. Allerdings darf die Handlungsmacht der Konsument:innen nicht pauschalisiert oder überschätzt werden. Indem etwa davon ausgegangen wird, dass Individuen in ihren Kaufentscheidungen Veränderung bewirken können, wird von ihnen „ethischer Konsum“ (Behr/Bolyos 2008: 70) gefordert. Allerdings muss hier zwischen verschiedenen Klassen differenziert werden, da finanziell schwächere Klassen sich einen nachhaltigen Konsum oftmals nicht leisten können. Das betrifft vor allem Menschen in globalen, aber auch europäischen Peripherien. Zudem kann nicht davon ausgegangen werden, dass Konsumententscheidungen allein ausreichen würden, um strukturellen Wandel zu ermöglichen. Vielmehr müssen sie mit weiteren politischen Interventionsformen einhergehen, da Klassen mit

der Möglichkeit nachhaltigen Konsumverhaltens durch dieses Verhalten oft ihr Gewissen beruhigen und sich darauf ausruhen. Gleichzeitig wird dadurch auch ein Klassenbewusstsein geschaffen, mit dem sich von anderen, finanziell nicht so gut aufgestellten Klassen, abgegrenzt wird und deren angeblich fehlender „ethischer Konsum“ kritisiert wird. Ein weiterer Kritikpunkt kann darin festgemacht werden, dass ethischer Konsum vorrangig in Supermärkten passiert und die dortigen Produkte enthistorisiert und entkontextualisiert sind und diese Art des Konsums somit nur als Übergangslösung, nicht aber als langfristige Strategie, angesehen werden kann (ebd.: 70-73).

Eine mögliche weitere Erklärung für die Schwierigkeit einer strukturellen Transformation ist die in der Regulationstheorie behandelte Widerstands- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus. Trotz dessen Grenzen, wie in der geographischen Ausdehnung, ist der Kapitalismus in der Lage, sich zu behaupten. So findet die kapitalistische Expansion nicht mehr nur geographisch statt, sondern auch innerhalb von Produktionsformen, etwa durch weitere Intensivierung von Landwirtschaft durch Technologisierung, wie am Beispiel der Gentechnik gesehen werden kann. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Anpassung der kapitalistischen Produktionsweise möglich ist und wann diese an ihre Grenzen stößt.

Zudem hindern politische Interessenskonflikte die Entstehung transformativer Prozesse. Akteur:innen, die vom Status quo profitieren haben kein Interesse an dessen Transformation. Dies erklärt auch, weshalb beispielsweise die 1. Säule der GAP trotz Kürzungen nach wie vor dominant ist. Diese stützt die bisherige Flächenförderung und ist sinnbildlich für einen Beibehalt der derzeitigen Produktionsweise zu sehen. Im Vergleich dazu, ist die 2. Säule, die mehr Potenzial für sozial-ökologische Veränderung aufweist, deutlich geringer, sodass ihre Maßnahmen nicht so stark ins Gewicht fallen. Im Sinne des Hegemoniekonzepts von Gramsci werden die Interessen, die den Status quo aufrechterhalten, durch Zugeständnisse an die Zivilbevölkerung zu Allgemeininteressen und somit durch Konsens abgesichert. Akteur:innen, die sich für den Erhalt des vorherrschenden Systems einsetzen, sind also jene, die in irgendeiner Form davon profitieren. Seien es multi- und transnationale Konzerne, die durch den Verkauf von Saatgut, Pestiziden oder Düngemitteln davon profitieren, Politiker:innen sowohl auf EU- als auch auf nationalstaatlicher Ebene sowie Agrarlobbys, die im Interesse ebendieser Konzerne handeln, oder subalterne Akteur:innen, die die herrschenden Interessen in ihren Alltagsverstand integriert haben und den Status quo somit als unausweichliche Normalität und ein Abkehren davon als unsicher und riskant ansehen. Das herrschende System wird als sicher angesehen und die Unklarheit, welches System an dessen Stelle treten wird, hindert einen Teil der Akteur:innen an der aktiven Beteiligung an Transformationsprozessen. Oft haben diese Akteur:innen auch wenig Handlungsspielraum und damit verbunden Angst vor einem Wandel (Brand 2014: 13). Candeias (2011: 59) geht davon aus, dass es zwar nach wie vor einen

herrschenden Block gibt, aber kein „hegemoniales Projekt“. Es gebe trotz Kritik an der neoliberalen Ideologie zu wenige Alternativen, die die Internalisierung neoliberaler, kapitalistischer Handlungen aufbrechen könnten. Alternative, kapitalismuskritische Ideologien werden zum Teil als wünschenswert, aber auch als unrealistisch angesehen, da darin keine Möglichkeit auf erweiterte Handlungsfähigkeit gesehen wird (ebd.).

Einen Beibehalt des Status quo streben auch die Mitgliedsstaaten der EU an, die durch die genannte Renationalisierung der GAP mehr Mitsprache und Macht erhalten. Das führt dazu, dass die nationalen Agrarministerien ihre jeweiligen Agrarpolitiken wie bisher durchführen wollen und möglichst wenig Veränderungen anstreben. Auf EU-Ebene würden damit weiterhin Förderungen ungleich verteilt, Überproduktion fortgeführt und die Preise für die Produzent:innen weiter verschlechtert. Höfesterben und Umweltmaßnahmen würden durch eine Agrarpolitik wie bisher zu wenig berücksichtigt (ÖBV 2020b: o.S.). Aus einer österreichischen Perspektive ist damit ebenso eine Machtverschiebung zum Agrarministerium gegeben, was etwa in Fragen der Vernetzung von Klima und Landwirtschaft zu einer geringeren Macht des Umweltministeriums führt. Ebenso hat das Parlament in der Ausgestaltung des österreichischen Strategieplans für die GAP weniger Mitspracherecht. Damit wird auch in Österreich versucht, die bisherige Agrarpolitik weiterzuführen, was von der vorherigen Landwirtschaftsministerin Köstinger als „österreichischer Weg“ gelobt wurde (ebd.). Der österreichische Strategieplan und die Kritik daran wurden bereits in Kapitel 5.1 erwähnt. Die Darstellung eines Beibehalts des Status quo als „österreichischen Weg“ bietet jedoch eine gute Überleitung zum folgenden Kapitel, in welchem agrarpolitisches Framing als ein zusätzlicher Grund dafür, dass es nicht zu einer Transformation kommt, dargestellt werden soll. Gleichzeitig bietet Framing jedoch auch eine Möglichkeit für gegenhegemoniale Positionen, um einen sozial-ökologischen Wandel zu erreichen, weshalb dieses Kapitel sowohl zu Gründen für als auch gegen eine Transformation gerechnet werden kann und demnach als eigenes Kapitel angeführt wird.

6.3. Diskursanalyse agrarpolitischen Framings

Mithilfe dieses diskursanalytischen Exkurses soll verdeutlicht werden, wie bestimmte Akteur:innen, wie die Agrarindustrie, multi- und transnationale Konzerne, politische Akteur:innen, internationale Institutionen, etc. ihre Interessen sprachlich framen und diese dadurch im „Alltagsverstand“ der Zivilgesellschaft festgeschrieben und als notwendig angesehen werden. Die Verwendung bestimmter Begriffe bzw. Frames ist eine bedeutende Strategie, mithilfe derer sich Konsens und damit einhergehend hegemoniale Strukturen herausbilden können. Duncan et al. (2020: 2) sehen Framing als einen zentralen Aspekt

wissenschaftspolitischer Prozesse an. Eine Veränderung von Frames bzw. das Hinterfragen dahinterliegender Assoziationen kann aus ihrer Sicht politischen Wandel unterstützen. In Bezug auf die europäische Agrarpolitik trägt Framing also nicht nur dazu bei, den Status quo zu erhalten, sondern es könnte auch dazu dienen, eine Transformation einzuleiten. Dafür braucht es Framing, welches einerseits von wissenschaftlicher Seite, andererseits aus der Perspektive der am meisten betroffenen Personen unterstützt wird, um Veränderungen hin zu einem nachhaltigen Ernährungssystem in der EU voranzutreiben (ebd.). Aus diesem Grund ist dieses Kapitel für meine Arbeit relevant, auch wenn es aufgrund der Rahmenbedingungen der Arbeit nur angerissen werden kann.

Frames, die im Agrarsektor gängig sind, sind unter anderem jene der Ernährungssicherheit, der Produktivität oder der technologischen Innovationen. Diese sind Teil eines Status quo-absichernden Diskurses. Die Notwendigkeit steigender Produktivität wird etwa damit argumentiert, dass die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden müsse. Als Gegenargument dazu kann jedoch genannt werden, dass auf globaler Ebene bereits eine Menge an Nahrungsmitteln existiert, die 12 bis 14 Milliarden Menschen ernähren könnte (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 46). Es kann also nicht an der Produktivität oder an der Menge erzeugter Nahrungsmittel liegen, dass Menschen hungern, sondern vielmehr ist dies ein Problem ungleicher Verteilung. Dies sieht auch Herre (2019: 12) so, der fordert, einen größeren Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit und auf Lösungsansätze betroffener Personen zu legen. Damit sollen die Rechte der subalternen Gruppen wahrgenommen und diese von passiven zu aktiv handelnden Akteur:innen gemacht werden.

Ein weiterer begrifflicher Gegenpol ist etwa Klimakrise und Klimawandel, da letzterer Begriff die menschengemachte Klimaerwärmung nicht als Krise begreift. Brunnengräber und Dietz (2011: 95) sehen den Begriff Klimawandel als Euphemismus an. Wenn von Klimawandel als einem äußeren Phänomen gesprochen wird, werden die gesellschaftlichen Ursachen dieser Krise verschleiert. Der Diskurs um die Klimakrise ist häufig von einer Trennung zwischen Natur und Gesellschaft geprägt und es wird davon ausgegangen, die Krise sei innerhalb des Systems zu lösen. Diese Perspektiven müssen jedoch als Teil der Krise angesehen werden, um diese tatsächlich zu bewältigen (ebd.). Da die Landwirtschaft einen wesentlichen Anteil zur Klimaerwärmung beiträgt, ist es auch hier notwendig, von einer Klimakrise zu sprechen, um die Verantwortung der Agrarpolitik in dieser Hinsicht hervorzuheben.

Duncan et al. (2020: 2) erwähnen den Gegensatz zwischen Nahrung als Ware und Nahrung als Menschenrecht, Gemeingut bzw. als Teil einer Identität oder Kultur. Sie sprechen sich für eine Einschreibung des Menschenrechts auf Nahrung in die Farm-to-Fork-Strategie des Green Deal aus. Dafür brauche es Regulierungen, die dieses Recht für Alle schützen und umsetzen (ebd.:

3). Diese Forderung sollte schließlich nicht nur im Green Deal, sondern damit verbunden auch in der GAP umgesetzt werden.

Ein Beispiel für einen weiteren Frame ist der sogenannte „Strukturwandel“. Marktwirtschaftlich ist von Strukturwandel die Rede, wenn sich der Beitrag von einzelnen ökonomischen Sektoren, wie etwa der Landwirtschaft, zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung verändert. Da der Anteil der Landwirtschaft sinkt, wird auch hier von Strukturwandel gesprochen (bpb 2016c: o.S.). Vom Deutschen Bauernverband e.V. wird Strukturwandel und die damit einhergehende Reduktion von Betrieben und Landwirt:innen als Ergebnis von Produktivität und Leistungsfähigkeit angesehen. Technologischer Fortschritt und Digitalisierung werden als Mittel für mehr Nachhaltigkeit dargestellt (Deutscher Bauernverband e.V. 2019: o.J.). Aus gegenhegemonialer Perspektive wird stattdessen der Begriff „Höfesterben“ (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 18) verwendet, der deutlicher auf die Problematik aufmerksam machen soll. Zwischen 2000 und 2012 sanken die Vollzeitarbeitsplätze in der europäischen Landwirtschaft um 4,8 Millionen, indem 4 Millionen Höfe geschlossen haben, was einem Drittel der europäischen Höfe entspricht (Europäische Koordination Via Campesina 2020: 25). In diesem Zusammenhang wird auch vom „Wachsen oder Weichen“ gesprochen (Forster/Baar 2015: 274), was darauf hinweisen soll, dass es für kleinere Betriebe oft schwierig ist, mit der Konkurrenz größerer Betriebe mithalten. Die Verwendung des Begriffes „Strukturwandel“ beschönigt also, dass Kleinbäuer:innen ihre Höfe aufgeben und diese von größeren Betrieben aufgekauft werden.

Die Größe der Betriebe und Flächen ist in der EU zudem ungleich verteilt. Während kleinere Betriebe der Anzahl nach mit etwa 80 % noch die Mehrheit ausmachen, steigt die Zahl der Großbetriebe deutlich an und mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in der EU wird bereits von großen Agrarbetrieben bewirtschaftet (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 18). 3 % der Betriebe besitzen etwa 52 % der landwirtschaftlichen Flächen in Europa (Kratzwald 2022: 12). Während etwa in den Benelux-Staaten und Dänemark mehr als 90 % der Großvieheinheiten¹⁴ in größeren Betrieben zu finden sind, werden in Rumänien über ein Drittel in kleineren Betrieben gehalten. Dies führt zu insgesamt weniger Arbeitsplätzen, dem Verlust verschiedener Anbausysteme und Vielfalt bei den Produkten, der Intensivierung der Landwirtschaft und damit einhergehend zu einer Belastung von Umwelt und Klima (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 18). Diese Veränderungen als Strukturwandel zu bezeichnen, verschleiert also dahinterliegende Problematiken und beschönigt den enormen Rückgang bäuerlicher Betriebe. Gründe für diesen Wandel sind u.a. die Liberalisierung der Agrarmärkte sowie die Subventionen und die Marktfokussierung der europäischen Agrarpolitik (ebd.).

¹⁴ Eine Großvieheinheit ist eine Umrechnungseinheit von Nutztieren nach Gewicht und entspricht etwa einem Rind, zwei Schweinen oder 10 Schafen (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 18).

Ein weiteres Begriffspaar, Ernährungssicherheit vs. Ernährungssouveränität, ist meines Erachtens besonders spannend, weshalb im Rahmen dieser Analyse ein besonderer Fokus darauf gelegt werden soll. Im folgenden Kapitel werden die beiden Begriffe definiert und ihre Unterschiede sowie die jeweiligen Akteur:innen, von denen sie verwendet werden, dargelegt.

6.3.1. Gegenüberstellung Ernährungssicherheit vs. Ernährungssouveränität

Ein Konzept, das sich im Hinblick auf eine kritische Analyse des Agrar- und Ernährungssystems in die kritische Transformationsperspektive einfügt, ist jenes der Ernährungssouveränität. Zwar handelt es sich dabei nicht um ein eindeutig definiertes Konzept, sondern eher um einen Leitbegriff für politische und soziale Bewegungen (Luig 2019: 58). Allerdings geht es hier genau um jene Transformation von Produktion, Verteilung und Konsum von Lebensmitteln, die es für eine sozial-ökologische Transformation braucht. Zugleich werden auch Ursachen für aktuell bestehende Probleme im Agrar- und Ernährungssystem und damit verbunden auch in der Klimakrise aufgezeigt, die aus Sicht der Ernährungssouveränitäts-Bewegung im Agrarkapitalismus liegen. Dieser zerstört seine eigenen Grundlagen durch Biodiversitätsverlust, Artensterben, Bodendegradation, Rohstoffmangel, etwa von Phosphat für die industrielle Düngerproduktion, etc. (ebd.: 62). Demgegenüber wird von der Bewegung für Ernährungssouveränität eine ökologische und nachhaltige Nutzung von Land gefordert. Das Konzept beinhaltet jedoch noch viele weitere Aspekte einer sozial gerechten und ökologischen Ernährungsweise. In einer Versammlung der weltweiten Bewegung für Ernährungssouveränität, die 1996 von der internationalen Kleinbäuer:innenvereinigung La Via Campesina gegründet wurde, wurde in einer Erklärung folgende Definition festgehalten:

Food sovereignty is the right of peoples to healthy and culturally appropriate food produced through ecologically sound and sustainable methods, and their right to define their own food and agriculture systems. It puts those who produce, distribute and consume food at the heart of food systems and policies rather than the demands of markets and corporations. It defends the interests and inclusion of the next generation. It offers a strategy to resist and dismantle the current corporate trade and food regime, and directions for food, farming, pastoral and fisheries systems determined by local producers. Food sovereignty prioritises local and national economies and markets and empowers peasant and family farmer-driven agriculture, artisanal - fishing, pastoralist-led grazing, and food production, distribution and consumption based on environmental, social and economic sustainability. Food sovereignty promotes transparent trade that guarantees just income to all peoples and the rights of consumers to control their food and nutrition. It ensures that the rights to use and manage our lands, territories, waters, seeds, livestock and biodiversity are in the hands of those of us who

produce food. Food sovereignty implies new social relations free of oppression and inequality between men and women, peoples, racial groups, social classes and generations. (Nyéléni 2007: 1)

Dieses Konzept stellt in den Fokus, „wie die Nahrungsmittel produziert werden, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen und unter wessen Kontrolle“ (Forster 2008: 62). Vor allem der Bezug auf das Recht eigenständig über die Produktion von Lebensmitteln zu entscheiden, wird hier als vorrangig angesehen und steht in Verbindung zum Menschenrecht auf Nahrung (Luig 2019: 59). Damit einher geht das der Ernährungssouveränität zugrunde liegende Recht, Rechte zu haben (Forster 2008: 63). Der Inhalt dieser Rechte kann allerdings nur von jenen bestimmt werden, die diese auch einfordern (Patel 2007, zit. nach Forster 2008: 63). Dieser Rechtsanspruch steht im Gegensatz zu derzeitig vorherrschenden Ungleichheiten bezüglich der Verteilung von Macht, Ressourcen, Reichtum und Rechten (Forster 2008: 63). Die Kritik der Ernährungssouveränität an diesen ökonomischen, patriarchalen, rassistischen und weiteren Herrschaftsverhältnissen (ebd.) macht sie zu einem geeigneten Beispiel für die Kritische Politische Ökonomie. Zugleich wird eine Demokratisierung des Agrar- und Ernährungssystems angestrebt, womit die Ernährungssouveränität in einem Gegensatz zum Begriff der Ernährungssicherheit steht (Luig 2019: 59).

Ernährungssicherheit ist derjenige der beiden Ansätze, der im vorherrschenden Diskurs über Landwirtschaft und Ernährung dominiert. Entstanden ist der Begriff in den 1970er Jahren und wurde vor allem von der Welternährungsorganisation FAO im Kontext der Bekämpfung von Hunger gebraucht (Herre 2019: 13). Am Welternährungsgipfel von 1996 wurde Ernährungssicherheit definiert als existent

at the individual, household, national, regional and global levels (...) when all people, at all times, have physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food to meet their dietary needs and food preferences for an active and healthy life (FAO 1996, zit. nach Forster 2008: 62).

Regierungen, technokratische Institutionen und andere dominante Akteur:innen verwenden diesen Begriff, um auf die ausreichende Versorgung von Menschen mit Lebensmitteln hinzuweisen. Dabei wird jedoch meist nur auf technische Fragen, wie die ausreichende Versorgung mit Kalorien und Nährstoffen eingegangen (Luig 2019: 59). Zahlreiche weitere Punkte, wie etwa Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Interessen von transnationalen Konzernen, Abhängigkeitsverhältnisse, etwa von Kleinbäuer:innen im Globalen Süden, Rechte von Erntearbeiter:innen, etc. werden in diesem Konzept weitgehend ausgeblendet. Institutionen, wie etwa die Weltbank, setzen sich vor allem für eine handelsorientierte Ernährungssicherung ein. Die Produktion im eigenen Land soll also nicht der Ernährung der Bevölkerung dienen, sondern am Weltmarkt verkauft werden. Die Ernährungssicherheit im Land soll dann wiederum durch Nahrungsmittelimporte gewährleistet werden. Damit sind die Menschen abhängig von schwankenden Weltmarktpreisen, was u.a. durch den Anstieg von

Preisen für Lebensmittel 2007/08 zu Hungerrevolten in etwa 40 Ländern führte (Herre 2019: 11f.). Ernährungssicherheit ist nach Forster (2008: 62) also blind für die Produktionsweise sowie die sozialen und ökologischen Grundlagen, die der Produktion von Lebensmitteln vorausgehen. Tatsächliche Ernährungssicherheit für alle Menschen kann nur durch Ernährungssouveränität gegeben sein (Forster 2022: 20). Auch die UNO (United Nations Organization) verwendet den Begriff der Ernährungssicherheit, beispielsweise beim zweiten SDG-Ziel „Zero Hunger“ (United Nations o.J.: o.S.). Durch die Größe der UNO und ihrer damit einhergehenden Macht in vielen Diskursen, stärkt sie durch eine Verwendung bestimmter Begriffe deren Position im Diskurs, so auch jenen der Ernährungssicherheit.

Eine weitere Unterscheidung, die in diese Dichotomie passt, ist jene von McMichael (2009: 147) zwischen „food from nowhere“ und „food from somewhere“. Unter „food from nowhere“, bzw. auch als „corporate food regime“ bezeichnet, wird ein Ernährungssystem verstanden, dass sich auf die billigere Seite des Nahrungsmittelmarktes fokussiert und auf bestimmte Framings wie günstige Lebensmittel, Bequemlichkeit, Attraktivität, etc. setzt, während die Herkunft der Nahrungsmittel unsichtbar gemacht wird (ebd.). Ernährungssicherheit soll im Sinne der WTO durch die Errichtung einer „World Agriculture“ hergestellt werden, bei der Bäuer:innen auf globaler Ebene in Wettbewerb miteinander stehen (Forster 2008: 62f.). Dieses Konzept lässt sich somit in das WTO-zentrierte Nahrungsregime einbetten. Im Gegensatz dazu steht der Begriff „food from somewhere“, der auch die Ernährungssouveränität als Konzept miteinschließt. Darunter wird eine Form der Agrarökologie verstanden, die auch die Hintergründe von ungerechten Machtstrukturen berücksichtigt. So werden unter anderem Enteignungen von Kleinbäuer:innen thematisiert (McMichael 2009: 160). Die Einteilung des globalen Ernährungssystems in Food Regimes wird aus einer politökonomischen Sichtweise von der Bewegung für Ernährungssouveränität geteilt (Ehlert/Voßemer 2015: 8). Ernährungssouveränität wird hier als eine Gegenbewegung gegen modernistische Bestrebungen angesehen. Dabei wird vor allem auch auf soziale Bewegungen des Globalen Südens eingegangen, die eine zentrale Komponente des derzeitigen Ernährungssystems darstellen (McMichael 2009: 147). Raj Patel bezieht sich für seine Definition von Ernährungssouveränität auf La Via Campesina: „food sovereignty is the right of each nation to maintain and develop its own capacity to produce its basic foods respecting cultural and productive diversity“ (Via Campesina 1996, zit. nach Patel 2009: 664). Demgegenüber definiert er Ernährungssicherheit nach einer Definition der Vereinten Nationen als “the availability at all times of adequate world food supplies of basic foodstuffs to sustain a steady expansion of food consumption and to offset fluctuations in production and prices” (United Nations 1975, zit. nach Patel 2009: 664). Ebenso wie McMichael betont auch Patel, dass die Definitionen von Ernährungssicherheit die soziale Ebene des Ernährungssystems außer Acht lassen, bzw. eine Diskussion darüber vermeiden (Patel 2009: 665). Diese Aussage wird auch von Rosset (2011:

22) bestätigt, der Ernährungssouveränität als über das Konzept von Ernährungssicherheit hinausgehend begreift. Allerdings schließen sich die beiden Begriffe nicht unbedingt gegenseitig aus, sondern Ernährungssouveränität kann auch als Bedingung für tatsächliche Ernährungssicherheit, besonders im Hinblick auf den Globalen Süden, verstanden werden (Forster 2008: 62). Historisch gesehen lassen sie sich jedoch folgendermaßen unterscheiden:

Whereas food security is a concept associated with the state/system, food sovereignty is at bottom a non-state concept, concerned with political and economic rights for farmers as a precondition of food security. Food security and food sovereignty represent distinct organizing principles shaping development trajectories at the turn of the twenty-first century. Each concept represents a model of agriculture: whereas food security has come to depend on the agro-industrial model, food sovereignty is rooted in agro-ecological relations. (McMichael 2004, zit. nach Forster 2008: 63)

Nicht mit Ernährungssouveränität zu verwechseln sind Konzepte wie Autarkie oder Subsistenz und es wird keine generelle Kritik an Handel geübt. Vielmehr handelt es sich um eine dezentrale, anti-universalistische, basiszentrierte und „bottom-up“ organisierte Bewegung (Forster 2008: 63). Ernährungssouveränität fordert auch einen radikalen Wandel und stellt somit einen Gegenpol zum zuvor genannten „corporate food regime“ dar (ebd.). Aus diesem Grund werde ich mich im Folgenden auf das Konzept der Ernährungssouveränität als möglichen Beitrag für eine sozial-ökologische Transformation beziehen.

Die Verwendung dieser Begriffe kann als politische Richtungsentscheidung angesehen werden. Daher ist es erwähnenswert, dass im Zuge des Green Deal, wie in den oben dargestellten Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategien, ausdrücklich von Ernährungssicherheit gesprochen wird und nicht von Ernährungssouveränität. Dies weist darauf hin, dass Ernährungssouveränität ein Begriff gegenhegemonialer Bewegungen und Organisationen ist, während Ernährungssicherheit von internationalen Institutionen verwendet wird und somit nach wie vor der gebräuchlichere der beiden Begriffe ist, was ihn im Alltagsverstand präsenter macht.

6.4. Sozial-ökologische Transformation der GAP

Zuletzt soll analysiert werden, ob und wie eine sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Dafür sollen bestehende alternative Bewegungen zum bisherigen agrarkapitalistischen System aufgezeigt und daraufhin untersucht werden, ob diese Bewegungen als gegenhegemonial bezeichnet werden können und ob sie Potenzial für eine sozial-ökologische Transformation aufweisen.

Aus der verwendeten Literatur und der Übertragung der Theorien auf den Themenkomplex der europäischen Agrarpolitik geht recht deutlich hervor, dass es eine Transformation der agrarkapitalistischen Produktionsweise hin zu alternativen Produktionsformen braucht. Dies wurde hauptsächlich mit der multiplen Krise und den Widersprüchen des Kapitalismus, welche zu einer Verschärfung dieser Krisen führen, argumentiert. Somit wird davon ausgegangen, dass eine grundlegende sozial-ökologische Transformation der GAP innerhalb des kapitalistischen Systems kaum möglich ist, sondern es eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise an sich braucht. Dies sehen auch Jäger und Springler (2015: 365) ähnlich, die davon ausgehen, dass eine Reduktion bzw. ein Abbau von räumlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten nur gelingen kann, wenn eine andere Form von Produktionsweise verfolgt wird. Ein Grund dafür ist, dass „der Kapitalismus nicht fähig ist, großen Bevölkerungsgruppen ein gutes und attraktives Leben zu garantieren“ (Acosta/Brand 2018: 15). Ähnlich der regulationstheoretischen Perspektive gehen auch Acosta und Brand (ebd.: 16) davon aus, dass sich der Kapitalismus nicht in einer kurzen, konjunkturellen, sondern in einer langen Krise befindet, die mit vorherrschenden Institutionen nicht gelöst werden kann. Sie stellen die Frage, ob diese Krise eine Phase der Transformation ist oder eine Übergangszeit, die nach Gramsci auch als Interregnum bezeichnet wird. In der Auffassung, dass die Krise die Form einer Zivilisationskrise annimmt, plädieren Acosta und Brand für eine sozial-ökologische Transformation. Es brauche zum einen eine Verbindung transformativer Prozesse aus dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und zum anderen eine Klarstellung darüber, wo diese Transformation ihren Ausgang nehmen soll und wer darüber bestimmen kann und soll (ebd.: 16f.).

Es finden sich bereits zahlreiche alternative Formen der landwirtschaftlichen Produktion, die der derzeitigen kapitalistischen Agrarproduktion etwas entgegensetzen wollen. Sie zeigen dabei auf, wie eine Landwirtschaft nach einer sozial-ökologischen Transformation aussehen könnte oder sollte. Eine generelle Übertragung solcher Formen der Landwirtschaft auf die gesamte Agrarproduktion lässt sich aufgrund kapitalistischer Strukturen (derzeit) nicht umsetzen, da solche Strukturen Vorteile für spezifische soziale Klassen bieten, die daher kein Interesse an einer Veränderung des Status quo haben (Jäger/Springler 2015: 366). Nach Soja (1980, zit. nach Weissenbacher 2015: 100) kann der Kapitalismus nur einer Transformation unterzogen werden, wenn es sowohl zu einer Transformation von Klassenverhältnissen und Klassenkonflikten als auch zu einer Veränderung in der Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie kommt. Zudem braucht es für eine Transformation auch Klarheit darüber, „in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln die Transformation durchgeführt werden soll“ (Decker 2020: 71). Ein Systemwandel muss über den Kapitalismus hinausgehen und es muss klar sein, wie die Herausbildung nicht-kapitalistischer Produktionsformen funktionieren kann (ebd.).

Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen für die GAP beinhalten etwa eine Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft in Europa auf 100 % bis 2050, eine Verringerung von mineralischen Düngemitteln um 50 % bis 2035 mit jährlichen Anpassungen bis hin zu rein organischer Düngung, die Reduktion chemisch-synthetischer Pestizide um 80 % bis 2030 und 100 % bis 2035, sowie die Reduktion des Energieverbrauchs mit fossilen Energieträgern, Reduktion importierter Futtermittel, von Wasser und Antibiotika in der Tierhaltung, und die Verringerung von Treibhausgasen und Ammoniak (ÖBV Via Campesina Austria 2020c: 3). Weiters wurden noch einige Mindestforderungen für die aktuelle GAP-Reform aufgestellt: die Erhöhung der Ausgleichszulage für Bergbetriebe; Förderungen an Umweltmaßnahmen anpassen; Investitionen, die Arbeitssicherheit, Biodiversität, Tierwohl, sowie Böden und Klima zugutekommen, fördern; standortgerechte und klimaschonende Fütterung in der Tierhaltung; keine Förderung industrieller Agrotreibstoffe und keinen ressourcenintensiven Betrieb von Biogasanlagen mit Mais; Förderung von Digitalisierung nur bei Vorteilen für eine agrarökologische Wende und ohne zunehmenden Wachstumsdruck; und die Verwendung von Zahlungen für Existenzsicherung und agrarökologische Maßnahmen (ebd.: 4ff.).

Der Green Deal, der von vielen Seiten als großes Potenzial für einen Wandel in der GAP angesehen wird, kommt diesen notwendigen Zielen nicht nach. Laut Storm (2020: 7f.) reichen die Maßnahmen nicht weit genug. Beispielsweise ist das Ziel der Reduzierung von Treibhausgasemissionen um 55 % bis 2030 nicht ausreichend, da eine tatsächliche Reduktion von 65 % nötig wäre, was eine jährliche Reduktion von 6 % bedeuten würde. Bei 55 % Reduktion müsste diese dreimal schneller ablaufen als in den letzten 30 Jahren, nämlich um 5,2 % pro Jahr. Die Energieeffizienz müsste gleichzeitig um jährlich 3 % steigen und die Dekarbonisierung mehr als doppelt so schnell vor sich gehen. Eine Reduktion um 65 % wäre nach Storm (ebd.) technisch gesehen möglich, würde aber eine strukturelle Transformation des Energiesektors hin zu 100 % erneuerbarer Energie voraussetzen.

Die Mitgliedsstaaten der EU tragen einen Hauptteil der Verursachung von Treibhausgasemissionen und damit einen Großteil der Schuld an der globalen Klimakrise. Nach Energie- und Verkehrssektor ist die intensive Landwirtschaft der drittgrößte Faktor in der Verursachung von Treibhausgasen, etwa durch den Ausstoß von Lachgas bei der Düngung oder von Methan bei der Rinderhaltung (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 44). Die EU hat somit nicht nur die Möglichkeit, mehr für eine Abfederung der Klimakrise zu tun, sondern sie trägt auch eine Verantwortung und somit eine Verpflichtung, der Klimakrise und ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen entgegenzutreten (Storm 2020: 8). Trotz der Verankerung von Klimaschutzzielen in der 2. Säule der GAP, werden diese von den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich umgesetzt (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2019: 44). Die EU gilt als unvorbereitet, um eine strukturelle Transformation durchsetzen zu können (Storm 2020: 11). Greta Thunberg

spricht etwa von den Vorschlägen im Green Deal als „empty words“ (ebd.: 2). Dieser würde außerdem nicht funktionieren, solange Lösungen durch und mit (Finanz-)Märkten gesucht werden (ebd.: 27). Diese Rolle von Finanzmärkten bei der Regulierung von Treibhausgasen kritisieren auch Altvater und Brunnengräber (2008: 10). Gabor (2020, zit. nach Storm 2020: 27) sieht die Maßnahmen des Green Deal als „politics as usual“ und als einen „third-way approach that seeks to nudge¹⁵ the markets towards decarbonization“. Dabei sollten öffentliche Gelder nach Storm (2020: 28) für Gemeinwohl verwendet werden und nicht etwa für die Finanzierung von fossilen Energien.

Vorschläge für eine nachhaltigere landwirtschaftliche Produktionsweise beinhalten etwa die Einführung von Klauseln im Green Deal, die sicherstellen, dass in den Produktionsländern festgelegte Löhne bzw. bestimmte Standards bezüglich Arbeits- und Umweltrechten eingehalten werden (Storm 2020: 21). Ein weiterer Vorschlag ist der Fokus auf europäische Wertschöpfungsketten und damit einhergehend einer Reduzierung von regionalen Ungleichheiten bezüglich Beschäftigung und der industriellen Kapazitäten der europäischen Mitgliedsstaaten (ebd.: 22). Auf einer Mikroebene sollten der Schutz von Umwelt, Natur und Biodiversität sowie die Schonung des Klimas und von Ressourcen in den landwirtschaftlichen Betrieben umgesetzt werden (Garske/Hoffmann 2016: 44f.), was durch eine Umverteilung der Subventionsgelder zugunsten der 2. Säule gefördert werden könnte. Garske und Hoffmann (ebd.) sprechen auch von der Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung durch anderes Konsumverhalten, was in kleinem Rahmen Veränderungen bewirken kann, auf einer Makroebene jedoch als eine verkürzte Zuschreibung von Verantwortung an Individuen angesehen werden kann. Zugleich sprechen sie auch von politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, die als zentral für eine alternative Agrarökonomie in der EU angesehen werden. Dabei sollen unterschiedliche umweltrechtliche Maßnahmen kombiniert und auf die GAP übertragen werden, um eine Nachhaltigkeit in der Agrarproduktion zu fördern. Diese Maßnahmen müssen zudem verbindlich, umsetzbar und kontrollierbar sein (ebd.). Einen solchen rechtsbasierten Ansatz für die Transformation von Ernährungssystemen sehen auch Duncan et al. (2020: 2) als notwendig an.

Garske und Hoffmann (2016: 44f.) sehen die Handlungsspielräume in der EU als ausbaufähig an und sind der Auffassung, dass solche Maßnahmen „die Landwirtschaft in Europa zukunftsfähiger, global und intergenerationell gerechter und umweltverträglicher werden lassen“ (ebd.). Ein Beispiel für eine solche sozial gerechte und ökologische Form der agrarischen

¹⁵ Als Nudging bezeichnet man die Methode des Versuchs, unbemerkt öffentliche Meinungsbildung in eine spezifische Richtung zu lenken. Diese Meinung soll scheinbar neutral und „im Interesse der Gesellschaft“ transportiert werden, ohne die dahinterliegenden Akteur:innen, in deren Interesse gehandelt wird, erkennen zu können (bpb 2015: o.S.).

Bewirtschaftung stellt die Agrarökologie dar, die als Gegenpol der industriellen Landwirtschaft dargestellt wird. Es handelt sich dabei um ein Konzept, das auf bäuerliche Landwirtschaft ausgerichtet ist, die wiederum an lokale Ökosysteme angepasst ist. Gleichzeitig werden dabei auch systemische Machtverhältnisse hinterfragt (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 34), was sich inhaltlich mit der Theorie der Kritischen Politischen Ökonomie deckt. Eine Verbindung zur Dependenztheorie ist insofern gegeben, als dass sich durch Agrarökologie die Abhängigkeit von Agrarkonzernen reduziert, indem beispielsweise eigenes Saatgut erzeugt und dieses getauscht wird. Auch in Klimaaspekten bietet die Agrarökologie eine Alternative, da lokale Rohstoffe genutzt werden und soweit möglich geschlossene Nährstoff- und Energiekreisläufe erzeugt werden. Mit dieser Art der landwirtschaftlichen Produktion kann auch die Bodenfruchtbarkeit beibehalten werden (ebd.: 34f.). Agrarische Systeme, die sich das zu Nutze machen und kaum Input von außerhalb brauchen, sind etwa Agroforst- oder Permakultur-Systeme (Idel/Beste 2018: 9).

Ein weiteres alternatives Modell bietet die Solidarische Landwirtschaft oder CSA. Dabei können Konsument:innen ihre Nahrungsmittel von lokalen Betrieben erwerben, indem sie gemeinsam die Kosten für den Betrieb für ein Jahr decken. Damit sind sowohl die Konsument:innen ebenfalls unabhängiger von Konzernen (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 35) und die Produzent:innen haben mehr Planungssicherheit. Auch Wochen- oder Bäuer:innenmärkte fallen unter solche alternativen Vermarktungsmöglichkeiten, sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden. Als weiteres Beispiel können Ernährungsräte genannt werden, die es der Zivilgesellschaft ermöglichen, lokale Ernährungssysteme mitzugestalten. Diese werden auch im Globalen Süden umgesetzt, etwa in Brasilien mit dem „Nationalen Rat für Ernährungssicherheit“, der dazu geführt hat, dass in Schulen hauptsächlich Nahrungsmittel aus kleinbäuerlicher Produktion verwendet werden (ebd.). Als Beispiel für alternative Strukturen können auch sogenannte Genossenschafts-Supermärkte aufgeführt werden. Diese bilden eine Alternative zu gängigen Supermärkten und können der zuvor genannten Enthistorisierung und Entkontextualisierung von Produkten entgegenwirken. Sie bieten Produkte mit hoher Qualität und günstigen Preisen für alle Mitglieder an. Ziel ist es, die Demokratisierung der Gesellschaft, Ernährungssouveränität und ein gutes Leben für alle zu unterstützen. Beispiele für solche Supermärkte finden sich etwa in New York, Paris, Berlin oder Brüssel. Auch in Wien ist ein solcher Genossenschafts-Supermarkt in Planung (MILA 2022: o.S.).

Eine Organisation, die sich für rechtliche Standards in der Agrarpolitik einsetzt, ist FIAN. Sie setzt sich vor allem für das Menschenrecht auf Nahrung ein und fordert Regierungen, ihren nationalen und internationalen Pflichten nachzukommen (FIAN 2005: 44). So müssten einzelne Staaten „sicherstellen, dass eigene Politikmaßnahmen das Recht auf Nahrung in anderen Ländern nicht verletzen [...] [und], dass das Recht auf Nahrung in internationalen Abkommen

angemessen berücksichtigt wird“ (ebd.). Diese Forderung beinhaltet etwa die Reduktion von Subventionen in den Industriestaaten, was Ländern im Globalen Süden mehr Gestaltungsspielraum gibt, um das „Recht auf Nahrung“ in den Fokus zu stellen. Dies kann etwa durch den Schutz einheimischer Märkte oder die Unterstützung kleinbäuerlicher Strukturen erfolgen (ebd.: 45). Verhandlungen über agrarpolitische Regelungen sollten zudem nach FIAN (ebd.) in einem Rahmen gestaltet werden, in dem menschenrechtliche und ökologische Aspekte ausreichend berücksichtigt werden.

Im Globalen Süden gibt es ebenfalls Bewegungen von Bäuer:innen auf regionaler und lokaler Ebene, die sich für eine gemeinsame Problemlösung organischer Krisen einsetzen. In Lateinamerika spielen Bewegungen von Bäuer:innen eine enorme Rolle in der Frage nach Landbesitz. In Brasilien etwa gibt es eine bäuerliche Landlosenbewegung. Solche Bewegungen stehen auch häufig in Verbindung mit Gewerkschaften. Weiters werden beispielsweise Methoden für ökologische Produktionsformen in der Landwirtschaft, gesellschaftliche Produktionsverhältnisse oder alternative Formen, entgegen der Herrschaft des Kapitals, entwickelt (Gill 2016: 286). All diese Bewegungen haben gemeinsam, dass sie disziplinierenden Kapitalismus und ausbeuterische Staatsformen, sowie ursprüngliche Akkumulation erfahren haben. Ihre Form des Widerstandes ist die „stille Revolution“, mit dem Ziel, Selbstversorgung und ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen. Damit sollen die eigene Existenz und „traditionelle“ gesellschaftliche Beziehungen gesichert werden. Der Widerstand der Bäuer:innen richtet sich dabei gegen Prozesse der Enteignung und gegen das Kapital (ebd.: 286f.), also gegen neoimperiale Konzepte wie der „Akkumulation durch Enteignung“.

Nach Bieling (2013: 168f.) befinden sich NGOs, soziale Bewegungen und Gewerkschaften oft in subalternen Positionen, in denen sie ihre Handlungsspielräume nutzen. So fordern sie etwa umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Mindeststandards oder eine Demokratisierung bei Entscheidungsprozessen (ebd.). Organisationen und Bewegungen im agrarpolitischen Kontext fordern ebenso eine Demokratisierung des Ernährungssystems und die Einhaltung gewisser Standards in der Landwirtschaft. So soll eine Agrarpolitik umgesetzt werden, die Klima- und Umweltschutz fördert und Subventionierungen von Betrieben an solche Maßnahmen koppelt. Sozialpolitisch gesehen sollen gerechte Preise für Produzent:innen gegeben sein, bei gleichzeitiger Versorgung der Bevölkerung mit leistbaren und guten, gesunden Lebensmitteln auf allen Ebenen, etwa in Firmen, Schulen, etc. In Bezug auf arbeitsrechtliche Standards können Rechte für Arbeitende in der Landwirtschaft genannt werden, wie angemessene Löhne und Unterkünfte für Saisonarbeiter:innen. In diesem Zusammenhang spielen Gewerkschaften eine bedeutende Rolle, die hier auf lokaler Ebene ihren Pflichten der Interessensvertretung von Arbeiter:innen nachkommen müssen. Dafür müssen jedoch die notwendigen Gegebenheiten vorhanden sein, um diese Vertretung auch durchführen zu können.

Getragen werden solche Alternativen und Gegenbewegungen von Bäuer:innen, Landlosen, indigenen Gemeinden, Landarbeiter:innen, etc. Die bekannteste Organisation in dieser Hinsicht ist La Via Campesina („Der bäuerliche Weg“) (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 46). In vorherigen Kapiteln wurde diese bzw. das österreichische Pendant, die ÖBV, bereits erwähnt. Die globale Dachorganisation wurde 1993 von Kleinbäuer:innen, Landlosen, Indigenen, Migrant:innen, Umweltbewegungen, etc. gegründet (La Via Campesina 2021: 2) und umfasst 160 Organisationen in 73 Ländern. Vor allem Frauen und ihrer bedeutenden Rolle in der Landwirtschaft wird in dieser Bewegung ein großer Fokus gewidmet. Solche Organisationen leisten Widerstand gegen die globale Agrar- und Handelspolitik der multi- und transnationalen Agrarkonzerne. Ihre Proteste reichen von Forderungen nach Landreformen, über den Widerstand gegen Gentechnik bis zur Forderung nach gerechtem Handel. Aus Perspektive der Europäischen Koordination Via Campesina (2020: 25) braucht es eine neue „Vision für ländliche Räume mit einem radikalen Wandel der Agrar- und Handelspolitik der EU und der Mitgliedsstaaten“.

Neogramscianische Ansätze fragen nach emanzipatorischen Alternativen bzw. nach Gegenhegemonie auf einer Handlungsebene. Solche Strategien, die aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt werden, hinterfragen vorherrschende Strukturen und Machtverhältnisse. La Via Campesina stellt ein solches Beispiel für eine gegenhegemoniale Bewegung dar. Sie erfüllt die zuvor genannten Kriterien, da sie vorherrschende Macht- und Herrschaftsverhältnisse, insbesondere im Agrarsektor kritisiert und bestehende Strukturen hinterfragt und verändern will. Zudem ist La Via Campesina auf internationaler Ebene vernetzt und überwindet somit nationale, sowie auch gesellschaftliche Grenzen, da auch Akteur:innen aus unterschiedlichen Klassen in der Bewegung aktiv sind. Auch stellt sich La Via Campesina gegen eine Romantisierung nicht-kapitalistischer Produktionsformen und setzt sich für alternative landwirtschaftliche Modelle ein, wie in folgendem Zitat ersichtlich wird:

It is important to stress that the peasant model advocated by the Vía Campesina does not entail a complete rejection of modernity, technology and trade accompanied by a romanticized return to an archaic past steeped in rustic traditions. Rather, the Vía Campesina insists that an alternative model must be based on certain ethics and values where culture and justice count for something and concrete mechanisms are put in place to ensure a future without hunger. (Desmarais 2002, zit. nach Forster 2008: 67)

Demgegenüber steht nach Gramsci eine transnationale kapitalistische Klasse, die sich aus transnationalen Konzernen und damit in Verbindung stehenden Gruppen zusammensetzt. Wie im Kritischen Realismus gibt es auch im Neogramscianismus das Konzept der Krise als Chance, die jedoch aktive Handlungen braucht, um Veränderungen anstoßen zu können. Die multiple Krise, vor allem die Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise, können also auch als

Möglichkeit gesehen werden, strukturellen Wandel voranzutreiben, wenn subalterne Gruppen ihre Handlungsspielräume nutzen und dabei von organischen Intellektuellen unterstützt werden. Emanzipatorische Alternativen sind wichtig, um die Legitimationskrise neoliberaler Hegemonie zu verstärken. Dazu können Intellektuelle beitragen, indem sie nach Cox gemeinsame Identität schaffen. Durch bestimmte Leitbilder und die Entwicklung von Organisationen kann eine gemeinsame Klasse bzw. ein gemeinsamer historischer Block gebildet werden. Ein solches Leitbild könnte die Ernährungssouveränität darstellen, wenn diese im Alltagsverstand der Menschen festgeschrieben wird.

Unter dem Begriff der Ernährungssouveränität können Bewegungen zusammengefasst werden, die sich in der Landwirtschaft für einen sozial-ökologischen Wandel einsetzen. Das Konzept wurde von La Via Campesina begründet und bereits im vorherigen Kapitel näher erläutert, weshalb hier der Fokus auf Ernährungssouveränität als emanzipatorische Alternative zum agrarkapitalistischen System und mögliches Leitbild für gegenhegemoniale Bewegungen liegen soll. Das agrarkapitalistische System kann für die Zerstörung ruraler Ökonomien, steigende Selbstmordraten in der Landwirtschaft¹⁶, Vertreibungen, etc. verantwortlich gemacht werden. Das derzeitige Ernährungsregime gründet auf einer Zerstörung von Böden, Grundwasser und Wäldern. Es werden mehr Überschüsse an Nahrungsmitteln denn je produziert und global gehandelt, die teuer, nicht gesund und geschmacklos sind, während gleichzeitig die Zahl der Hungernden steigt (Forster 2008: 60).

Der Hunger ist keine Folge des Mangels, sondern der Verteilung. Hunger entsteht dort, wo die Lebensmittel das Land in Richtung ‚kaufkräftiger Nachfrage‘ verlassen. Die Geographie des Hungers ist der Fußabdruck der kapitalistischen Landwirtschaft, deren energetische, ökologische und soziale Bilanzen negativ sind. (Wienold 2007, zit. nach Forster 2008: 59)

Eine Forderung, die im Rahmen der Ernährungssouveränität genannt wird, ist jene nach sozialer Aneignung, also privatisierte und kommerzialisierte Güter, wie Wasser oder Boden, wieder zu öffentlichen Gütern („Commons“) zu machen und ihre Nutzung und Verwaltung egalitär und basisdemokratisch zu gestalten (Roth 2008, zit. nach Forster 2008: 63). Ein Beispiel hierfür kann etwa eine freie kollektive Saatgutvermehrung bzw. Saatguttausch sein

¹⁶ Studien zeigen erhöhte Selbstmordraten in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei im Vergleich zu anderen Berufsgruppen, wofür unterschiedliche Gründe angenommen werden können. U.a. können folgende Faktoren verstärkend zu einer höheren Suizidrate beitragen: verstärkter globaler Wettbewerb, Industrialisierung der Landwirtschaft mit größeren Flächeneinheiten, Fokus auf Effizienz, Spezialisierung und Menge an Produktion, Sinken der Nahrungsmittelpreise sowie Herausforderungen aufgrund von Änderungen in der GAP. Zudem sind geographische Unterschiede erkennbar, da etwa die Selbstmordrate in Japan höher ist als in anderen Regionen (Klingelschmidt et al. 2018: 10f.).

(Forster 2008: 64), die im Gegensatz zu Saatgutpatenten transnationaler Konzerne, wie der erwähnten fusionierten Saatgutkonzerne Bayer und Monsanto, steht.

Ernährungssouveränität versucht im Sinne einer emanzipatorischen Politik neoliberale Politiken in die Verantwortung zu nehmen und macht betroffene Akteur:innen zu handelnden Personen. Die bereits zuvor genannte bedeutende Rolle von Frauen in der globalen Landwirtschaft wird nach wie vor größtenteils ausgeblendet. Eine neue Form der Politisierung impliziert daher auch eine kritische Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen und damit verbunden die Forderung, die (re-)produktiven Arbeiten von Frauen als zentralen Aspekt von Ernährungssouveränität anzuerkennen (Forster 2008: 64).

Ein wesentlicher Punkt im Konzept der Ernährungssouveränität ist die Darstellung von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Produktionsweisen bzw. zwischen verschiedenen Blöcken und Institutionen, verglichen mit einer Darstellung von Gegensätzen zwischen Globalem Norden und Globalem Süden. Ernährungssouveränität bildet somit eine Basis für globale, solidarische Kämpfe, wenngleich zwangsweise auch Unterschiede zwischen den Verhältnissen im Norden und Süden bestehen. Damit stellt sich die Frage, wie Solidarität auf internationaler Ebene unter verschiedenen Bedingungen funktionieren kann und wie die Nord-Süd-Verhältnisse generell verändert werden müssen, um eine solche internationale Bewegung erfolgreich zu machen (Forster 2008: 65). Bei Ernährungssouveränität stehen darüber hinaus nicht nur die Bäuer:innen im Fokus, sondern es wird von einer gesamtgesellschaftlichen Relevanz ausgegangen, wofür es jedoch auch die Zusammenarbeit und Allianz sowie die Debatte mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa Arbeitenden oder Gewerkschaften, braucht (Forster 2008: 67). Solche Allianzen können auch dazu dienen, die multiple Krise von mehreren Standpunkten gleichzeitig anzugehen und gesamtgesellschaftliche Lösungen zu finden. Zudem sind Handlungsspielräume und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bäuer:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen von besonderer Bedeutung. Als Beispiel hierfür können die bereits erwähnten Ernährungsräte genannt werden. Auf globaler Ebene gibt es etwa den CFS (UN Committee on World Food Security), einen Welternährungsrat, der Kleinbäuer:innen, Plantagenarbeiter:innen und weiteren betroffenen Gruppen eine Stimme gibt (Herre 2019: 12). Unter die Forderung nach Ernährungssouveränität fällt etwa auch jene nach einem Ende von Freihandelsabkommen und einer neoliberalen Politik, die kleinstrukturierte Landwirtschaft und Landarbeiter:innen schadet. Der Handel mit Agrargütern auf globaler Ebene dürfe nicht von billiger Massenproduktion bestimmt sein, sondern nur eine ergänzende Rolle zu regionalen Märkten spielen. Des Weiteren soll die Handelspolitik demokratisiert werden, indem Regelungen für einen solidarischen internationalen Handel geschaffen werden. Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards sollen auch im Handel eingehalten werden.

Importe und Exporte müssen auf Qualität und Standards überprüft und die Agrarmärkte reguliert werden, etwa bei der Mengensteuerung (ÖBV Via Campesina Austria 2020c: 7f.).

Auch Organisationen wie das Corporate Europe Observatory sind Teil solcher Gegenbewegungen, indem sie ungleiche Verteilungsmechanismen, die durch Lobbying gesteuert werden, aufdecken (ebd.). Beispielsweise werden in der EU giftige Pestizide, die in Europa verboten sind, für den Export produziert. Bei importierten Produkten können diese Pestizide jedoch weiterhin vorhanden sein. Im Zuge des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie soll dies verhindert werden, während die Pestizidlobbys, u.a. Croplife Europe, sich diesen Bestrebungen widersetzen wollen. Freihandelsabkommen unterstützen die Pestizidunternehmen darin, die Pestizide zwischen den jeweiligen Handelspartner:innen weiterhin exportieren bzw. importieren zu können (Corporate Europe Observatory 2021b: o.S.).

Wichtig bei der Entwicklung von alternativen Strategien ist es, dass diese auch realisierbar sind und zu einer Transformation beitragen können. Ebenso ist wichtig, anzuerkennen, dass einerseits eine Transformation nicht innerhalb eines Tages vonstattengehen kann und andererseits nicht alle Bereiche gleichzeitig und gleich schnell transformiert werden können (Acosta/Brand 2018: 19). So bietet auch die Ernährungssouveränität keine vorgefertigten Lösungen und Pläne für die Erreichung einer Transformation. Jedoch kann sie die Richtung vorgeben, die sowohl für kurzfristige als auch langfristige Lösungsstrategien maßgebend sein soll. Es sollen demnach Prozesse eines Systemwandels angestoßen und gleichzeitig konkrete Lebensverhältnisse verbessert werden (Forster 2008: 61). Kurzfristig gedachte Lösungen, die in mancher Hinsicht notwendig sind, müssen immer auch im Zusammenhang mit den langfristigen Zielen gedacht werden. Es braucht eine Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Strukturen und der Basis des Systems, welches überwunden werden muss (Acosta/Brand 2018: 19f.). Nach Acosta und Brand (ebd.: 20) sind zudem heterogene Räume notwendig, in denen diese Auseinandersetzung stattfindet und zugleich Alternativen geschaffen und gefördert werden.

Die Krise der Naturverhältnisse kann nach Görg (2003, zit. nach Forster 2008: 59) nur gelöst werden, indem die „herrschaftliche[...] Verfasstheit von Gesellschaften“ hinterfragt und kritisiert wird, um Alternativen zu einer „krisenhaften Vergesellschaftung der Natur“ zu finden. Das spielt sowohl bei gesellschaftlichen Naturverhältnissen als auch bei Geschlechterverhältnissen eine Rolle (Forster 2008: 59). Die Verbindung von Natur- und Geschlechterverhältnissen zeigt sich in der Frage der Ernährung sehr deutlich, da besonders Frauen mit veränderten Naturverhältnissen, insbesondere durch die Klimakrise, zu kämpfen haben. Vor allem im Globalen Süden führt die Klimakrise beispielsweise zu einer Verschiebung der Regen- und Trockenzeiten, wodurch Aussaat und Ernte, sowie die Erträge oder die Versorgung mit Trinkwasser, schwierig zu kalkulieren sind (Wichterich 2011: 136).

Akteur:innen, die gegen den Erhalt des Status quo kämpfen und transformative Strategien verfolgen, sind vor allem jene, die unter den derzeitigen Bedingungen leiden. Subalterne Gruppierungen, die von den Zugeständnissen ausgenommen sind, vor allem jene im Globalen Süden, bilden gegenhegemoniale Bewegungen. Als konkretes Beispiel kann hier wiederum La Via Campesina genannt werden, da diese Bewegung auf einer internationalen Ebene agiert und verschiedene Berufsgruppen und Klassen in unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlichen Herausforderungen zusammenbringt. Unter dem Begriff der Ernährungssouveränität aber auch unter anderen Konzepten gibt es noch viele weitere kleinere und größere Bewegungen und Organisationen, die sich für eine Transformation stark machen. Dazu zählen beispielsweise Ernährungsräte, FIAN, Nyéléni, Fridays For Future, Organisationen, die sich für Commons einsetzen, wie etwa Open Source Seeds, sowie Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft, die sich in verschiedenen Formen, etwa durch Kritik und Protest, für einen Systemwandel stark machen. Auch Gewerkschaften sind im Zuge dieser Akteur:innen zu nennen. Allerdings haben diese oft mit Herausforderungen zu kämpfen, die ihre Arbeit erschweren. Besonders im Globalen Süden ist gewerkschaftliche Arbeit oft mit Risiken verbunden, die eine Interessensvertretung der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter:innen erschwert oder unmöglich macht. Auf wissenschaftlicher Ebene sind Vertreter:innen der Politischen Ökonomie zu nennen, die den hier dargestellten Theoriesträngen zugerechnet werden können. Allerdings gibt es noch weitere Theorieansätze, die sich mit einer Überwindung des kapitalistischen Systems beschäftigen. Dabei können etwa Postwachstumsansätze oder Degrowth (siehe dazu Acosta/Brand 2018) genannt werden, die hier allerdings nicht näher behandelt werden sollen.

Viele der Theorien stellen die kapitalistische Produktions- und Lebensweise als endlich dar und gehen davon aus, dass es alternative Produktionsformen braucht. Allerdings werden kaum Lösungsvorschläge geboten. Diese kommen eher von gegenhegemonialen Bewegungen, die eine Transformation der Agrarpolitik fordern. Einer der meistgenannten Vorschläge ist jener der Ernährungssouveränität. Zwar ist diese, wie bereits erwähnt, noch nicht gänzlich definiert und weist ebenso Widersprüche auf. Dennoch kann dieses Konzept für eine sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems als geeignet angesehen werden. Eine Transformation benötigt allerdings viele verschiedene Aspekte der Veränderung und kann nicht durch ein Konzept allein durchgesetzt werden, da immer verschiedene Kontexte berücksichtigt werden müssen. Zudem braucht es auch strukturelle Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa internationale Sicherstellung von Arbeitnehmer:innenrechten, um etwa der Ausbeutung von Landarbeiter:innen vorzubeugen, oder eine Abkehr von Freihandelsabkommen, welche die Mechanismen des ungleichen Tauschs begünstigen. In der GAP sollten diese Rechte als Bedingungen für Subventionen verankert werden. Dabei kann auch auf bestehendes internationales Arbeitsrecht, etwa der ILO oder der UNDROP,

zurückgegriffen werden. Von der ÖBV wird die UNDROP ebenfalls als ein wichtiges internationales Abkommen angesehen und ihre darin verankerten Rechte sollten auf globaler Ebene umgesetzt werden (ÖBV Via Campesina Austria 2020a: o.S.). Auch eine Veränderung von Geschlechterverhältnissen zählt zu den zentralen Aspekten einer agrarpolitischen Transformation, da die Rechte von Frauen auf globaler Ebene und ihre Rolle in der Landwirtschaft als zentrale Produzent:innen von Nahrungsmitteln anerkannt werden müssen. Eine weitere Forderung, die einer sozial-ökologischen Transformation gerecht wird, ist die öffentliche Bereitstellung von privatisierten Gütern wie Boden und Wasser.

Im Sinne des neogramscianischen Konzepts der Gegenhegemonie, kann gesagt werden, dass es zivilgesellschaftliche Bewegungen braucht, deren Handeln hegemoniale kapitalistische Strukturen aufbrechen kann. Dabei soll jedoch nicht das Ziel sein, nicht-kapitalistische Produktionsformen zu romantisieren. Entgegen der Modernisierungstheorien¹⁷ soll aber auch kein teleologisches Bild von Fortschritt im Sinne eines Übergangs von „traditionellen“ zu „modernen“ Gesellschaften gezeichnet werden (Ermann et al. 2017: 18). Dies würde eher einem ethnozentrischen Weltbild entsprechen, in dem der Globale Norden dem Globalen Süden überlegen ist und Letzterer sich den Entwicklungen des Globalen Nordens anpassen muss (ebd.). Ermann et al. (ebd.) übertragen dies auch auf die Landwirtschaft, indem sie davon sprechen, dass auch hier nicht von teleologischem Fortschritt im Sinne von „traditioneller“ und „moderner“ Landwirtschaft gesprochen werden kann, da diese kein Gegensatzpaar darstellen. Vielmehr gibt es in der Landwirtschaft eine „Abfolge von Entwicklungsweisen im Sinne von Nahrungsregimen“ (ebd.).

Schlussendlich braucht es für eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik eine Abkehr von der agrarkapitalistischen Produktionsweise. In diesem Zusammenhang ist auch die imperiale Lebensweise noch einmal zu nennen, die ebenfalls den Status quo absichert. Es braucht also deren Überwindung hin zu solidarischen und egalitären Produktions- und Lebensweisen. Dabei ist noch einmal wichtig zu betonen, dass nicht-kapitalistische Produktions- und Lebensweisen nicht zwangsweise besser sind und daher sichergestellt werden muss, dass diese sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestaltet werden.

Für einen Systemwandel braucht es zudem auch internationale und sektorenübergreifende Allianzen. Die Bewegung für Ernährungssouveränität beispielsweise schließt sich mit

¹⁷ Der Modernisierungstheoretiker Rostow stellt fünf Phasen vor, in denen sich eine Gesellschaft befinden kann, von der traditionellen Gesellschaft mit Subsistenzproduktion bis hin zu moderner Massenproduktion und Massenkonsum. Dabei wird von einer linearen Entwicklung dieser Stadien ausgegangen. Kritisiert wird an den Modernisierungstheorien ihr Eurozentrismus, Modernismus und ihre Konzentration auf Wachstum (Schmidt/Schröder 2016: 21f., 24).

Bewegungen für Klimagerechtigkeit, Bewegungen von Arbeiter:innen oder mit Bewegungen, die sich für globale ökologische Gerechtigkeit einsetzen, zusammen (Forster 2022: 20). Auch Herre (2019: 12) sieht die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteur:innen als zentral an, um den Druck auf Entscheidungsträger:innen zu erhöhen. Im Zuge einer Transformation wird oft auch von einer „Just Transition“ gesprochen, also einem gerechten Übergang mit gerechten Bedingungen für Arbeiter:innen, sowie der Förderung lokaler Landwirtschaft, die Menschen und Umwelt schützt (Sharma 2019: 28f.).

Zudem spielt die Form der Regulation eine bedeutende Rolle in der Ausgestaltung der Agrarpolitik. Meines Erachtens sind Regulierungen wie die Quotenregelungen oder die Angebotssteuerung sinnvolle Maßnahmen, um etwa Überproduktion und damit Exporte von Überschüssen zu verhindern, sowie um einer weiteren Intensivierung der industriellen Landwirtschaft vorzubeugen. Eine Forderung der ÖBV war beispielsweise eine doppelte Förderung der ersten 20 ha eines Betriebes, um kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen, die in Österreich einen Großteil der Landwirtschaft ausmachen. Dies soll durch eine Umverteilung in der ersten Säule der GAP, den Direktzahlungen, möglich gemacht werden (ÖBV Via Campesina Austria 2021: o.S.). Generell solle die erste Säule so umstrukturiert werden, dass das Einkommen für bäuerliche Arbeit gesichert ist. Dafür sei eine Förderung nach dem Faktor Arbeit anstelle der Flächenförderungen notwendig. Zudem sollen soziale Aspekte und Rechte von Bäuer:innen, Landarbeiter:innen, etc. in der GAP verankert werden (ÖBV Via Campesina Austria 2020c: 2). Neben arbeitsrechtlichen und sozialen Standards, die die ÖBV für die GAP fordert, sind auch klimapolitische Ziele relevant. Es brauche einen Wandel hin zu Agrarökologie, um der Klimakrise und dem Verlust von Biodiversität etwas entgegenzusetzen. Agrarökologie sei auch aus dem Grund notwendig, da die Landwirtschaft nicht unendlich auf externe sowie fossile Rohstoffe zurückgreifen kann (ebd.: 3). Die agrarindustrielle Landwirtschaft, die unter Bezugnahme auf angeblich notwendigen Wettbewerb gefördert wird, führt im Gegensatz dazu zu einem Verlust verschiedener Produktionsformen, Reduzierung der Artenvielfalt, geringerer Bodenfruchtbarkeit, Belastung von Wasser und zu enormen Treibhausgasemissionen (ebd.), was auf längere Sicht die Klima- und Biodiversitätskrise noch stärker antreibt. Zudem setzt eine endliche Anzahl an Ressourcen der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise eine Grenze, wie dies etwa in den Imperialismustheorien und der Regulationstheorie deutlich wird.

Eine Gefahr, die Acosta und Brand (2018: 21) sehen, ist jene, dass es wiederum nicht zu einer Überwindung des Kapitalismus kommt, sondern dass die herrschenden Klassen das System reproduzieren wollen, indem sie es autoritärer und faschistischer gestalten. „Denn die herrschenden Klassen tendieren in Krisen dazu, auf materielle Zugeständnisse und demokratische Einhegung ihrer Macht zu verzichten“, so Acosta und Brand (ebd.). Dies lässt

sich auch bei Forster (2008: 61) sehen, der davon ausgeht, dass Alternativen und Antworten bezüglich eines neuen Agrarsystems von der Peripherie ausgehen müssen.

Für viele Vertreter:innen der genannten Theorien braucht es eine Transformation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, also eine Transformation des bestehenden Systems anstelle einer Transformation innerhalb des Systems. Da eine solche Transformation jedoch nicht von heute auf morgen passiert, wie oben bereits angemerkt, braucht es gegenhegemoniale Bewegungen, die alternative Strukturen entwickeln, um den Übergang zu einem neuen, sozial-ökologischen System erleichtern zu können.

Es braucht also diese gegenhegemonialen Strukturen, die sich innerhalb des bestehenden agrarkapitalistischen Systems entwickeln, um aufzuzeigen, dass auch andere Systeme möglich sind und wie diese aussehen könnten. Das nimmt auch die Unsicherheit vor einem großen Wandel und dem, was anstelle des bisherigen Systems treten wird. Allerdings braucht es dafür noch breitere Allianzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, die für eine sozial-ökologische Transformation eintreten, um auch gesamtgesellschaftlichen Wandel möglich zu machen. Die GAP muss dafür so reformiert werden, dass nicht die Interessen transnationaler Konzerne und kapitalistischer Akteur:innen vertreten werden, sondern dass ein sozial-ökologischer Wandel in der europäischen Landwirtschaft, unter Berücksichtigung der Auswirkungen europäischer Agrarpolitik auf Länder des Globalen Südens, angestrebt wird. Dafür müssen internationale Standards eingehalten bzw. als Bedingung für Förderungen gesetzt werden. Soziale und ökologische Maßnahmen müssen für die Mitgliedstaaten verpflichtend werden und ihre Umsetzung, etwa in Form der Strategiepläne, strenger kontrolliert und Verstöße mit Sanktionen geahndet werden. Auch wenn die Ziele des europäischen Green Deals vielfach als nicht ambitioniert genug angesehen werden, stellen die Farm-to-Fork- und die Biodiversitätsstrategien doch maßgebliche Schritte in Richtung einer sozial gerechten und nachhaltigen Landwirtschaft dar und sollten daher auch verbindlich in die nationalen Strategiepläne integriert und in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Zudem müssten die Förderungen in der GAP gerechter verteilt werden. Dafür bräuchte es eine veränderte Aufteilung der beiden Säulen. Die derzeitige Dominanz der zweiten über die erste Säule verhindert transformativen Wandel, wenngleich die zweite Säule bei nachhaltiger und verbindlicher Durchführung sozial-ökologischer Maßnahmen durchaus Potenzial für eine Transformation aufweisen könnte. An die Stelle der bisherigen agrarkapitalistischen Produktionsweise sollen vielfältige Produktionsformen treten, angepasst an lokale Gegebenheiten und mit den bestmöglichen Ergebnissen für Produzent:innen, Konsument:innen, Arbeiter:innen und die Umwelt. Für diesen Wandel in Richtung einer sozial-ökologischen Landwirtschaft in der EU, braucht es agrarpolitische Rahmenbedingungen durch die GAP, die eine solche Transformation unterstützen.

7. Fazit

Die Ergebnisse dieser Masterarbeit sollen hier zusammengefasst werden, um noch einmal die wesentlichen Punkte der Analyse herauszugreifen. Nach der Zusammenfassung gehe ich noch auf einige Limitationen und Herausforderungen ein, auf die ich beim Verfassen dieser Arbeit gestoßen bin. Zudem möchte ich meine methodische Herangehensweise noch einmal reflektieren. Zum Schluss wird ein Ausblick auf mögliche weitere Forschungsthemen gegeben, die im Zuge dieser Thematik interessant wären.

7.1. Zusammenfassung

In der vorliegenden Masterarbeit habe ich mich dem Thema einer möglichen Transformation der europäischen Agrarpolitik beschäftigt. Genauer wurde analysiert, warum es aus Sicht kritisch-politökonomischer Theoriestränge einen solchen systemischen Wandel braucht, aus welchen Gründen dieser nicht zustande kommt und wie eine sozial-ökologische Transformation der GAP aus gegenhegemonialer Perspektive aussehen könnte. Zudem wurde festgestellt, welche Akteur:innen sich jeweils für einen Erhalt des Status quo bzw. für eine Transformation des europäischen Agrarsystems einsetzen. Diese Fragen wurden mithilfe einer Literaturanalyse sowie dem Ansatz des Framings, der der Diskursanalyse zugerechnet werden kann, beantwortet. Den theoretischen Rahmen bildeten Theorien und wissenschaftliche Grundlagen der Kritischen Politischen Ökonomie.

Die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation ergibt sich aus vielfachen Gründen. Zunächst kann die multiple Krise genannt werden, die darauf schließen lässt, dass eine Krisenbearbeitung immer ganzheitlich gedacht werden muss, da die einzelnen Krisen miteinander in Verbindung stehen. Ein weiterer Grund sind die Mechanismen des ungleichen Tauschs, die sowohl von Dependenz- als auch Imperialismustheoretiker:innen aufgegriffen werden. Durch neoliberale Konzepte wie Freihandelsabkommen werden dadurch internationale Ungleichheiten verschärft. Auch innerhalb der EU bestehen Ungleichheiten in den Wertschöpfungsketten. Damit verbunden stehen neokoloniale und neoimperiale Praktiken, wie die Vertreibung von Menschen und ihre Enteignung, um landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Exportprodukten zu nutzen. Kleinstrukturierte Landwirtschaft wird zugunsten großer agrarindustrieller Betriebe verdrängt. Dies führt einerseits zu Umweltproblemen, beispielsweise einer Reduktion der Biodiversität, und andererseits zu Migration und Flucht. Ökologische und soziale Kosten werden in Länder des Globalen Südens oder auch Osteuropas externalisiert.

Häufig passieren solche neokolonialen Enteignungen unter dem Deckmantel einer vermeintlich notwendigen „Entwicklung“. Zudem führt die Ausdehnung der agrarkapitalistischen Produktionsweise zu einer zunehmenden Monopolisierung und einer Konzentration von Kapital und Kontrolle in der Hand transnationaler Konzerne. In vielen Fällen werden die vertriebenen Personen auf den industriellen Plantagen oder aber in west- und zentraleuropäischen Ländern als Erntearbeiter:innen tätig. Dort sind sie zum Teil unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt, da internationales Arbeitsrecht in der Landwirtschaft häufig nicht verbindlich ist oder nicht ausreichend kontrolliert wird. Damit verbunden sind auch Rassismen und ungleiche Behandlung aufgrund von Ethnizität, Klasse oder Geschlecht. Die Geschlechterungleichheit spielt in den meist patriarchal gestalteten Landwirtschaftsformen eine große Rolle, da Frauen am meisten von Hunger betroffen sind, obwohl sie für den Großteil der Nahrungsmittelproduktion zuständig sind. Als einer der wichtigsten Gründe für eine Transformation gilt die agrarkapitalistische Produktionsweise. Diese ist den verwendeten Theorien zufolge von Widersprüchen durchzogen und bedarf einer grundlegenden Überwindung, um eine egalitäre, solidarische und sozial-ökologische Produktionsweise zu generieren. Aus den genannten, jedoch nicht vollständigen, Gründen, lässt sich die Notwendigkeit einer Transformation des europäischen Agrarsektors ableiten. Ein solcher Systemwandel muss jedoch sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestaltet werden und braucht auch Veränderungen in anderen sozialen und politischen Bereichen, um einen Wandel auf politischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene möglich zu machen.

Eine Transformation der Agrarpolitik auf europäischer Ebene würde nicht nur den Kleinbäuer:innen, Landarbeiter:innen und der Umwelt in Europa zugutekommen, sondern auch positive Auswirkungen auf globaler Ebene nach sich ziehen. Abhängigkeitsverhältnisse auf internationaler Ebene zwischen Ländern des Globalen Südens und Ländern bzw. Konzernen des Globalen Nordens würden sich verringern, internationale Rechte von Bäuer:innen, Indigenen und Arbeiter:innen in der Landwirtschaft könnten durch diesbezügliche Regulierungen in der EU verstärkt umgesetzt werden und Geschlechterungerechtigkeit verringert werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Zugleich könnten die Existenzbedingungen kleinbäuerlicher Betriebe erhalten bleiben, sowohl in Ländern des Globalen Südens, wenn diese nicht mit billigen Produkten aus der EU konkurrieren müssen, als auch im Globalen Norden, wenn kleinstrukturierte Landwirtschaft nicht mit agrarindustriellen Betrieben im Wettbewerb steht. Die GAP hätte aus verschiedenen Perspektiven das Potenzial, die europäische Agrarpolitik sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Historisch hat sich die GAP von einem Fokus auf Ernährungssicherheit nach dem Zweiten Weltkrieg hin zu einer neoliberalen Ausrichtung im WTO-zentrierten Nahrungsregime entwickelt, in dem Ernährungssicherheit als eine Leistung des Weltmarkts erachtet wird. In den bisherigen Reformen der GAP wurden Vorschläge von zivilgesellschaftlicher und gegenhegemonialer Seite

verwässert und stattdessen die Interessen von Konzernen und Wirtschaftsunternehmen vertreten. Eine neuerliche Reform könnte bereits vergangene Regulierungen, wie Quotenregelungen oder Angebotssteuerungen, welche eine Überproduktion verhindern könnten, wiedereinführen bzw. neue Formen der Regulation, etwa im Bereich des Arbeitsrechts, entwickeln. Zugleich könnten die Subventionen der GAP so angepasst werden, dass diese nicht mehr nach Fläche ausbezahlt werden, sondern an ökologisch, sozial und arbeitsrechtlich angemessene Maßnahmen gekoppelt werden. Dafür bräuchte es eine Umverteilung der Gelder von der ersten in die zweite Säule der GAP. Solche Standards sind auch auf internationaler Ebene notwendig, da dominierende Klassen kein Interesse an hohen Standards und einer verbindlichen Einhaltung solcher Maßnahmen haben. Daher müssten sie rechtlich verbindlich in der GAP verankert werden. So könnte etwa sichergestellt werden, dass nur Produkte, die diesen Standards entsprechen, in die EU importiert werden dürfen. Zudem könnte eine verstärkte Kontrolle in den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass die Maßnahmen, die für eine sozial-ökologische Veränderung notwendig sind, auch tatsächlich und nachhaltig umgesetzt werden. Die Ziele des Green Deals der EU sind in dieser Hinsicht bereits ein erster Schritt, müssten jedoch ebenfalls nachgebessert werden, da sie in ihrer derzeitigen Form nicht ausreichend zu einem systemischen Wandel beitragen. Aktuell verfehlen die nationalen Strategiepläne die Ziele des Green Deals, unter anderem aufgrund des Beibehalts des Status quo in vielen nationalen Agrarministerien. Die damit verbundenen Maßnahmen müssten verbindlicher und nachhaltiger in der GAP implementiert werden. Dafür braucht es verstärkte Kontrollen und weniger Möglichkeiten für die Mitgliedsstaaten, diese Maßnahmen zu umgehen. Weiters brauche es Möglichkeiten für Sanktionen, wenn gegen Maßnahmen verstoßen wird. Es sind also zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten zu nennen, die in einer erneuten Reform der GAP umgesetzt werden müssen.

Das Potenzial der GAP für eine sozial-ökologische Transformation braucht politische Durchsetzung auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene, die jedoch aus bestimmten Gründen (bisher) nicht in ausreichender Form stattfindet. Verschiedenste Akteur:innen setzen sich für den Erhalt des vorherrschenden Systems ein, da sie von diesem profitieren. Dazu zählen multi- und transnationale Konzerne, Entscheidungsträger:innen auf politischer Ebene, Lobbyist:innen, die die Interessen agrarindustrieller Unternehmen vertreten, sowie Akteur:innen der Zivilgesellschaft, die die herrschenden Interessen durch deren Verankerung im Alltagsverstand reproduzieren. Ein weiterer Grund, der eine Transformation verhindern kann, sind fehlende Handlungsspielräume subalternen Gruppen und damit verbunden die fehlende Verfügungsmacht über Produktionsmittel und die Entscheidung über Produktionsformen. Diese Handlungsspielräume liegen zumeist bei Akteur:innen wie multi- und transnationalen Agrarkonzernen, die kein Interesse an einer Veränderung des Status quo haben, da sie von diesem System profitieren. Daher haben die herrschenden Klassen auch kein Interesse an

einer Lösung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, sondern bearbeiten Krisen, indem sie diese beherrschbar machen.

Die eigenen Interessen werden durch Zugeständnisse und durch Verankerung im Alltagsverstand der Bevölkerung hegemonial, also durch Konsensbildung, abgesichert. Das führt dazu, dass es von Seiten der Zivilgesellschaft, bzw. der subalternen Gruppen, meist unzureichende Auflehnung gegen die vorherrschenden Bedingungen gibt. Die bestehende Ordnung wird dabei entweder nicht hinterfragt oder die Angst vor der Ungewissheit eines neuen Systems ist zu groß, um sich gegen das bestehende System aufzulehnen. Unterstützt wird die Aufrechterhaltung hegemonialer Strukturen zudem durch die Verrechtlichung und Reproduktion durch Institutionen und Verträge. Ein Mittel für Konsensbildung ist das Konzept des Framings, mit welchem bestimmte Begriffe und die dahinterliegenden Interessen im Alltagsverstand, etwa durch Bildung, verankert werden können. Damit ist es ein Mittel zur Hegemoniebildung und zur Reproduktion des Status quo. Es kann aber auch als mögliches Werkzeug für politischen Wandel und Transformation angesehen werden, wenn es von Wissenschaft und betroffenen Personen unterstützt wird. Beispiele für solche Frames sind etwa Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität. Während Ernährungssicherheit von Institutionen und internationalen Organisationen, wie UNO und WTO, oder im Green Deal der EU, verwendet wird, kann Ernährungssouveränität als ein mögliches Leitbild gegenhegemonialer Bewegungen für eine Transformation angesehen werden. Dadurch kann mithilfe von organischen Intellektuellen eine gemeinsame Identität gegenhegemonialer Bewegungen bzw. einer transnationalen Zivilgesellschaft geschaffen werden.

Die kapitalistische Produktionsweise stößt notwendigerweise durch innere Widersprüche und endliche Ressourcen immer wieder an Grenzen, die sie bisher in der Lage war, zu überwinden. Die multiple Krise, zu denen auch die Krise der Ernährung und die Klimakrise zählen, besteht jedoch aus organischen Krisen, die nicht durch kurzfristige Lösungen zu überwinden sind. Diese Krisen können jedoch als Chance gesehen werden, um die hegemoniale Ordnung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise erneut zu hinterfragen und Alternativen dazu zu entwickeln. Dafür setzen sich Akteur:innen ein, die nicht zu den Profiteur:innen des aktuellen Systems zählen. Darunter fallen etwa subalterne Gruppen, die keine Zugeständnisse bekommen und daher auch die Interessen der herrschenden Klassen nicht notwendigerweise in ihren Alltagsverstand integrieren, aber auch Gruppierungen und organische Intellektuelle, die diese benachteiligten Personen unterstützen. Dazu zählen sowohl Individuen, gegenhegemoniale Bewegungen und Organisationen als auch Gewerkschaften und Wissenschaftler:innen.

Für eine sozial-ökologische Transformation der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sowie für die Entwicklung alternativer Produktionsformen, braucht es die Allianz gegenhegemonialer

Bewegungen verschiedener gesellschaftlicher und politischer Bereiche, die alternative Produktions-, Konsum- und Lebensweisen etablieren. Solche emanzipatorischen Alternativen bestehen bereits und sind auch zum Teil schon auf internationaler Ebene vernetzt. Dazu zählt beispielsweise die Bewegung für Ernährungssouveränität oder die transnationale Bewegung von Kleinbäuer:innen La Via Campesina. Klassen- und sektorenübergreifende sowie transnationale Allianzen können außerdem dazu beitragen, die Verknüpfungen der Landwirtschaft mit anderen Bereichen, wie der Klima- und Biodiversitätskrise, aufzuzeigen. Somit könnten nicht nur für die Agrarpolitik und damit verbundene Herausforderungen und Krisen, sondern auch für andere, damit in Beziehung stehende Krisen, Lösungsansätze und sozial-ökologische Maßnahmen erarbeitet werden, die die Interessen der Menschen, Umwelt und nachfolgender Generationen vertreten, anstelle von Kapitalinteressen dominierender Klassen.

7.2. Reflexion und Limitationen

Zu den Limitationen dieser Arbeit zählt die bereits genannte Breite des Themas, die dazu geführt hat, dass ich nur einzelne Aspekte der verschiedenen Bereiche anreißen und in vielen Punkten nicht in die Tiefe gehen konnte. Allerdings war diese Breite zum Teil auch notwendig, um die Komplexität der Thematik sowie die Zusammenhänge und Vernetzungen innerhalb der Agrarpolitik aufzeigen zu können. Dies wird auch im Theoriestrang der Kritischen Politischen Ökonomie so angedacht, um einen ganzheitlicheren Blick über ein Thema zu bekommen.

Reflektiert werden müssen auch die methodische Herangehensweise und die verwendete Literatur. Als Methode habe ich eine Literatur- und eine Diskursanalyse ausgewählt. Die Diskursanalyse wurde jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen der Arbeit nur angerissen und könnte in weiterführenden Arbeiten auch als alleinige Methode spannende Ergebnisse liefern. Ich habe mich dennoch für die Verwendung beider Methoden entschieden, da eine Verbindung mehrerer methodischer Ansätze hilfreich sein kann, um verschiedene Blickwinkel in die Analyse miteinzubeziehen und eine ganzheitlichere Perspektive zu bekommen. Bezüglich meiner Literatursauswahl kann gesagt werden, dass sich diese auf deutsche und englische Quellen beschränkt. Das kann bestimmte Quellen, vor allem solche aus dem Globalen Süden, ausschließen, wenn diese nicht in englischer Sprache zu Verfügung stehen. Somit wurde in dieser Arbeit auch hauptsächlich Literatur aus dem Globalen Norden verwendet, was die Intention, das Thema aus einer ganzheitlichen Perspektive darzustellen, erschwert. Allerdings wird in den verwendeten Positionspapieren und Artikeln der gegenhegemonialen Bewegungen und Organisationen in dieser Arbeit versucht, die Perspektiven betroffener Menschen aus dem Globalen Süden miteinzubeziehen.

7.3. Ausblick

Da das Thema dieser Masterarbeit sehr breit angelegt war, ergeben sich daraus zahlreiche Themen, die für weiterführende Forschung geeignet sind. Jedes der Teilgebiete könnte noch intensiver und tiefergehend untersucht werden. Zwei spannende Fragen möchte ich hier noch spezifisch herausgreifen.

Im Zuge der Imperialismustheorien wurde von verschiedenen Phasen des Imperialismus gesprochen und es war davon die Rede, dass die zweite Phase von Interaktion über Organisationen und die dritte Phase von Interaktion über Kommunikation geprägt ist. Hierbei wäre nun spannend zu analysieren, ob sich die europäische Agrarpolitik eher in einer zweiten Phase, gekennzeichnet durch die Macht internationaler Konzerne und deren Absicherung über Institutionen, befindet oder bereits in einer dritten Phase des Imperialismus, geprägt durch Digitalisierung und soziale Medien. Ähnliches gilt für die Food Regime Theorie. Aktuell wird die europäische Agrarpolitik dem dritten, WTO-zentrierten, Nahrungsregime zugeordnet. Jedoch kann auch hier gefragt werden, ob sich bereits eine neue Phase von Ernährungsregime etabliert, welches nicht mehr nur konzern-orientiert, sondern auch von einer globalen Vernetzung transnationaler Akteur:innen geprägt ist.

Kurzzusammenfassung

Die vorherrschende Vielfachkrise äußert sich unter anderem in einer Krise der Ernährung. In der vorliegenden Masterarbeit wird untersucht, ob es eine sozial-ökologische Transformation der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union braucht und wie diese ausgestaltet werden müsste. Die Gründe für eine Transformation werden mithilfe von Konzepten kritisch-politökonomischer Theoriestränge, genauer der Imperialismus-, Neokolonialismus-, Regulations- und Dependenztheorien, dem Neogramscianismus sowie der Wissenschaftstheorie des Kritischen Realismus untermauert. Diese Theorien bieten ebenso Anhaltspunkte dafür, warum es nicht zu einer solchen Transformation kommt und welche Akteur:innen sich für einen Erhalt des Status quo aussprechen. Diese Gründe werden durch eine Betrachtung von Begriffen des agrarpolitischen Diskurses anhand des Framing-Ansatzes ergänzt. Für eine Darstellung sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Produktionsformen, die als Alternativen zur aktuellen agrarkapitalistischen Produktionsweise in der EU betrachtet werden können, werden die Perspektiven gegenhegemonialer Organisationen und Bewegungen herangezogen. Damit soll festgestellt werden, ob und inwiefern eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Agrarpolitik möglich ist.

Abstract

The prevailing multiple crisis includes a crisis of food production. This master thesis examines whether a socio-ecological transformation of the Common Agricultural Policy of the European Union is needed and how it should be designed. The reasons for a transformation are underpinned with the help of concepts of critical political economy theories, more precisely the theories of imperialism, neocolonialism, regulation and dependency, neogramscianism as well as the scientific theory of critical realism. These theories also offer clues as to why such a transformation does not occur and which actors argue for a preservation of the status quo. These reasons are complemented by a consideration of concepts of agricultural policy discourse using the framing approach. For an illustration of socially just and ecologically sustainable forms of production, that can be considered as alternatives to the current agrarian capitalist mode of production in the EU, the perspectives of counter-hegemonic organizations and movements will be used. The aim is to determine whether and to what extent a socio-ecological transformation of European agricultural policy is possible.

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Literatur

- Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom Verlag.
- Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (2008): Mit dem Markt gegen die Klimakatastrophe? Einleitung und Überblick. In: Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hg., 2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag. 9-20.
- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag. 11-28.
- Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy/Jäger, Johannes (2020): Uneven development in the EU. Processes of core-periphery relations. In: Bigo, D./ Diez, T./ Fanoulis, E. (et al.) (Hg.): The Routledge Handbook of Critical European Studies. London: Routledge. S.224-238.
- Behr, Dieter/Bolyos, Lisa (2008): Schlafende Riesen? Kritik des kritischen Konsums und Thesen zu Brüchigkeiten in der Wertschöpfungskette. In: Kurswechsel 3: 70-79.
- Bernstein, Henry (2010): Class Dynamics of Agrarian Change. Halifax/Winnipeg: Fernwood Publishing; Sterling: Kumarian Press.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): Neogramscianismus. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hg., 2013): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS. 185-200.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie: Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA-Verlag. S. 7-14.
- Brand, Ulrich/Brad, Alina (2019): Sozial-ökologische Transformation. In: Brunner, Jan/Dobelmann, Anna/Kirst, Sarah/Prause, Louisa (Hg., 2019): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Ein kritisches Handbuch. Bielefeld: transcript Verlag. 279-285.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: ÖZS 36(2): 12-34.

- Brand, Ulrich (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 2: 7-18.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2011): Der Klimawandel – eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag. 95-110.
- Buch-Hansen, Hubert/Nielsen, Peter (2020): Critical Realism. Basics and Beyond. London: Red Globe Press.
- Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merken, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hg., 2007): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg: Argument Verlag. 15-32.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum – Molekulare Verdichtung und organischer Krise. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA: Verlag. 45-61.
- Choplin, Gérard/Strickner, Alexandra/Trouvé, Aurélie (Hg., 2011): Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Mandelbaum.
- Cox, Robert W. (2016 [1983]): Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 236-259.
- Dannecker, Petra/Englert, Birgit (2014): Einleitung. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg., 2014): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum. 7-19.
- Decker, Samuel (2020): On the Transformative Potential of the “Green New Deal”. In Journal für Entwicklungspolitik 36 (4): 51-73.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA: Verlag.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina (2020): Analysing land conflicts in times of global crises. In: Geoforum 111: 208-217.
- Dörre, Klaus (2019): Kritische Theorie und Krise: Landnahme an den Grenzen kapitalistischer Dynamik. In: Bittlingmayer, Uwe H./Demirović, Alex/Freytag, Tatjana (Hg., 2019): Handbuch Kritische Theorie. Wiesbaden: Springer VS.

- Duncan, Jessica/Rivera-Ferre, Marta/Claeys, Priscilla (2020): The importance of Food Sovereignty for the Farm to Fork strategy and the New Green Deal. Insights and limits of the SAM and SAPEA reports. Academic Brief.
- Ebenau, Matthias (2015): Abhängige Entwicklung im 21. Jahrhundert: ein kritischer Dialog zwischen Dependenztheorie und *Neodesarrollismo*. In: Journal für Entwicklungspolitik 31 (3): 39-59.
- Ehlert, Judith/Voßemer, Christiane (2015): Food Sovereignty and Conceptualization of Agency: A Methodological Discussion. In: ASEAS – Austrian Journal of South-East Asian Studies 8(1): 7-26.
- Ermann, Ulrich/Langthaler, Ernst/Penker, Marianne/Schermer, Markus (2017): Agro-Food Studies. Eine Einführung. Wien: Böhlau Verlag.
- FIAN (2005): Wirtschaft global – Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung. Hamburg: VSA-Verlag.
- Forster, Franziskus (2008): Ernährungssouveränität: Alternativen, Widerstand und Perspektiven. Über die gesellschaftspolitische Relevanz von Ernährung. In: Kurswechsel 3: 59-69.
- Forster, Franziskus/Baar, Lukas (2015): Agrarpolitik am Beispiel des Hungers. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2015): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Wien: Mandelbaum. 273-277.
- Fritz, Thomas (2011): Globalising Hunger: Food Security and the EU's Common Agricultural Policy (CAP). Berlin: FDCL-Verlag.
- Galtung, Johan (1972): Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Senghaas, Dieter (Hrsg., 1972): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt: Suhrkamp Verlag. 29-104.
- Gärber, Barbara (2014): *Property Grabbing* – Landnahmen im familiären Kontext. Landrechtsverlust von Frauen im südlichen und östlichen Afrika. In: Englert, Birgit/Gärber, Barbara (Hg., 2014): Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive. Wien: New Academic Press. 117-133.
- Garske, Beatrice/Hoffmann, Kristin (2016): Die Gemeinsame Agrarpolitik nach der Reform 2013: Endlich nachhaltig? Halle: Institut für Wirtschaftsrecht.

- Gill, Stephen (2016 [2011]): Progressives politisches Handeln und die globale organische Krise. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 284-288.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Haas, Tobias (2018): Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Rezension. In: Politische Vierteljahresschrift 59: 179-181.
- Hall, Ruth/Scoones, Ian/Tsikata, Dzodzi (2015): Introduction: The Contexts & Consequences of Africa's Land Rush. In: Hall, Ruth/Scoones, Ian/Tsikata, Dzodzi (Hrsg., 2015): Africa's Land Rush: Rural Livelihoods and Agrarian Change. Woodbridge/Suffolk: James Currey. 1-29.
- Hermoso, V./Carvalho, S.B./Giakoumi, S./Goldsborough, D./Katsanevakis, S./Leontiou, S./Markantonatou, V./Rumes, B./Vogiatzakis, I.N./Yates, K.L. (2022): The EU Biodiversity Strategy for 2030: Opportunities and challenges on the path towards biodiversity recovery. In: Environmental Science and Policy 127: 263-271.
- Hoering, Uwe (2007): Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich. Hamburg: VSA-Verlag.
- Holt-Giménez, Eric/Altieri, Miguel A. (2013): Agroecology, Food Sovereignty, and the New Green Revolution. In: Agroecology and Sustainable Food Systems 37(1): 90-102.
- Hymer, Steven (1972): Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung. In: Senghaas, Dieter (Hrsg., 1972): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt: Suhrkamp Verlag. 201-239.
- Idel, Anita/Beste, Andrea (2018): Technikgläubigkeit und Big-Data. Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist. Wiesbaden: Europabüro Hessen.
- Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2015): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Wien: Mandelbaum.
- Klingelschmidt, Justine/Milner, Allison/Khireddine-Medouni, Imane/Witt, Katrina/Alexopoulos, Evangelos C./Toivanen, Susanna/LaMontagne Anthony D./Chastang, Jean-François/Niedhammer, Isabelle (2018): Suicide among agricultural, forestry and fishery workers: a systematic literature review and meta-analysis. In: Scandinavian Journal of Work, Environment & Health 44(1): 3-15.

- Koning, Niek (1994): *The Failure of Agrarian Capitalism. Agrarian politics in the UK, Germany, the Netherlands and the USA, 1846-1919*. London/New York: Routledge.
- Louai, El Habib (2012): Retracing the concept of the subaltern from Gramsci to Spivak: Historical developments and new applications. In: *African Journal of History and Culture* 4(1): 4-8.
- Luig, Benjamin (2019): Ernährungssouveränität. In: Brunner, Jan / Dobelmann, Anna / Kirst, Sarah / Prause, Louisa (Hg., 2019): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*. Bielefeld: transcript Verlag. 58-64.
- Luxemburg, Rosa (1975 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Gesammelte Werke (Bd. 5)*. Berlin: Dietz.
- Luxemburg, Rosa (2009 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals. Erster Abschnitt. Das Problem der Reproduktion*. Berlin.
- Luxemburg, Rosa (2016 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals*. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: Mandelbaum. 152-154.
- Matthes, Jörg (2014): *Framing*. Baden-Baden: Nomos.
- McMichael, Philip (2009): A food regime genealogy. In: *The Journal of Peasant Studies* 36 (1): 139-169.
- Merkel, Wolfgang (2010 [2000]): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Morton, Adam David (2016 [2011]): Geopolitik und Passive Revolution. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: Mandelbaum. 260-283.
- Nkrumah, Kwame (2016 [1965]): Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: Mandelbaum. 155-166.
- Nuscheler, Franz (2004): *Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt*. Bonn: Dietz.
- Patel, Raj (2009): Food Sovereignty. In: *The Journal of Peasant Studies* 36 (3): 663-706.
- Pérez-Vitoria, Silvia (2007 [2005]): *Bauern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung*. Zürich: Rotpunktverlag [Arles: Actes Sud].

- Pühretmayer, Hans (2013): Kritischer Realismus. Eine Wissenschaftstheorie der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hg., 2013): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS. 217-232.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosset, Peter (2011): Food Sovereignty and Alternative Paradigms to Confront Land Grabbing and the Food and Climate Crises. In: Development 54 (1): 21-30.
- Schermer, Markus (2015): From "Food from Nowhere" to "Food from Here:" changing producer-consumer relations in Austria. In: Agric Hum Values 32: 121-132.
- Scherrer, Christoph (2015): Arbeitsrechte, Handel und Entwicklung. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2015): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Wien: Mandelbaum. 370-375.
- Schicho, Walter (2014): Diskursanalyse. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg., 2014): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum. 127-152.
- Schmidt, Lukas (2016): Einleitung: Politische Ökonomie. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 130-149.
- Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (2016): Einleitung: Liberalismen. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 20-37.
- Schröder, Sabine (2016): Einleitung: Alternativen zu „Entwicklung“. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 290-304.
- Senghaas, Dieter (1972): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Storm, Servaas (2020): The EU's Green Deal: Bismarck's 'What is Possible' Versus Thunberg's 'What is Imperative'. In: Institute for New Economic Thinking Working Paper Series 117. 1-31.
- Veltmeyer, Henry (2016 [2005]): Entwicklung und Globalisierung als Erscheinungsformen des Imperialismus. In: Schmidt, Lukas/Schröder, Sabine (Hg., 2016): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum. 167-169.

Weissenbacher, Rudy (2015): Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“. In: Journal für Entwicklungspolitik 31 (3): 86-111.

Weissenbacher, Rudy (2019): The Core-Periphery Divide in the European Union: A Dependency Perspective. Cham: Springer International Publishing AG.

Wichterich, Christa (2011): Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA: Verlag. 129-145.

Online-Quellen

Bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (2015): Lobbyismus. Glossar: Nudging. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/211905/glossar/?p=13> [18.08.2022].

Bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (2016a): Club of Rome. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19007/club-of-rome/> [02.09.2022].

Bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (2016b): Grenzen des Wachstums. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19548/grenzen-des-wachstums/> [02.09.2022].

Bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (2016c): Strukturwandel. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20784/strukturwandel/> [18.08.2022].

Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (o.J.): Benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete. https://info.bml.gv.at/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-foerderungen/laendl_entwicklung/ausgewaehlte_programminhalte/berggebiete-benachteiligte_gebiete/benachteiligte_geb.html [14.09.2022].

Deutscher Bauernverband e.V. (2019): Themendossier: Strukturwandel. <https://www.bauernverband.de/themendossiers/strukturwandel> [09.09.2022].

Europäische Kommission (2019): Ein europäischer Grüner Deal: Erster klimaneutraler Kontinent werden. https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de [07.05.2021].

Europäische Kommission (2020): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der

- Regionen. EU-Biodiversitätsstrategie für 2030. Mehr Raum für die Natur in unserem Leben. S. 1-27. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:a3c806a6-9ab3-11ea-9d2d-01aa75ed71a1:0002.02/DOC_1&format=PDF [07.05.2021].
- European Commission (2020): Farm to Fork Strategy: For a fair, healthy and environmentally-friendly food system. https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-05/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf [06.09.2022].
- European Commission (2021): Commission publishes list of potential eco-schemes. https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-list-potential-eco-schemes-2021-jan-14_en [12.07.2022].
- European Commission (2022): Europeans, Agriculture and the CAP. Special Eurobarometer 520 Report. <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2665> [18.08.2022].
- Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union (2021): Rat verabschiedet fairere, grünere und stärker leistungsorientierte Agrarpolitik. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/02/council-adopts-fairer-greener-and-more-performance-based-farming-policy-for-2023-2027/> [07.07.2022].
- EU Umweltbüro (o.J.): GAP-Pläne der EU-Mitgliedstaaten verfehlen Ziele des Green Deals. <https://www.eu-umweltbuero.at/inhalt/gap-plaene-verfehlen-ziele-des-green-deals> [12.09.2022].
- Massot, Albert (2021a): Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und der Vertrag. Europäisches Parlament: Kurzdarstellungen über die Europäische Union. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/103/die-gemeinsame-agrarpolitik-gap-und-der-vertrag-S.1-6> [12.09.2022].
- Massot, Albert (2021b): Die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Europäisches Parlament: Kurzdarstellungen über die Europäische Union. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/106/die-finanzierung-der-gemeinsamen-agrarpolitik> [12.09.2022].
- Massot, Albert (2021c): Die erste Säule der GAP: I - Die gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Europäisches Parlament: Kurzdarstellungen über die Europäische Union. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/108/die-erste-saule-der-gap-i-die-gemeinsame-marktorganisation-gmo-fur-landwirtschaft> [12.09.2022].
- Massot, Albert (2021d): Die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP): II - Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe. Europäisches Parlament:

Kurzdarstellungen über die Europäische Union.
<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/109/die-erste-saule-der-gemeinsamen-agrarpolitik-gap-ii-direktzahlungen-an-inhaber-l> [12.09.2022].

Massot, Albert (2021e): Die zweite Säule der GAP: Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Europäisches Parlament: Kurzdarstellungen über die Europäische Union.
<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/110/die-zweite-saule-der-gap-politik-zur-entwicklung-des-landlichen-raums> [12.09.2022].

Massot, Albert (2021f): Die künftige Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020. Europäisches Parlament: Kurzdarstellungen über die Europäische Union.
<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/113/die-kunftige-gemeinsame-agrarpolitik-nach-2020> [12.09.2022].

Netzwerk Zukunftsraum Land (2021): Green Deal: Mit der „Farm to Fork“-Strategie zur Klimaneutralität. <https://www.zukunftsraumland.at/aktuell/425> [14.07.2022].

Quarante, Olivier (2014): Die Schätze der Westsahara. In: Le Monde diplomatique.
<https://monde-diplomatique.de/artikel/!380095> [26.07.2022].

Süddeutsche Zeitung (2020): Fleischindustrie: Schlachthöfe entwickeln sich zu Corona-Brennpunkten. <https://www.sueddeutsche.de/politik/schlachthoefe-coronavirus-fleischindustrie-1.4902646> [13.09.2022].

United Nations (o.J.): Sustainable Development Goals. Goal 2: Zero Hunger.
<https://www.un.org/sustainabledevelopment/hunger/> [13.09.2022].

Welthungerhilfe (o.J.): Hunger: Verbreitung, Ursachen und Folgen.
<https://www.welthungerhilfe.de/hunger/> [14.09.2022].

Quellen von Bewegungen und Organisationen

Access To Land (o.J.a): Eco Ruralis. <https://www.accesstoland.eu/-Eco-Ruralis-> [12.09.2022].

Access To Land (o.J.b): Romania. <https://www.accesstoland.eu/-Romania-> [10.06.2022].

Attac (o.J.): EU-Mercosur: Ein Frontalangriff auf Klimaschutz, Artenvielfalt und Menschenrechte.
<https://www.attac.at/kampagnen/konzernabkommen-stoppen/eu-mercotur> [14.09.2022].

BirdLife Österreich/GLOBAL 2000/Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung (2021): Fit für den Green Deal? Der GAP-Strategieplan am Prüfstand. Analyse der

- österreichischen Strategie für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. https://www.global2000.at/sites/global/files/GAP-Papier_0305_small.pdf [09.09.2022].
- Braßel, Frank (2019): Unser Essen ist zu billig. Wie die Konzentration im Lebensmittelhandel die Arbeitsbedingungen der Plantagenarbeiter_innen beeinflusst. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 14-19.
- BUND Friends of the Earth Germany (2017): Bayer-Monsanto-Fusion: Wer die Saat hat, hat das Sagen. <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/bayer-monsanto-fusion-wer-die-saat-hat-hat-das-sagen/> [18.08.2022].
- Corporate Europe Observatory (2021a): COPA-COGECA: defending farmers in public and the agribusiness industry in private? <https://corporateeurope.org/en/2021/01/copa-cogeca-defending-farmers-public-and-agribusiness-industry-private> [15.09.2022].
- Corporate Europe Observatory (2021b): Stop the Toxic Trade! <https://corporateeurope.org/en/2021/10/stop-toxic-trade> [03.08.2022].
- Europäische Koordination Via Campesina (2020): Langfristige Vision für ländliche Räume! In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft 363-364(3-4): 25-27.
- FIAN (2022): Tag des bäuerlichen Widerstands: Strukturelle Hungerbekämpfung braucht Menschenrechte / „Deutschland muss UNDROP umsetzen“. <https://www.fian.de/aktuelles/tag-des-baeuerlichen-widerstands-strukturelle-hungerbekaempfung-braucht-menschenrechte-deutschland-muss-undrop-umsetzen/> [09.09.2022].
- Forster, Franziskus (2022): Nyéléni: Ein Ruck geht um die Welt. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft 373(3). 20-21.
- Fridays For Future (2020): Change the CAP! – Open Letter to the EU. <https://fridaysforfuture.org/change-the-cap/> [25.08.2022].
- Friends of the Earth Europe (2020): Farm to Fork and Biodiversity Strategies: small steps forward instead of a giant leap. <https://friendsoftheearth.eu/news/farm-to-fork-and-biodiversity-strategies-small-steps-forward-instead-of-a-giant-leap/> [14.07.2022].
- Gioia, Paula (2019): Demokratisierung ist der Schlüssel. Die UN-Erklärung zu den Rechten von Kleinbäuer_innen: Ernährungssouveränität ist mehr als Ernährungssicherheit. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 76-79.

- Gleitsmann, Sophie (2022): Lebensmittelpreise: Der Krieg tobt nicht nur in der Ukraine, sondern auch auf den Tellern. <https://mosaik-blog.at/lebensmittelpreise-ukraine-weizen-finanzspekulation/> [17.08.2022].
- GLOBAL 2000 (o.J.): Was ist die GAP – Gemeinsame Agrarpolitik der EU? <https://www.global2000.at/gemeinsame-agrarpolitik> [12.07.2022].
- GLOBAL 2000/Österreichische Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung/BirdLife Österreich (Hg., 2021): EU-Agrarreform. Landwirtschaftsministerin Köstinger im Faktencheck. https://www.global2000.at/sites/global/files/Faktencheck_Landwirtschaftsministerin-Koestinger.pdf [09.09.2022].
- Greenpeace (2019): European Green Deal misses the mark. <https://www.greenpeace.org/eu-unit/issues/climate-energy/2517/european-green-deal-misses-the-mark/> [11.07.2022].
- Gündüz, Sonja (2019): Essen ist politisch, essen ist Gewerkschaftssache! Interview mit Santiago Sarandón. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 62-67.
- Heilmann, Micha (2019): 20 Prozent Rendite für die Konzerne oder gute Arbeit für alle. Ein nachhaltiges Lebensmittelsystem ist nur möglich, wenn es auch in der Industrie „Mensch vor Marge“ heißt. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 20-23.
- Heinrich-Böll-Stiftung/Rosa-Luxemburg-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Oxfam Deutschland/Germanwatch/Le Monde diplomatique (2018): Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas2017_iii_web.pdf [03.08.2022].
- Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Le Monde Diplomatique (2019): Agrar-Atlas. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft. https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_agraratlas2019.pdf [03.08.2022].
- Herre, Roman (2019): Hungern im Überfluss. Weltweit werden immer mehr Nahrungsmittel produziert. Warum das die Ernährungskrise aber nicht löst. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 8-13.

- Kratzwald, Brigitte (2022): Zukunftsfähige Landwirtschaft mit Commons. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft 373(3): 12-13.
- La Via Campesina (2021): The International Peasants' Voice. <https://viacampesina.org/en/international-peasants-voice/> [18.08.2022].
- Michelsen, Lena (2019): Agrarindustrie goes digital. Warum der technologische Wandel nicht zwangsläufig dazu führt, dass nachhaltiger gewirtschaftet wird. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 32-37.
- MILA (2022): Was ist MILA? <https://www.mila.wien/de/uber-uns/was-ist-mila/> [24.08.2022].
- Moser-Hofstadler, Judith (2021): Kommunikation ist alles. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft 366(1): 6-7.
- Nyeléni (2007): Declaration of Nyéléni. <https://nyeleni.org/IMG/pdf/DeclNyeleni-en.pdf> [10.08.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2020a): Die neue Farm to Fork-Strategie. <https://www.viacampesina.at/farm-to-fork-strategie-ecvc/> [11.07.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2020b): GAP-Reform: Es geht um ein ganzes Jahrzehnt! <https://www.viacampesina.at/gap-reform-2020-diskussionspapier/> [27.06.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2020c): Positionspapier zur Agrarpolitik nach 2020 der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung. https://www.viacampesina.at/wp-content/uploads/2020/05/Positionspapier_%C3%96BV_Agrarpolitik_nach_2020-final.pdf [12.08.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2021a): Doppelte Förderung der ersten 20 ha. <https://www.viacampesina.at/doppelte-foerderung-der-ersten-20-ha/> [25.07.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2021b): Im Dienst der Industrieinteressen: Bauernbund bleibt bei EU-Mercosur schwammig. <https://www.viacampesina.at/im-dienst-der-industrieinteressen-bauernbund-bleibt-bei-eu-mercotur-schwammig/> [13.09.2022].
- ÖBV Via Campesina Austria (2022): ÖBV: Gerechtigkeit der GAP steht auf dem Spiel! <https://www.viacampesina.at/gerechtigkeit-der-gap-steht-auf-dem-spiel/> [07.07.2022].
- PROGE (2019): ILO-Mindeststandards in der Landwirtschaft endlich anerkennen. https://www.proge.at/cms/P01/P01_0.a/1342617895495/home/ilo-mindeststandards-in-der-landwirtschaft-endlich-anerkennen [09.09.2022].

- Reisenberger, Brigitte (2016): Für eine radikale Demokratisierung des Agrar- und Lebensmittelsystems. In: Sezonieri-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich/Europäisches BürgerInnenforum (Hg., 2016): Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich. 89-93.
- Sharma, Shefali (2019): Die unterschätzte Branche. Abholzung, Verarbeitung, Transport: Was die Fleisch- und Milchwirtschaft zum Klimawandel beiträgt. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 24-29.
- Spahn, Arnd (2019): Gemeinsam für ein soziales Europa. Warum die Agrarsubventionen der EU an Arbeits- und Umweltstandards geknüpft werden müssen. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 72-75.
- Varelmann, Katharina (2019): Aus dem Zelt aufs Feld. Flexibel, mobil, unsicher: Die Arbeitsbedingungen europäische Wanderarbeiter_innen in der Landwirtschaft. In: DGB Bildungswerk (Hg., 2019): Ernährung weltweit. Rolle der Gewerkschaften in einem nachhaltigen Lebensmittel- und Agrarsystem. Düsseldorf: Nord-Süd-Netz. 44-49.